



# Staats-Anzeiger

## FÜR DAS LAND HESSEN

1Y 6432 A

1972

Montag, den 29. Mai 1972

Nr. 22

	Seite	Seite
<b>Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei</b>		
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 28. 4. 1972 bis 12. 5. 1972	969	
<b>Der Hessische Minister des Innern</b>		
Gemeinsamer Runderlaß betr. Dienstausschreibung Reisekostenrechtliche Abfindung der Beamten im Vorbereitungsdienst mit Anspruch auf eine Fachausbildung nach § 5 des Soldatenversorgungsgesetzes (SVG)	970	
Tarifvertrag über Instrumentengeld und Rohr-, Blatt- und Saitengeld vom 27. 1. 1972	973	
Bekanntmachung über die Aufhebung der „Artur Müller-Stiftung“ mit Sitz in Frankfurt am Main	973	
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Waldsolms, Krs. Wetzlar	973	
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Nieder-Eschbach, Krs. Friedberg	973	
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Nordenstadt, Main-Taunus-Kreis	973	
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Rommerode, Krs. Witzenhausen	974	
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Hahn, Krs. Darmstadt	974	
Richtlinien für die Anerkennung privateigener Kraftfahrzeuge und ihre dienstliche Benutzung	974	
Dienstausschreibung für die Vollzugsbeamten der staatlichen Polizei	974	
Prüfungsordnung für die hessische Vollzugspolizei vom 24. 3. 1971; hier: 1. Ergänzung der Prüfungsfächer der I. Fachprüfung	975	
2. Ergänzung der Prüfungsfächer der Kriminalfachprüfung 3. Änderung der Prüfungsfächer der II. Fachprüfung (uniformierte Polizei) für Beamte der Wasserschutzpolizei	976	
Einheitliche Gestaltung und Einführung der Kriminaldienstmarken im Bund, in den Ländern und Gemeinden	976	
<b>Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik</b>		
Aufstufung der Bundesstraße 3a und einer Teilstrecke der Bundesstraße 3 zur Bundesautobahn (A 91) sowie Abstufung von Teilstrecken der Bundesstraße 3 in den Gemarkungen Lang-Göns und Großen-Linden im Landkreis Gießen und in der Gemarkung Hörnsheim im Landkreis Wetzlar	977	
Widmung einer Neubaustrecke und Abstufung einer Teilstrecke im Zuge der Landesstraße 3260 in der Ortslage Ober-Kainsbach, Krs. Erbach	977	
Widmung von Neubaustrecken im Zuge der Bundesstraßen 3 und 255 sowie Einziehung einer Teilstrecke der Bundesstraße 3 in den Gemarkungen Gisselberg und Niederweimar (Ortsteil der Gemeinde Weimar), Krs. Marburg	978	
Änderung der Satzung der Handwerkskammer Wiesbaden; hier: Anpassung an das Berufsbildungsgesetz	978	
<b>Der Hessische Sozialminister</b>		
Entscheidung über Rückerstattungsansprüche nach § 47 des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren der Kriegsopterversorgung (VfG)	979	
Ausführung der Vierten Verordnung zur Änderung der Verordnung über Gruppenpflegesätze für Krankenhäuser vom 16. 5. 1972	980	
Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten in Hessen	980	
Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen	981	
<b>Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt</b>		
Eintragung der Berufsausbildungsverhältnisse in das von der zuständigen Stelle zu führende Verzeichnis nach den §§ 31 bis 33 des Berufsbildungsgesetzes vom 14. 8. 1969; hier: Ausbildungsberuf „Waldfacharbeiter“	987	
Durchführungsanweisung zu den Richtlinien für Abflußmessungen (DA-RA 1972)	988	
Anschrift des Wasserwirtschaftsamtes Fulda	988	
Flurbereinigung Schwabach, Krs. Wetzlar	988	
<b>Personalmeldungen</b>		
Im Bereich des Präsidenten des Hessischen Landtages	989	
Im Bereich des Hessischen Ministerpräsidenten — Staatskanzlei	989	
Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern	989	
Im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen	989	
Im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz	992	
Im Bereich des Hessischen Kultusministers	992	
Im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik	993	
Im Bereich des Hessischen Sozialministers	993	
Im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt	994	
<b>Regierungspräsidenten</b>		
<b>DARMSTADT</b>		
Stadtwerke Salmünster, Landkreis Schlüchtern; hier: Befreiung von den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes vom 9. 3. 1957	995	
Aufhebung der Anordnung zum Schutze des Grundwasserwerkes Ravalzhausen der Kreiswerke Hanau vom 12. 5. 1960	995	
Auflösung des Rindviehversicherungsvereins Hiltersklingen, Krs. Erbach	995	
Bekanntmachung über die Aufnahme der Rechtsform in die Verfassung und die Änderung des Zwecks der „Mozart-Stiftung von 1838“, Sitz Frankfurt/Main	995	
Entschädigungsfeststellung nach dem Hess. Straßengesetz; hier: Termin zur Verhandlung über die Anträge auf Feststellung der Entschädigung in den Gemarkungen Falkenstein und Kronberg/Taunus	995	
Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Mossautal, Ortsteil Hiltersklingen, Krs. Erbach	996	
<b>KASSEL</b>		
Verordnung zum Schutze der im Ortsteil Marbach liegenden Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Petersberg, Krs. Fulda	998	
Verordnung zum Schutze der im Ortsteil Schlotzau liegenden Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Klebitzgrund, Krs. Hünfeld	1000	
Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Wüßfeld, Krs. Hersfeld	1003	
Benennung von Gemeindeteilen im Regierungsbezirk Kassel	1004	
<b>Buchbesprechungen</b>	1005	
<b>Öffentlicher Anzeiger</b>		
Kraftloserklärung der Genehmigung zur Ausführung von Ausflugsfahrten mit Kraftomnibussen und den Verkehr mit Mietomnibussen für den Verkehrsunternehmer Edgar Hemming, 6451 Zellhausen, Aussiger Straße 8	1014	

Die 5. Folge 1972 der monatlich erscheinenden Beilage

### »Rechtsprechung der Hessischen Verwaltungsgerichte«

Ist dieser Ausgabe des Staats-Anzeigers für die ständigen Bezieher kostenlos beigelegt.

#### Der Hessische Ministerpräsident

656

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 18. 4. 1972 bis 12. 5. 1972

Erhältlich durch den Buchhandel oder unmittelbar beim Hessischen Statistischen Landesamt, 6200 Wiesbaden, Rheinstraße Nr. 35/37

Preis  
DM

Staat und Wirtschaft in Hessen  
Heft 4 . April 1972 . 27. Jahrgang

1,50

Aus dem Inhalt:

Beschäftigte in nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten 1970 (Weitere Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970)

Ausländische Arbeitnehmer in Hessen 1970 (Weitere Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970)

Hessens Ausfuhr in die Länder der erweiterten EWG 1971

Hauptdaten der industriellen Entwicklung im Jahre 1971		DM Preis
Gesellenverdienste im Handwerk erstmals über 7,— Deutsche Mark je Stunde (November 1971)	G I 1 — m 2/72	
Hessischer Zahlenspiegel	Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel im Februar 1972	—,50
Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet		
Beilage: „Neue statistische Daten für Gemeinden und Kreise 1971 — Systematisches Verzeichnis der Merkmale und Quellen“	G III 1 — m 2/72	
	Die Ausfuhr Hessens im Februar 1972	1,—
	G III 3 — m 2/72	
	Die Einfuhr Hessens im Februar 1972	1,—
Schlüsselverzeichnis Hessen	H I 1 — m 2/72	
Verwaltungsbezirke und Gemeinden	Die Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Februar 1972	1,—
Stand: 1. 2. 1972	H II 1 — m 3/72	
5,—	Die Binnenschifffahrt in Hessen im März 1972	1,—
Statistische Berichte	L I 1 und 2 — j/69 (mit festem Einband)	
A IV 4 — j/71	Die Hessischen Staats- und Gemeindefinanzen im Rechnungsjahr 1969 (Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände)	5,—
Erkrankungen und Todesfälle an meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten (ohne Tuberkulose) in Hessen im Jahre 1971	L III 2 — j/71 (früher L I 5 — j)	
1,—	Das Personal der hessischen Verwaltung am 2. Oktober 1971 nach Aufgabenbereichen und Gebietskörperschaften	1,—
C II 2 — m 4/72		
(erscheint nur für April bis Oktober) Ernteberichterstattung über Gemüse in Hessen im April 1972	N I 1 — vj 1/72 — Teil I	
—,50	Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel in Hessen im Januar 1972	
C III 2 — m 3/72	Teil I: Verdienste und Arbeitszeiten der Industriearbeiter	1,50
Schlachtungen von Tieren inländischer Herkunft in Hessen im März 1972	N I 1 — vj 1/72 — Teil II	
—,50	Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel in Hessen im Januar 1972	
C III 3 — m 3/72	Teil II: Angestelltenverdienste	1,50
Milcherzeugung und -verwendung in Hessen im März 1972 (31 Tage)	P I 1 — unreg./1960—1971	
—,50	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen und in Preisen von 1962 (Revidierte Ergebnisse 1960 bis 1971)	1,50
C III 6 — m 3/72	Wiesbaden, 12. 5. 1972	
Brut und Schlachtungen von Geflügel in Hessen im März 1972		
—,50		
E I 1 — m 3/72 (Vorl. Ergbn.)		
Die Industrie in Hessen im März 1972 (Vorläufige Ergebnisse)		
1,—		
F II 1 — j/71		
Die erteilten Baugenehmigungen in Hessen im Jahre 1971		
1,—		
F II 1 — m 3/72		
Die erteilten Baugenehmigungen in Hessen im März 1972 (mit Kreisergebnissen für das 1. Vierteljahr 1972)		
—,50		

Hessisches Statistisches Landesamt  
Z 231 — 77 a 241/72

St Anz. 22/1972 S. 969

657

### Der Hessische Minister des Innern

#### Dienstausweise

##### Gemeinsamer Runderlaß

Im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten und den Fachministern wird folgendes bestimmt:

- Die Behördenleiter oder die von ihnen Beauftragten können den in ihrer Behörde beschäftigten Beamten, Richtern, Angestellten und Arbeitern bei Bedarf Dienstausweise ausstellen. Für Behördenleiter werden Dienstausweise von den übergeordneten Behörden ausgestellt.
- Bei der Ausstellung der Dienstausweise dürfen nur Vordrucke nach Muster 1 oder 2 der Anlage verwendet werden. Muster 2 kommt nur dann in Frage, wenn der Ausweisinhaber zur Ausübung seiner Dienstgeschäfte einer besonderen Legitimation bedarf und deshalb zusätzliche Eintragungen erforderlich sind. Die Ausweisvordrucke bestehen aus grauem Schreiblein. Sie sind ausschließlich von der Landesbeschaffungsstelle Hessen, Wiesbaden, Humboldtstraße 14, unter der Bestell-Nr. 2.1 (Muster 1) und 2.1-1 (Muster 2) zu beziehen.
- Über die ausgestellten Dienstausweise ist bei der ausstellenden Behörde ein Verzeichnis zu führen.
- Die Dienstausweise sind mit der laufenden Nummer und ggf. mit weiteren Kennzeichen des Verzeichnisses zu versehen.

5. Die Dienstausweise gelten für die Dauer der Zugehörigkeit des Inhabers zur ausstellenden Behörde. Die Gültigkeitsdauer ist bei der Ausstellung auf fünf Jahre zu befristen. Eine Verlängerung bis zu fünf Jahren ist zulässig.

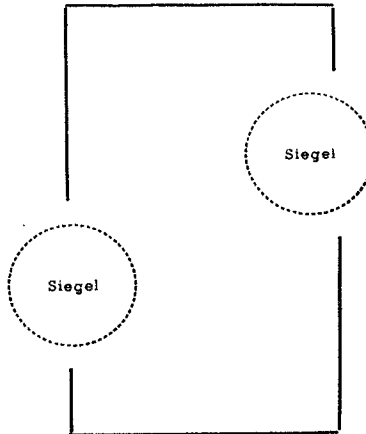
6. Der Empfang des Dienstausweises ist vom Inhaber schriftlich zu bestätigen. Die Empfangsbestätigung (Muster 3 der Anlage) ist zu den Personalakten zu nehmen.

7. Scheidet der Inhaber eines Dienstausweises aus dem Bereich der ausstellenden Behörde aus, ist der Dienstausweis einzuziehen und zu vernichten. Wechselt der Ausweisinhaber die Behörde im gleichen Geschäftsbereich, so kann von der Einziehung und Vernichtung des Ausweises abgesehen werden; in diesem Fall ist der Ausweis zu berichtigen. Das Verzeichnis und die Empfangsbestätigung in den Personalakten sind mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen.



8. Bei Änderung der Amtsbezeichnung oder des Namens des Ausweisinhabers kann der Dienstausweis von der ausstellenden Behörde berichtigt werden. Nr. 7 letzter Satz gilt entsprechend.

9. Der Verlust des Dienstausweises ist vom Ausweisinhaber der ausstellenden Behörde unter Darlegung des Sachverhalts unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Die ausstellende Behörde veranlaßt die Ungültigkeitserklärung im Staats-Anzeiger für das Land Hessen. Nr. 7 letzter Satz gilt entsprechend.

(Innenansicht)

<p>..... (Name)</p> <p>..... (Vorname)</p> <p>..... (Geburtsstag)</p> <p>..... (Amts- oder Dienstbezeichnung)</p> <p>Der Inhaber dieses Ausweises ist Angehöriger des/r</p> <p>.....</p> <p>Alle Behörden und Dienststellen werden gebeten, ihn bei der Ausübung seiner dienstlichen Tätigkeit zu unterstützen.</p> <p>....., den .....</p> <p>..... (Behörde/Dienststelle)</p> <p>..... Siegel (Unterschrift)</p>	<p style="text-align: center;">Lichtbild des Inhabers</p> <div style="text-align: center;">  </div> <p>..... (Eigenhändige Unterschrift des Inhabers)</p>
--	---

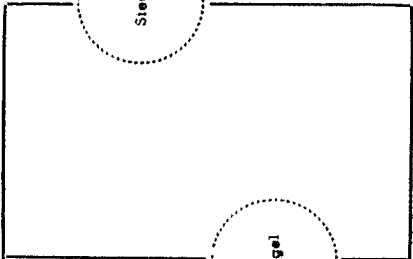
(Außenansicht)

<p>Gültigkeitsvermerke:</p> <p>Gültig bis: .....</p>	<div style="text-align: center;">  </div> <p style="text-align: center;"><b>DIENSTAUSWEIS</b></p> <p style="text-align: center;">Nr. </p>
--	---

Muster 2

(Innenansicht)

Lichtbild des Inhabers



(Eigenhändige Unterschrift des Inhabers)

---

.....  
(Name)

.....  
(Vorname)

.....  
(Geburtsstag)

.....  
(Amts- oder Dienstbezeichnung)

Der Inhaber dieses Ausweises ist Angehöriger des/r

Alle Behörden und Dienststellen werden gebeten,  
ihn bei der Ausübung seiner dienstlichen Tätigkeit  
zu unterstützen.

..... den .....

.....  
(Behörde/Dienststelle)

.....  
(Unterschrift)


Siegel

Das Format des Dienstausweises — Muster 2 — beträgt in der Höhe 105 mm.


(Außenansicht)

Gültigkeitsvermerke:

Gültig bis: .....



# DIENSTAUSWEIS

Nr. 

**Empfangsbescheinigung**

Muster 3

Ich habe heute für den Dienstgebrauch einen Dienstausweis  
Nr. ....

erhalten.

Ich bin darüber belehrt worden, daß der Verlust des Dienst-  
ausweises sofort der ausstellenden Behörde anzuzeigen und  
der Dienstausweis beim Ausscheiden zurückzugeben ist.

....., den ..... 19 .....

(Vor- und Zuname) ..... (Amtsbezeichnung)

..... (Dienststelle)

10. Durch diesen Erlaß werden nicht berührt:

- a) Mein Erlaß vom 8. Mai 1972 — III B 41 — 7 d 14 StAnz. S. 975),
- b) § 8 der Gerichtsvollzieherordnung (RdErl. d. MdJ vom 14. Januar 1969 — 2344 — II/6 — 130 — JMBl. S. 66 —) und Abschnitt II der Hessischen Ergänzungsbestimmungen zur Gerichtsvollzieherordnung (RdErl. d. MdJ vom 14. Januar 1969 (JMBl. S. 161) betreffend Dienstaussweise der Gerichtsvollzieher,
- c) § 10 der Dienstordnung für Vollziehungsbeamte der Justiz (RdErl. d. MdJ vom 4. März 1965 (JMBl. S. 139) betreffend Dienstaussweise für Vollziehungsbeamte der Justiz,
- d) § 6 Abs. 1 der Geschäftsanweisung für die Vollziehungsbeamten der Finanzverwaltung (BStBl. 1960 I S. 198).

Für den Bereich der Staatsforstverwaltung und für die Fahndungsbeamten der Finanzverwaltung ergeht eine Sonderregelung.

11. Bisher ausgestellte Dienstaussweise, ausgenommen die Ausweise, die nach Vorschriften im Sinne der Nr. 10 dieses Erlasses ausgestellt wurden, verlieren mit Ablauf des 31. Oktober 1973 ihre Gültigkeit, wenn sie nicht dem Muster 1 oder 2 der Anlage entsprechen.

12. Die Runderlasse des Ministers der Justiz vom 31. Mai 1968 (JMBl. S. 245) und vom 19. September 1968 (JMBl. S. 425) werden aufgehoben.

13. Den Gemeinden, Gemeindeverbänden und sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts empfehle ich, soweit ein Bedürfnis für die Ausstellung von Dienstaussweisen besteht, entsprechend diesen Richtlinien zu verfahren.

Wiesbaden, 8. 5. 1972

**Der Hessische Minister des Innern**  
I A 11 — 7 d

StAnz. 22/1972 S. 970

**658**

**Reisekostenrechtliche Abfindung der Beamten im Vorbereitungsdienst mit Anspruch auf eine Fachausbildung nach § 5 des Soldatenversorgungsgesetzes (SVG)**

Soldaten, die nach einem freiwilligen Wehrdienst von mindestens 4 Jahren in den öffentlichen Dienst eingestellt werden und Anspruch auf eine Fachausbildung nach § 5 des Soldatenversorgungsgesetzes (SVG) haben, werden als Beamte auf Widerruf in den Vorbereitungsdienst übernommen. Für den Fall, daß die Ausbildung bereits während des Wehrdienstverhältnisses beginnt, haben sie bis zur Beendigung des Wehrdienstverhältnisses einen Doppelstatus, nämlich als Soldat und als Beamter auf Widerruf.

Es bestehen Zweifel, wie diese Personen mit Reisekosten und Trennungsgeld abzufinden sind, wenn sie ihre Ausbildung bei einer Ausbildungsbehörde im Geltungsbereich des Hessischen Beamtengesetzes durchlaufen.

Nach § 5 SVG wird die Fachausbildung auf Kosten des Bundes durchgeführt. Kosten der Fachausbildung im Sinne dieser Vorschrift sind nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Änderung und Ergänzung der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum SVG vom 3. April 1968 (BANz. Nr. 71) alle mit der Fachausbildung während des bewilligten Zeitraums verbundenen notwendigen finanziellen Aufwendungen. Gemäß Abschn. I Nr. 4 Abs. 1 Buchst. b a. a. O. rechnen hierzu auch die den Soldaten zu gewährenden Reisekosten, Trennungentschädigungen, Reisebeihilfen für Familienheimfahrten, Fahrkosten und Zehrgelder bei täglicher Rückkehr vom Ausbildungsort zum Wohnort nach Nr. 1 bis 4 der Anlage 1. Hinsichtlich der Auslegung dieser Vorschriften bestehen unterschiedliche Auffassungen, insbesondere im Hinblick auf Abschn. I Nr. 4 Abs. 1 Satz 2 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Änderung und Ergänzung der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum SVG vom 3. April 1968, wonach finanzielle Aufwendungen, die dem Soldaten durch zweckgebundene Zuwendungen der ausbildenden Stelle oder Einrichtung der öffentlichen Hand ersetzt werden, nicht zu den Kosten der Fachausbildung gehören.

Bis zur Klärung der Angelegenheit bitte ich, wie folgt zu verfahren:

Für Einstellungsreisen ist diesen Beamten im Vorbereitungsdienst Reisekostenvergütung nach § 24 Abs. 1 des Hessischen Reisekostengesetzes zu zahlen.

Trennungsgeld kann aus Anlaß der Einstellung nicht gewährt werden, da die Voraussetzungen des § 1 Abs. 2 Satz 1 der Hessischen Trennungsgeldverordnung (HTGV) nicht gegeben sind. Solange diese Beamten im Vorbereitungsdienst noch im Soldatenverhältnis stehen und sie während der Ausbildung anderen Ausbildungsstellen überwiesen werden oder auf dienstliche Anordnung an einem auswärtigen Ausbildungslehrgang teilnehmen, entfällt die Zahlung von Trennungsgeld im Hinblick auf § 11 Abs. 6 HTGV. In diesen Fällen bitte ich, die Beamten im Vorbereitungsdienst auf die Möglichkeit des Erstattungsanspruchs nach § 5 SVG i. V. m. den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften vom 3. April 1968 hinzuweisen.

Mit Beginn der Zahlung des Unterhaltszuschusses nach der hessischen Unterhaltszuschußverordnung ist Trennungsgeld nach § 9 HTGV zu zahlen.

Wiesbaden, 24. 4. 1972 **Der Hessische Minister des Innern**

I A 53 — P 1735 A — 10

StAnz. 22/1972 S. 973

**659**

**Tarifvertrag über Instrumentengeld und Rohr-, Blatt- und Saitengeld vom 27. Januar 1972**

Bezug: Mein Rundschreiben vom 25. Februar 1972 (StAnz. S. 586)

Aus gegebenem Anlaß wird zur Behebung von Zweifeln der Nr. 2 meines vorbezeichneten Rundschreibens folgender Unterabsatz angefügt:

„Schlegel und Bogenbezüge sind in der Höhe des tatsächlichen Bedarfs zu ersetzen.“

Wiesbaden, 10. 5. 1972

**Der Hessische Minister des Innern**

I A 63 — P 2121 A — 13

StAnz. 22/1972 S. 973

**660**

**Bekanntmachung über die Aufhebung der „Artur Müller-Stiftung mit Sitz in Frankfurt am Main“**

Gemäß § 87 BGB in Verbindung mit § 11 Abs. 2 S. 2 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. 4. 1966 (GVBl. I S. 77) habe ich am 22. 2. 1972 die

„Artur Müller-Stiftung“  
mit Sitz in Frankfurt am Main

aufgehoben.

Die Entscheidung ist unanfechtbar und damit rechtswirksam.

Wiesbaden, 10. 5. 1972

**Der Hessische Minister des Innern**

II 5 — 2507 — 1/72 — D 3

StAnz. 22/1972 S. 973

**661**

**Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Waldsolms, Landkreis Wetzlar**

Der Gemeinde Waldsolms im Landkreis Wetzlar, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene und abgebildete Wappen genehmigt worden:



„In Blau eine bewurzelte goldene Eiche.“

Wiesbaden, 17. 4. 1972

**Der Hessische Minister des Innern**

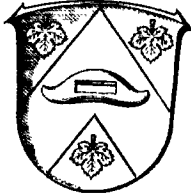
IV A 22 — 3 k 06 — 35/72

StAnz. 22/1972 S. 973

662

**Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Nieder-Eschbach, Landkreis Friedberg**

Der Gemeinde Nieder-Eschbach im Landkreis Friedberg, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene und abgebildete Wappen genehmigt worden:



„In Gold ein roter Sparren mit einem aufgelegten silbernen Webschiffchen, beseitet von 3 (2:1) roten Rebblättern.“

Wiesbaden, 8. 5. 1972

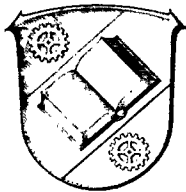
**Der Hessische Minister des Innern**  
IV A 22 — 3 k 06 — 34/72

StAnz. 22/1972 S. 974

663

**Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Nordenstadt, Main-Taunus-Kreis**

Der Gemeinde Nordenstadt im Main-Taunus-Kreis, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene und abgebildete Wappen genehmigt worden:



„In Silber zwischen zwei roten Zahnrädern ein breiter roter Schräglinksbalken, belegt mit einem aufgeschlagenen silbernen Buch.“

Wiesbaden, 10. 5. 1972

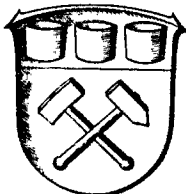
**Der Hessische Minister des Innern**  
IV A 22 — 3 k 06 — 34/72

StAnz. 22/1972 S. 974

661

**Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Rommerode, Landkreis Witzenhausen**

Der Gemeinde Rommerode im Landkreis Witzenhausen, Regierungsbezirk Kassel, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene und abgebildete Wappen genehmigt worden:



„In Rot unter einem silbernen Schildhaupt mit drei roten Glashäfen nebeneinander ein schräggekreuztes silbernes Hammer-und-Schlägel-Paar.“

Wiesbaden, 10. 5. 1972

**Der Hessische Minister des Innern**  
IV A 22 — 3 k 06 — 34/72

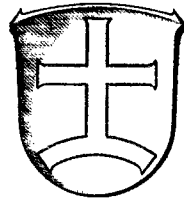
StAnz. 22/1972 S. 974

665

**Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Hahn, Landkreis Darmstadt**

Der Gemeinde Hahn im Landkreis Darmstadt, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Ge-

meindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene und abgebildete Wappen genehmigt worden:



„In Gold ein auf einem roten abgelegten Bogen ein rotes breitrandiges Kreuz.“

Wiesbaden, 10. 5. 1972

**Der Hessische Minister des Innern**  
IV A 22 — 3 k 06 — 34/72

StAnz. 22/1972 S. 974

666

**Richtlinien für die Anerkennung privateigener Kraftfahrzeuge und ihre dienstliche Benutzung**

Ich bitte, ab sofort nach folgenden Richtlinien für die Anerkennung privateigener Kraftfahrzeuge und ihre dienstliche Benutzung zu verfahren. Diese Richtlinien stimmen mit den vom Kabinett gebilligten Richtlinien für die Anerkennung privateigener Kraftfahrzeuge und ihre dienstliche Benutzung vom 14. Februar 1969 (StAnz. S. 410), ergänzt durch mein Rundschreiben vom 20. Januar 1972 (StAnz. S. 322), inhaltlich überein und treten an deren Stelle.

Für die dienstliche Benutzung der anerkannt privateigenen Kraftfahrzeuge wird Wegstrekenentschädigung nach der Verordnung über die Gewährung von Wegstrekenentschädigung für die Benutzung anerkannt privateigener Kraftfahrzeuge bei Dienstreisen und Dienstgängen vom 12. Februar 1969 (GVBl. I S. 25) gewährt.

Wiesbaden, 8. 5. 1972

**Der Hessische Minister des Innern**  
I A 53 — H 4223 A — 6

StAnz. 22/1972 S. 974

\*

**Richtlinien für die Anerkennung privateigener Kraftfahrzeuge und ihre dienstliche Benutzung**

I

(1) Einem Bediensteten, der regelmäßig zur Erledigung von Dienstgeschäften ein Kraftfahrzeug benötigt, kann mit Anerkennung der obersten Dienstbehörden die dienstliche Benutzung seines Kraftfahrzeugs als anerkannt privateigenes Kraftfahrzeug allgemein oder zur Erledigung bestimmter Dienstgeschäfte gestattet werden. Die oberste Dienstbehörde kann die Befugnis zur Anerkennung den ihr unmittelbar nachgeordneten Behörden übertragen, soweit es sich nicht um Kraftfahrzeuge von Bediensteten dieser Behörden handelt.

(2) Eine Anerkennung darf nur ausgesprochen werden, wenn

- a) die Benutzung eines solchen Kraftfahrzeugs für das Land vorteilhafter als die Benutzung eines öffentlichen Verkehrsmittels oder eines landeseigenen Fahrzeugs ist und wenn damit ein überwiegendes dienstliches Interesse an der Benutzung eines privateigenen Kraftfahrzeugs gegeben ist,
- b) der Bedienstete sich verpflichtet, andere Bedienstete sowie Geräte und Akten zur Erledigung von Dienstgeschäften mitzunehmen; dies gilt nicht für Bedienstete, denen als Körperbehinderte die Kraftfahrzeugsteuer gemäß § 3 Kraftfahrzeugsteuergesetz auf Antrag erlassen worden ist,
- c) der Eigentümer des Kraftfahrzeugs die gesetzlich vorgeschriebene Haftpflichtversicherung bei einem Kraftfahrzeugversicherer abschließt, der im Schadensfall den Versicherungsschutz des Landes als Mitversicherungsnehmer übernimmt, ohne daß dadurch besondere Kosten für das Land entstehen,
- d) ausreichende Haushaltsmittel (im Rahmen der im Haushaltsplan ausgewiesenen anerkannt privateigenen Kraftfahrzeuge) zur Verfügung stehen.

(3) Die Anerkennung ist unter dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs auszusprechen und bedarf der schriftlichen Form. In der Anerkennung ist zu bestimmen, für welche Dienstaufgaben das Kraftfahrzeug benutzt werden darf; dabei kann die Benutzung auf bestimmte Fahrleistungen beschränkt werden. Außerdem ist anzugeben, welches Kraftfahrzeug nach Art und Klasse für die dienstlichen Zwecke notwendig ist.

(4) Die Anerkennung ist zu widerrufen, wenn eine der Voraussetzungen des Abs. 2 entfällt oder wenn der Bedienstete mit der Wahrnehmung anderer Dienstgeschäfte beauftragt wird bzw. die Dienststelle wechselt.

## II

(1) Zur erstmaligen Beschaffung eines Kraftfahrzeugs, dessen Benutzung nach Abschn. I anerkannt ist, kann Beamten sowie Angestellten in ungekündigter Stellung auf Antrag ein unverzinslicher Vorschuß in entsprechender Anwendung der Richtlinien für die Gewährung von Vorschüssen in besonderen Fällen (Vorschußrichtlinien) gewährt werden. Zuständig für die Bewilligung des Vorschusses ist die oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde.

(2) Der Vorschuß darf bei der erstmaligen Beschaffung 70 vom Hundert des Nettokaufpreises für das anerkannte Kraftfahrzeug in serienmäßiger Ausstattung nicht übersteigen. Bei der Bemessung des Vorschusses ist von dem Nettokaufpreis des für dienstliche Zwecke notwendigen Kraftfahrzeugs (Abschnitt I Abs. 3) auszugehen. Mehrpreise für Sonderausführungen sowie Nebenkosten bleiben bei der Bemessung des Vorschusses außer Betracht.

(3) Für eine Ersatzbeschaffung kann ein Vorschuß nach fünf Betriebsjahren oder 50 000 dienstlich gefahrenen Kilometern oder einem Totalschaden gewährt werden. Der Vorschuß darf höchstens 50 v. H. des Nettokaufpreises (mit den in Abs. 2 genannten Einschränkungen) abzüglich des Erlöses aus dem Verkauf des bisherigen anerkannten Kraftfahrzeuges betragen.

(4) Der Vorschuß ist in längstens drei Jahren in gleichmäßigen monatlichen Teilbeträgen zu tilgen.

(5) Für den Fall des Todes, des vorzeitigen Ausscheidens aus dem Dienst bzw. Eintritts in den Ruhestand hat sich der Vorschußnehmer und dessen Ehegatte vor der Bewilligung des Vorschusses schriftlich damit einverstanden zu erklären, daß ein verbleibender Vorschußrest in einer Summe zurückgezahlt von den künftigen Versorgungsbezügen oder den entsprechenden Leistungen für Angestellte (einschließlich der Renten) in monatlichen Teilbeträgen einbehalten bzw. zurückerstattet wird.

(6) In besonderen Fällen, in denen die Tilgung des Vorschusses im Rahmen des Abs. 5 nicht ausreichend gesichert erscheint, kann die Sicherungsübereignung des Kraftfahrzeuges verlangt werden.

## III

(1) Für die dienstliche Benutzung des anerkannt privateigenen Kraftfahrzeugs erhält der Bedienstete Wegstreckenentschädigung nach der Verordnung über die Gewährung von Wegstreckenentschädigung für die Benutzung eigener Kraftfahrzeuge bei Dienstreisen und Dienstgängen vom 12. Februar 1969 (GVBl. I S. 25).

(2) Über die Dienstreisen und Dienstgänge mit dem anerkannt privateigenen Kraftfahrzeug ist ein Fahrtenbuch zu führen, wie es bei der Benutzung von landeseigenen Kraftfahrzeugen vorgeschrieben ist.

## IV

In besonders begründeten Ausnahmefällen kann mit Zustimmung des Ministers des Innern von den Richtlinien abgewichen werden.

## V

Auf Bedienstete, denen nach den Richtlinien für die Anerkennung, Beschaffung und Benutzung privateigener und beamteneigener Kraftfahrzeuge im Lande Hessen vom 9. August 1966 (StAnz. S. 1133) noch beamteneigene Kraftfahrzeuge anerkannt waren, sind bis zur Abdeckung der Anschaffungsdarlehen diese Richtlinien weiter anzuwenden.

## 667

### Dienstausweise für die Vollzugsbeamten der staatlichen Polizei

1. Die Vollzugsbeamten der staatlichen Polizei, mit Ausnahme der Beamten, die sich noch in der Grundausbildung (§ 10 Pol.-LVO) oder als Polizei-(Kriminal-)meister bei einem Einführungslerngang befinden, sind mit einem „Polizei-Dienstausweis“ (Vordruck 3.225 — s. StAnz. 1968 S. 554 —) zu versehen.

2. Die Polizei-Dienstausweise sind auszustellen von:

- den Regierungspräsidenten,
- dem Leiter des Hessischen Wasserschutzpolizeiamtes,
- dem Leiter der Hessischen Bereitschaftspolizei,
- dem Leiter des Hessischen Landeskriminalamtes,
- dem Leiter der Hessischen Polizeischule,
- dem Leiter des Wirtschaftsverwaltungsamtes der Hess. Polizei,
- dem Leiter der Fernmeldeleitstelle der Hess. Polizei für die jeweils ihnen unterstellten Vollzugsbeamten.

3. Die Ausweise der Leiter des Hessischen Wasserschutzpolizeiamtes, der Hessischen Bereitschaftspolizei, des Hessischen Landeskriminalamtes, der Hessischen Polizeischule und der Fernmeldeleitstelle der Hessischen Polizei sind mir zur Unterzeichnung, zur Verlängerung und gegebenenfalls auch zur Änderung der Amtsbezeichnung vorzulegen.

4. Für die Polizei-Dienstausweise sind folgende Nummern zu verwenden:

a) für die Beamten der Schutzpolizei:

Regierungsbezirk Darmstadt	Nr.	1 bis 3 000 und 10 001 bis 16 000
Regierungsbezirk Kassel	Nr.	3 001 bis 4 500 und 16 000 bis 17 500
Fernmeldeleitstelle	Nr.	4 501 bis 4 750

b) für die Beamten der Wasserschutzpolizei:

Nr. 4 751 bis 5 000

c) für die Beamten der Bereitschaftspolizei:

Nr. 5 001 bis 8 500

d) für die Beamten der Kriminalpolizei:

Landeskriminalamt	Nr.	8 501 bis 8 800 und 17 501 bis 17 700
Regierungsbezirk Darmstadt	Nr.	8 801 bis 9 300 und 17 701 bis 18 700
Regierungsbezirk Kassel	Nr.	9 301 bis 9 600 und 18 701 bis 19 200

e) für die Beamten der Polizeischule:

Nr. 9 601 bis 9 900

f) für die Beamten des Wirtschaftsverwaltungsamtes:

Nr. 9 901 bis 10 000

5. Über die ausgestellten Ausweise (einschließlich der nach Ziff. 3 von mir vollzogenen) sind Verzeichnisse zu führen. Die Nummer des Dienstausweises muß mit der laufenden Nummer des Verzeichnisses übereinstimmen. Das Verzeichnis ist so einzurichten, daß jede frei werdende Nummer wieder verwendbar ist.

6. Der Empfang des Dienstausweises ist vom Inhaber schriftlich zu bestätigen. Die Empfangsbestätigung ist mit einem Zweitstück des in dem Dienstausweis verwendeten Lichtbildes zu den Personalakten oder, soweit die Personalakten nicht bei der jeweiligen Dienststelle geführt werden, zu den Personalnebenakten zu nehmen.

7. Die Gültigkeitsdauer ist in jedem Falle nur für das laufende Kalenderjahr auszusprechen. Der Ausweis ist entsprechend seiner Einteilung auf Seite 3 für 5 Jahre verwendbar.

8. Bei Namensänderung ist stets ein neuer Dienstausweis auszustellen. Gleiches gilt, wenn das Lichtbild eine einwandfreie Feststellung des Ausweisinhabers nicht mehr zuläßt. Es ist unzulässig, lediglich das Lichtbild auszuwechseln.

9. Beim Ausscheiden des Inhabers (Versetzung aus dem Zuständigkeitsbereich der ausstellenden Behörde oder Dienststelle, Versetzung in den Ruhestand, Entlassung, Tod) ist der Dienstausweis einzuziehen und zu vernichten. Das Verzeichnis ist mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen.

10. Der Verlust eines Dienstausweises ist vom Ausweisinhaber der ausstellenden Behörde bzw. Dienststelle unter Darlegung des Sachverhalts unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Die ausstellende Behörde bzw. Dienststelle hat erforderlichenfalls Ermittlungen anzustellen und die Ungültigkeitserklärung in kurzer Form im Staatsanzeiger für das Land Hessen zu veranlassen.

11. Wegen der Ausstellung von Dienstausweisen für die übrigen Bediensteten der staatlichen Polizei verweise ich auf meinen Erlaß vom 8. Mai 1972 (StAnz. S. 975).

12. Den Leitern der Dienststellen der staatlichen Polizei bleibt es überlassen, bei Bedarf die Ausstellung von sogenannten Hausausweisen zu regeln.

13. Den Beamten, die sich in der Grundausbildung oder als Polizei-(Kriminal-)meister in einem Einführungslehrgang befinden, ist eine Bescheinigung (ohne Lichtbild) auszustellen. Diese hat die Amtsbezeichnung, Vor- und Zuname und das Geburtsdatum des Inhabers sowie die Vermerke zu enthalten, daß sich der Inhaber in Ausbildung befindet und die Bescheinigung nur in Verbindung mit dem Personalausweis gültig ist.

14. Die Erlasse vom 22. 10. 1968 (StAnz. S. 1696), 20. 10. 1971 (StAnz. S. 1794) und 28. 12. 1971 — III B 42 — 7 d 14 — (n. v.) werden aufgehoben.

Bei dem vorstehenden Erlaß wurde der Hauptpersonalrat der Polizei gemäß § 57 a HPVG beteiligt.

Wiesbaden, 8. 5. 1972

**Der Hessische Minister des Innern**

III B 41 — 7 d 14

StAnz. 22/1972 S. 975

**668**

**Prüfungsordnung für die hessische Vollzugspolizei (Pol.-PrüfO) vom 24. März 1971 (StAnz. S. 674);**

- hier:
1. Ergänzung der Prüfungsfächer der I. Fachprüfung
  2. Ergänzung der Prüfungsfächer der Kriminalfachprüfung
  3. Änderung der Prüfungsfächer der II. Fachprüfung (uniformierte Polizei) für Beamte der Wasserschutzpolizei

Im Einvernehmen mit dem Direktor des Landespersonalamtes und der Landespersonalkommission wird bestimmt:

(1) Der Abschnitt „Prüfungsfächer nach § 14 Abs. 3“ des Anhangs zur Prüfungsordnung für die hessische Vollzugspolizei (Pol.-PrüfO) (StAnz. S. 674) wird im Teil A „Polizeifachliche Abschlußprüfungen“ wie folgt geändert:

1. Neugefaßt wird:
  - a) **II. A) I. Fachprüfung**
    2. Nebenfächer
      - Beamtenrecht
      - Berufspsychologie\*)
      - Bürgerliches Recht
      - Gewerberecht
      - Sport
  - b) **II. B) Kriminalfachprüfung**
    2. Nebenfächer
      - Beamtenrecht
      - Berufspsychologie\*\*)
      - Bürgerliches Recht
      - Sport

2. Geändert wird:

**III. A) II. Fachprüfung (uniformierte Polizei)**

1. **Hauptfächer**
  - „Verkehrskunde“ wird geändert in „Verkehrskunde\*\*\*“ und mit folgender Fußnote versehen (\*\*\*Beamte der Wasserschutzpolizei werden in den Fächern „Schiffahrtsrecht“ und „Schiffahrtsverkehrsrecht“ geprüft)

(2) Diese Änderung tritt mit Wirkung vom 2. Mai 1972 in Kraft.

(3) Der Hauptpersonalrat der Polizei hat dem vorstehenden Erlaß gem. § 61 Abs. 1 Nr. 8 HPVG zugestimmt.

Wiesbaden, 28. 4. 1972

**Der Hessische Minister des Innern**

III B 5 — 8 c 10 03

StAnz. 22/1972 S. 976

**669**

**Einheitliche Gestaltung und Einführung der Kriminaldienstmarken im Bund, in den Ländern und Gemeinden**

Bezug: Mein Erlaß vom 1. Juni 1971 — III B 3 — 7 d 14 (n. v.)

Der Arbeitskreis II „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ der Innenministerien der Länder hat in seiner Sitzung am 20./21. April 1971 beschlossen, im Bund, in den Ländern und Gemeinden einheitliche Kriminaldienstmarken einzuführen. Die in Durchführung dieses Beschlusses für die Beamten der staatlichen Kriminalpolizei und im Einvernehmen mit den Herren Oberbürgermeistern der Städte Darmstadt, Frankfurt (Main), Kassel, Offenbach und Wiesbaden für die Beamten der kommunalen Kriminalpolizei beschafften Kriminaldienstmarken werden wie folgt verteilt:

Staatliche Kriminalpolizei:	Nummern 0001 bis 1320
Kriminalpolizei der Stadt Frankfurt/M.:	Nummern 1321 bis 1840
Kriminalpolizei der Stadt Wiesbaden:	Nummern 1841 bis 2000
Kriminalpolizei der Stadt Kassel:	Nummern 2001 bis 2150
Kriminalpolizei der Stadt Darmstadt:	Nummern 2151 bis 2220
Kriminalpolizei der Stadt Offenbach:	Nummern 2221 bis 2300

Die Verteilung der Dienstmarken für die Beamten der staatlichen Kriminalpolizei erfolgt gem. besonderer Weisung durch das Hessische Landeskriminalamt, bei dem auch die als Reserve beschafften Dienstmarken verwahrt werden.

Die neuen Kriminaldienstmarken sind ab 1. Juni 1972 zu führen.

Die von den Beamten der staatlichen Kriminalpolizei bisher verwendeten Dienstmarken bitte ich einzuziehen und dem Hessischen Landeskriminalamt bis zum 10. Juli 1972 zu übergeben; dort sind sie zu vernichten.

Die Herren Oberbürgermeister bitte ich, die bisher von den Beamten der kommunalen Kriminalpolizei verwendeten Dienstmarken ebenfalls einzuziehen und zu vernichten.

Im übrigen ordne ich für die staatliche Kriminalpolizei folgendes an:

1. Die Beamten der staatlichen Kriminalpolizei erhalten mit Ausnahme der Kriminalmeister, die an einem Einführungslehrgang teilnehmen, neben dem Dienstausweis als weiteres Legitimationsmittel eine Kriminaldienstmarke.

2. Über die ausgegebenen Dienstmarken sind bei dem Hessischen Landeskriminalamt und den Einsatzleitungen der Kriminalpolizei der Regierungspräsidenten Verzeichnisse zu führen, aus denen die Nummer der Dienstmarke, der Tag der Ausgabe und der Empfänger ersichtlich sein müssen.

3. Auf der ersten Seite des Dienstausweises ist unter der Nummer des Ausweises die Nummer der Dienstmarke deutlich sichtbar anzugeben.

4. Der Empfang der Kriminaldienstmarke ist von dem Beamten schriftlich zu bestätigen. Die Empfangsbestätigung ist zu den Personalakten des Beamten zu nehmen.

5. Beim Ausscheiden des Dienstmarkenbesitzers (Versetzung in den Ruhestand, Versetzung zu einer hessischen Behörde mit kommunaler Vollzugspolizei oder zu einer außerhessischen Behörde, Entlassung, Tod) ist die Kriminaldienstmarke einzuziehen.

6. Der Verlust einer Kriminaldienstmarke ist vom Besitzer unverzüglich schriftlich der ausgebenden Behörde unter Dar-



legung des Sachverhalts mitzuteilen. Die ausgebende Behörde hat erforderlichenfalls Ermittlungen anzustellen und die Ungültigkeitserklärung im Staatsanzeiger für das Land Hessen zu veranlassen.

Die Herren Oberbürgermeister bitte ich, entsprechend zu verfahren. Über den Verlust einer Kriminaldienstmarke bitte ich

mich zu unterrichten, damit ich die Ungültigkeitserklärung im Staatsanzeiger veranlassen kann.

Der Hauptpersonalrat wurde gemäß § 57 a HPVG beteiligt.

Wiesbaden, 8. 5. 1972 **Der Hessische Minister des Innern**  
III B 3 — 7 d 14

St.Anz. 22/1972 S. 976

670

### Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik

**Aufstufung der Bundesstraße 3 a und einer Teilstrecke der Bundesstraße 3 zur Bundesautobahn (A 91) sowie Abstufung von Teilstrecken der Bundesstraße 3 in den Gemarkungen Lang-Göns und Großen-Linden im Landkreis Gießen und in der Gemarkung Hörnsheim im Landkreis Wetzlar, Regierungsbezirk Darmstadt**

1. Die Bundesstraße 3 a in den Gemarkungen Lang-Göns und Großen-Linden im Landkreis Gießen und in der Gemarkung Hörnsheim im Landkreis Wetzlar, Regierungsbezirk Darmstadt,

von km 0,000  
bis km 5,384 (= km 11,413 der B 3) = 5,384 km

und die Teilstrecke der Bundesstraße 3  
in der Gemarkung Lang-Göns

von km 11,413  
bis km 12,399 = 0,986 km

insgesamt 6,370 km

einschließlich der Anschlußstellen  
Lang-Göns und Großen-Linden

werden mit Wirkung vom 1. Juni 1972 zur Bundesautobahn (A 91) aufgestuft (§ 2 Abs. 3 a des Bundesfernstraßengesetzes [FStrG] vom 6. August 1961 — BGBl. I S. 1741 —).

2. Die Teilstrecken der bisherigen Bundesstraße 3

von km 7,551 (bei km 11,350 der B 3)  
bis km 7,962 (Anschlußstelle Lang-Göns) = 0,411 km  
und

von km 6,160 (Anschlußarm zur BAB A 91 neu)  
bis km 11,350 = 5,190 km

insgesamt 5,601 km

verlieren mit Ablauf des 31. Mai 1972 die Eigenschaft einer Bundesstraße (§ 2 Abs. 4 FStrG).

Sie werden wie folgt mit Wirkung vom 1. Juni 1972 in die Gruppe der Landesstraßen abgestuft:

a) Die Teilstrecken

von km 7,551 bis km 7,962 = 0,411 km  
und

von km 10,816 bis km 11,350 = 0,534 km

werden Teilstrecke der Landesstraße 3133.

b) Die Teilstrecke

von km 6,632 bis km 7,103 = 0,471 km  
wird Teilstrecke der Landesstraße 3129.

c) Die Teilstrecken

von km 6,160 bis km 6,632 = 0,472 km  
und

von km 7,103 bis km 10,816 = 3,713 km

werden Teilstrecken der Landesstraße 3475.

Die Straßenbaulast für die abgestuften Strecken geht zum gleichen Zeitpunkt auf das Land Hessen über (§§ 5, 41 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim zuständigen Verwaltungsgericht

erhoben werden. Zuständig für die im Landkreis Gießen liegende Strecke ist das Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3 a, und für die im Landkreis Wetzlar liegende Strecke das Verwaltungsgericht in Wiesbaden, Luisenplatz 5. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 8. 5. 1972

**Der Hessische Minister  
für Wirtschaft und Technik**  
IV a 3 — 63 a 30

St.Anz. 22/1972 S. 977

671

**Widmung einer Neubaustrecke und Abstufung einer Teilstrecke im Zuge der Landesstraße 3260 in der Ortslage Ober-Kainsbach, Landkreis Erbach, Regierungsbezirk Darmstadt**

1. Die im Zuge der Landesstraße 3260 in der Ortslage Ober-Kainsbach, Landkreis Erbach, Regierungsbezirk Darmstadt, neugebaute Straße

von km 1,646 neu (bei km 1,656 alt)  
bis km 1,934 neu (bei km 1,962 alt) = 0,288 km

wird mit Wirkung vom 1. Juni 1972 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Die gewidmete Straße gehört zur Gruppe der Landesstraßen und wird als Teilstrecke der Landesstraße 3260 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

2. Die Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3260

von km 1,656 alt  
bis km 1,962 alt = 0,306 km

verliert mit Ablauf des 31. Mai 1972 die Eigenschaft einer Landesstraße und wird mit Wirkung vom 1. Juni 1972 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 5 Abs. 1 HStrG).

Die Straßenbaulast an Straßenteilen der abgestuften Strecke, für die die Gemeinde gemäß § 41 Abs. 4 HStrG nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Gemeinde Ober-Kainsbach über (§ 43 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3 a, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 8. 5. 1972

**Der Hessische Minister  
für Wirtschaft und Technik**  
IV a 3 — 63 a 30

St.Anz. 22/1972 S. 977

672

**Widmung von Neubaustrecken im Zuge der Bundesstraßen 3 und 255 sowie Einziehung einer Teilstrecke der Bundesstraße 3 in den Gemarkungen Gisselberg und Niederweimar (Ortsteil der Gemeinde Weimar), Landkreis Marburg, Regierungsbezirk Kassel**

1. Die im Zuge der Bundesstraße 3 in den Gemarkungen Gisselberg und Niederweimar (Ortsteil der Gemeinde Weimar), Landkreis Marburg, Regierungsbezirk Kassel, neugebaute Straße

von km 94,721 neu (bei km 94,717 alt)  
bis km 95,837 neu (bei km 95,830 alt) = 1,116 km  
einschließlich des Anschlußarmes an die B 255

von km 0,010 neu (bei km 0,775 der B 255 neu)  
bis km 0,320 neu (bei km 95,140 der B 3 neu) = 0,310 km

erhält mit Wirkung vom 1. Juni 1972 die Eigenschaft einer Bundesstraße und wird Bestandteil der Bundesstraße 3 (§ 2 Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes [FStrG] vom 6. August 1961 — BGBl. I S. 1741 —).

2. Die im Zuge der Bundesstraße 255 neugebaute Straße

von km 0,214 neu (bei km 94,929 der B 3 neu)  
bis km 0,775 neu = 0,561 km  
einschließlich der beiden weiteren Anschlußarme an die B 3

erhält mit Wirkung vom 1. Juni 1972 die Eigenschaft einer Bundesstraße und wird Bestandteil der Bundesstraße 255 (§ 2 Abs. 1 FStrG).

3. Die Teilstrecken der bisherigen Bundesstraße 3

von km 94,717 alt bis km 94,914 alt = 0,197 km  
und

von km 94,926 alt bis km 95,830 alt = 0,904 km

verlieren mit Ablauf des 31. Mai 1972 die Eigenschaft einer Bundesstraße. Sie sind für den öffentlichen Verkehr entbehrlich geworden und werden mit Wirkung vom 1. Juni 1972 eingezogen.

Von der vorherigen Bekanntgabe der Einziehung gemäß § 2 Abs. 5 FStrG wurde abgesehen, da es sich hierbei um die Einziehung von Teilstrecken im Zusammenhang mit Änderungen von unwesentlicher Bedeutung handelt.

**Rechtsbehelfsbelehrung:** Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 1, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 10. 5. 1972

**Der Hessische Minister  
für Wirtschaft und Technik**  
IV a 3 — 63 a 30

StAnz. 22/1972 S. 978

673

**Änderung der Satzung der Handwerkskammer Wiesbaden; hier: Anpassung an das Berufsbildungsgesetz**

Die Satzung der Handwerkskammer Wiesbaden vom 20. Juni 1968 (StAnz. S. 2008), zuletzt geändert am 28. November 1968 (StAnz. 1969 S. 548), ist durch den von mir genehmigten und in der Deutschen Handwerks-Zeitung — Ausgabe HK Wiesbaden — vom 5. November 1971 S. 3 veröffentlichten Beschluß der Vollversammlung vom 3. Juni 1971 geändert worden.

Der Änderungsbeschluß vom 3. Juni 1971 wird gemäß § 105 Abs. 4 der Handwerksordnung in der Fassung vom 28. De-

zember 1965 (BGBl. 1966 I S. 1), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1112), nachstehend bekanntgemacht.

Wiesbaden, 10. 5. 1972

**Der Hessische Minister  
für Wirtschaft und Technik**  
I b 1 — 403 d 4

StAnz. 22/1972 S. 978

\*

Auf Grund der §§ 105 Abs. 1 S. 2, 106 Abs. 1 Nr. 12, Abs. 2 der Handwerksordnung (BGBl. 1966 I S. 1), geändert durch das Berufsbildungsgesetz vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1112), hat die Vollversammlung der Handwerkskammer Wiesbaden am 3. Juni 1971 beschlossen:

**Artikel 1**

Die Satzung der Handwerkskammer Wiesbaden in der Neufassung vom 20. Juni 1968 (Handwerkerpost S. 132 = StAnz. S. 2008), geändert am 28. November 1968 (Handwerkerpost 1969 S. 5 = StAnz. 1969 S. 548), wird in Anpassung an das Berufsbildungsgesetz wie folgt geändert:

1. Dem § 21 Abs. 1 werden als Sätze 2 bis 4 angefügt: „Für den Berufsbildungsausschuß (§ 24 Nr. 1) gelten die Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1112) in der jeweils gültigen Fassung. Die selbständigen Handwerker und die Arbeitnehmer im Berufsbildungsausschuß werden auf die Dauer von fünf Jahren gewählt. §§ 21 Abs. 2 bis 23 der Satzung gelten nicht für den Berufsbildungsausschuß.“

2. In § 24 Nr. 1 werden die Worte „Ausschuß für die Berufsausbildung“ ersetzt durch das Wort „Berufsbildungsausschuß“.

3. § 25 erhält folgende Fassung:

**„§ 25**

(1) Dem Berufsbildungsausschuß gehören sechs selbständige Handwerker, sechs Arbeitnehmer und sechs Lehrer an berufsbildenden Schulen an, die Lehrer mit beratender Stimme.

(2) Die selbständigen Handwerker werden von der Gruppe der selbständigen Handwerker, die Arbeitnehmer von der Gruppe der Vertreter der Gesellen in der Vollversammlung gewählt. Die Lehrer an berufsbildenden Schulen werden von der nach Landesrecht zuständigen Behörde längstens für vier Jahre als Mitglieder berufen.

(3) Die Tätigkeit im Berufsbildungsausschuß ist ehrenamtlich. Für bare Auslagen und für Zeitversäumnis ist, soweit eine Entschädigung nicht von anderer Seite gewährt wird, eine Entschädigung zu zahlen, deren Höhe von der Handwerkskammer mit Genehmigung der obersten Landesbehörde festgesetzt wird.

(4) Die Mitglieder können nach Anhörung der an ihrer Berufung Beteiligten aus wichtigem Grund aberufen werden.

(5) Die Mitglieder haben Stellvertreter, die bei Verhinderung der Mitglieder an deren Stelle treten. Absätze 1 bis 4 gelten für die Stellvertreter entsprechend.

(6) Der Berufsbildungsausschuß wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter sollen nicht derselben Mitgliedergruppe angehören.“

4. Als §§ 25 a bis 25 c werden eingefügt:

**„§ 25 a**

(1) Der Berufsbildungsausschuß ist in allen wichtigen Angelegenheiten der beruflichen Bildung zu unterrichten und zu hören.

(2) Vor einer Beschlußfassung in der Vollversammlung über Vorschriften zur Durchführung der Berufsbildung, insbesondere nach §§ 41, 42 und 42 a der Handwerksordnung, ist die Stellungnahme des Berufsbildungsausschusses einzuholen. Der Berufsbildungsausschuß kann der Vollversammlung auch von sich aus Vorschläge zur Durchführung der Berufsbildung vorlegen. Die Stellungnahme und Vorschläge sind zu begründen.

(3) Die Vorschläge und Stellungnahmen des Berufsbildungsausschusses gelten vorbehaltlich der Vorschrift des Satzes 2 als von der Vollversammlung angenommen, wenn sie nicht mit einer Mehrheit von drei Vierteln der Mitglieder der Voll-

versammlung in ihrer nächsten Sitzung geändert oder abgelehnt werden. Beschlüsse, zu deren Durchführung die für die Berufsbildung im laufenden Haushalt vorgesehenen Mittel nicht ausreichen oder zu deren Durchführung in folgenden Haushaltsjahren Mittel bereitgestellt werden müssen, die die Ausgaben für Berufsbildung des laufenden Haushalts nicht unwesentlich übersteigen, bedürfen der Zustimmung der Vollversammlung.

#### § 25 b

(1) Der Berufsbildungsausschuß ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Er beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

(2) Zur Wirksamkeit eines Beschlusses ist es erforderlich, daß der Gegenstand bei der Einberufung des Ausschusses bezeichnet ist, es sei denn, daß er mit Zustimmung von zwei Dritteln der stimmberechtigten Mitglieder nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt wird.

#### § 25 c

Der Berufsbildungsausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung. Sie kann die Bildung von Unterausschüssen vorsehen und bestimmen, daß ihnen nicht nur Mitglieder des Ausschusses angehören. Für die Unterausschüsse gelten § 25 Abs. 2 bis 6 und § 25 b entsprechend."

5. In § 27 werden die Worte „§ 37 Abs. 2“ durch die Worte „33 Abs. 1 Satz 3“ ersetzt.

6. § 28 erhält folgende Fassung:

#### „§ 28

(1) Der Gesellenprüfungsausschuß besteht aus mindestens drei Mitgliedern. Die Mitglieder müssen für die Prüfungsgebiete sachkundig und für die Mitwirkung im Prüfungswesen geeignet sein.

(2) Dem Prüfungsausschuß müssen als Mitglieder selbständige Handwerker und Arbeitnehmer in gleicher Zahl sowie mindestens ein Lehrer einer berufsbildenden Schule angehören. Mindestens zwei Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder müssen selbständige Handwerker und Arbeitnehmer sein. Die Mitglieder haben Stellvertreter.

(3) Die selbständigen Handwerker müssen in dem Handwerk, für das der Prüfungsausschuß errichtet ist, die Meisterprüfung abgelegt haben oder zum Ausbilden berechtigt sein. Die Arbeitnehmer müssen die Gesellenprüfung in dem Handwerk, für das der Prüfungsausschuß errichtet ist, abgelegt haben und in dem Betrieb eines selbständigen Handwerkers beschäftigt sein.

(4) Die Mitglieder werden von der Handwerkskammer längstens für drei Jahre berufen. Die Arbeitnehmer werden auf

Vorschlag der Mehrheit der Gesellenvertreter in der Vollversammlung der Handwerkskammer berufen. Der Lehrer einer berufsbildenden Schule wird im Einvernehmen mit der Schulaufsichtsbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle berufen.

(5) Die Mitglieder des Gesellenprüfungsausschusses können nach Anhörung der an ihrer Berufung Beteiligten aus wichtigem Grund abberufen werden. Absatz 4 gilt für die Stellvertreter entsprechend.

(6) Die Tätigkeit im Prüfungsausschuß ist ehrenamtlich. Für bare Auslagen und für Zeitversäumnis ist, soweit eine Entschädigung nicht von anderer Seite gewährt wird, eine angemessene Entschädigung zu zahlen, deren Höhe von der Handwerkskammer mit Genehmigung der obersten Landesbehörde festgesetzt wird.

(7) Von Absatz 2 darf nur abgewichen werden, wenn anderenfalls die erforderliche Zahl von Mitgliedern des Prüfungsausschusses nicht berufen werden kann."

7. § 29 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

#### „§ 29

(1) Der Prüfungsausschuß wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter sollen nicht derselben Mitgliedergruppe angehören. Der Prüfungsausschuß ist beschlußfähig, wenn zwei Drittel der Mitglieder, mindestens drei, mitwirken. Er beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag."

#### Artikel 2

Die vorstehenden Satzungsänderungen treten nach Genehmigung durch den Hessischen Minister für Wirtschaft und Technik am ersten Tage des auf die Bekanntmachung folgenden Kalendermonats in Kraft.

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik hat die Genehmigung am 28. September 1971 unter Aktenzeichen 1 b 1 — 403 d 4 erteilt.

Der Beschluß wird hiermit als Rechtsvorschrift veröffentlicht; er wird außerdem gemäß § 105 Abs. 4 der Handwerksordnung im Staatsanzeiger für das Land Hessen bekanntgemacht werden.

Wiesbaden, 22. 10. 1971

**Handwerkskammer Wiesbaden**  
Schöppler  
Präsident  
Zerda  
Hauptgeschäftsführer

674

### Der Hessische Sozialminister

An das Landesversorgungsamt Hessen  
6 Frankfurt

**Entscheidung über Rückerstattungsansprüche nach § 47 des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren der Kriegsopferversorgung (VfG)**

Bezug: Mein Erlaß vom 7. 3. 1969 (StAnz. S. 549)

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung teilte mir mit seinem Rundschreiben vom 23. 3. 1972 — Va 4 — 5322.1 — 167/72 — mit, daß der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen sich nach Nr. 5 der Vorläufigen Verwaltungsvorschriften zu § 59 der Bundeshaushaltsordnung (MinBl. BMWF 1971 S. 399) damit einverstanden erklärt hat, daß die für den Bereich der Kriegsopferversorgung bestehende Sonderregelung für die Behandlung von Rückerstattungsansprüchen nach § 47 VfG unter Anpassung an die heutigen Verhältnisse beibehalten wird. Hiernach ist die Befugnis zur Stundung und zur befristeten sowie zur unbefristeten Niederschlagung der

Rückerstattungsansprüche und zum Erlaß der Rückerstattungs-schulden den obersten Arbeitsbehörden der Länder übertragen, und diese können ihre Befugnisse im Rahmen der gegenüber der bisherigen Regelung vom 1. 10. 1962 (BVBl. 1962 S. 124 Nr. 68) wesentlich erweiterten Grenzen auf nachgeordnete Stellen weiterübertragen.

Die Zuständigkeit für die Entscheidung über Rückerstattungsansprüche nach § 47 VfG wird daher wie folgt neu geregelt:

Es entscheidet:

1. der Leiter des Versorgungsamtes:

- bei Beträgen bis zu 2000 DM über die Stundung des Rückerstattungsanspruchs ohne zeitliche Begrenzung (§ 47 Abs. 7 VfG),
- bei Beträgen bis zu 2000 DM darüber, ob die Forderung auf Rückerstattung befristet niedergeschlagen werden kann (§ 47 Abs. 7 VfG),



677

### Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen

Im Monat März 1972 wurden die nachstehend aufgeführten Tarifverträge in das Tarifregister für das Land Hessen eingetragen.

1. Nr. 101/231 — Tarifvertrag vom 21. 2. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — zur Änderung des Landarbeiter-Manteltarifvertrages vom 15. 4. 1965 (u. a. Kündigungsfrist, Urlaubsgeld).
2. Nr. 101/232 — Lohntarifvertrag für die Landarbeiter vom 21. 2. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — (Lohn, Urlaubsgeld). Zu 1. und 2. betr. gewerbl. Arbeitnehmer in den landwirtschaftlichen Betrieben im Lande Hessen.  
Zu 1. und 2. Tarifvertragsparteien:  
Land- und Forstwirtschaftlicher Arbeitgeberverband für Hessen e. V. und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Landesbezirk Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland.
3. Nr. 201/188 — Tarifvertrag vom 7. 12. 1971 — gültig ab 1. 1./1. 4. 1972 — für die Waldarbeiter in den Staatsforsten der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und des Saarlandes sowie in den Gemeindeforsten in Rheinland-Pfalz und im Saarland betr. Entlohnung von Holzertearbeiten (Holzertetarifvertrag — HET) nebst Anlage A — Aufnahmeanweisung — und Anlage B — Tabellentarif.  
Tarifvertragsparteien:  
Tarifgemeinschaft deutscher Länder, Kommunalen Arbeitgeberverband Rheinland-Pfalz e. V. sowie Kommunalen Arbeitgeberverband Saar e. V. und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft — Landesbezirke Baden-Württemberg, Bayern, Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland, Niedersachsen, Nordmark und Nordrhein-Westfalen.
4. Nr. 201/189 — Fünfter Tarifvertrag vom 13. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — zur Änderung des Tarifvertrages über die zusätzliche Regelung von Arbeitsbedingungen für Waldarbeiter bei Zeitaufnahmen in den Staatsforsten der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und des Saarlandes.  
Tarifvertragsparteien:  
Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft — Landesbezirke Baden-Württemberg, Bayern, Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Nordmark.
5. Nr. 201/190 — Lohntarifvertrag vom 13. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — für die Waldarbeiter in den Staatsforsten des Landes Hessen.  
Tarifvertragsparteien:  
Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft — Landesbezirk Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland.
6. Nr. 303/172 — Manteltarifvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer und Auszubildenden vom 20. 9. 1971 — gültig ab 1. 7./1. 10. 1971.
7. Nr. 303/173 — Manteltarifvertrag für Angestellte und Auszubildende vom 20. 9. 1971 — gültig ab 1. 7./1. 10. 1971.  
Zu 6. und 7. abgeschlossen mit der IG Bergbau und Energie.
8. Nr. 303/174 — Manteltarifvertrag für Angestellte und Auszubildende vom 20. 9. 1971 — gültig ab 1. 7./1. 10. 1971, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesberufsgruppe Bergbauangestellte — Bundesvorstand.  
Zu 6. bis 8. betr. Arbeitnehmer im hessischen Braunkohlenbergbau.  
Zu 6. bis 8. Tarifvertragsparteien:  
Arbeitgeberverband des Hessischen Braunkohlenbergbaus e. V. und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
9. Nr. 400/167 — Tarifvertrag vom 24. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — über die Änderung des Rahmentarifvertrages für Arbeiter vom 11. 2. 1971 sowie Nichtanrechnung von Samstagen auf den Urlaub für alle Arbeitnehmer in der Industrie der Steine und Erden im Lande Hessen.  
Tarifvertragsparteien:  
Arbeitgeberverband Steine und Erden für das Land Hessen e. V. und IG Bau-Steine-Erden, Bezirk Hessen.
10. Nr. 700/882 — Lohntarifvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 1. 1972, abgeschlossen mit der IG Metall — Bezirksleitung Niedersachsen.
11. Nr. 700/883 — Lohntarifvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 1. 1972.
12. Nr. 700/884 — 2. Nachtrag vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 1. 1972 — zum Tarifvertrag für Monatslohnempfänger vom 14. 6. 1971 (Lohnerhöhung).
13. Nr. 700/885 — Tarifvertrag vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 11. 1971 — über Entgelte für Auszubildende.  
Zu 11. bis 13. abgeschlossen mit dem Christl. Metallarbeiter-Verband Deutschland — Landesverband Niedersachsen.
14. Nr. 700/886 — 2. Nachtrag vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 1. 1972 — zum Tarifvertrag für Monatslohnempfänger vom 14. 6. 1971 (Lohnerhöhung).
15. Nr. 700/887 — Gehaltstarifvertrag für die Angestellten vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 1. 1972.
16. Nr. 700/888 — 1. Nachtrag vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 1. 1972 — zum Tarifvertrag für Angehörige des Werk-schutzes und der Werkfeuerwehr vom 14. 6. 1971 (Lohn- und Gehaltserhöhung).
17. Nr. 700/889 — Tarifvertrag vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 11. 1971 — über Entgelte für Auszubildende.  
Zu 14. bis 17. abgeschlossen mit der IG Metall — Bezirksleitung Hannover.
18. Nr. 700/890 — Gehaltstarifvertrag für die Angestellten vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 1. 1972.
19. Nr. 700/891 — 1. Nachtrag vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 1. 1972 — zum Tarifvertrag für Angehörige des Werk-schutzes und der Werkfeuerwehr vom 14. 6. 1971 (Lohn- und Gehaltserhöhung).
20. Nr. 700/892 — Tarifvertrag vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 11. 1971 — über Entgelte für Auszubildende.  
Zu 18. bis 20. abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Landesverband Niedersachsen/Bremen.
21. Nr. 700/893 — Gehaltstarifvertrag für die Angestellten vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 1. 1972.
22. Nr. 700/894 — Tarifvertrag vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 11. 1971 — über Entgelte für Auszubildende.  
Zu 21. und 22. abgeschlossen mit dem Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband, Landesverband Niedersachsen, Hannover, dem Verband Deutscher Techniker — Landesverband Niedersachsen, dem Bund Deutscher Werkmeister — Landesverband Niedersachsen — sowie dem Verband der weiblichen Angestellten e. V. — Hauptverwaltung — (zusammengeschlossen im GEDAG).
23. Nr. 700/920 — Tarifvertrag vom 15. 2. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — über Leistungsbeurteilung und Leistungsbeurteilung zur Zahlung von Leistungszulagen an Angestellte, abgeschlossen wie zu lfd. Nrn. 14. bis 17.
24. Nr. 700/921 — Tarifvertrag vom 15. 2. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — über Leistungsbeurteilung und Leistungsbeurteilung zur Zahlung von Leistungszulagen an Angestellte, abgeschlossen wie zu lfd. Nrn. 18. bis 20.  
Zu 10. bis 24. betr. Arbeitnehmer in den Werken der Volkswagenwerk AG.  
Zu 10. bis 24. Tarifvertragsparteien:  
Firma Volkswagenwerk AG, Wolfsburg, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.

25. Nr. 700/895 — Lohn- und Gehaltstarifvertrag für Arbeiter und Angestellte vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 1. 1972.
26. Nr. 700/896 — Tarifvertrag vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 10. 1971/1. 1. 1972 — über Entgelte für Auszubildende.
27. Nr. 700/897 — Tarifvertrag vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 1. 1972 — über die Absicherung betrieblicher Sonderzahlungen an die Arbeitnehmer.  
Zu 25. bis 27. betr. Arbeitnehmer der Firma Elkoma in Gladenbach.  
Zu 25. bis 27. Tarifvertragsparteien:  
Firma Elkoma, Elektrokohle und Maschinenteile GmbH, Gladenbach, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt/M.
28. Nr. 700/898 — Tarifvertrag vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 1. 1972 — über die Absicherung betrieblicher Sonderzahlungen an alle Arbeitnehmer.
29. Nr. 700/899 — Tarifvertrag vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 10. 1971/1. 1. 1972 — zur Ergänzung des Lohnstarifvertrages vom 1. 10. 1968 für die gewerbl. Arbeitnehmer (einmalige Zahlung, Lohnerhöhung, Zuschläge).
30. Nr. 700/900 — Tarifvertrag vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 10. 1971/1. 1. 1972 — zur Ergänzung des Gehaltsabkommens vom 1. 6. 1969 (einmalige Zahlung, Gehaltserhöhung, Zuschläge).
31. Nr. 700/901 — Tarifvertrag vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 10. 1971/1. 1. 1972 — über einmalige Zuwendung und Erhöhung der Entgelte für Auszubildende.  
Zu 28. bis 31. betr. Arbeitnehmer der Firma GG. Fittings Gießereigesellschaft mbH, Werk Sontra.  
Zu 28. bis 31. Tarifvertragsparteien:  
Firma GG. Fittings Gießereigesellschaft mbH, Sontra, und IG Metall — Vorstand, Frankfurt/M.
32. Nr. 700/902 — Lohn- und Gehaltstarifvertrag für Arbeiter und Angestellte vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 1. 1972.
33. Nr. 700/903 — Tarifvertrag vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 10. 1971/1. 1. 1972 — über Entgelte für Auszubildende.
34. Nr. 700/904 — Tarifvertrag vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 1. 1972 — über die Absicherung betrieblicher Sonderzahlungen an die Arbeitnehmer.  
Zu 32. bis 34. betr. Arbeitnehmer der Firma Gießmetall, Krofdorf-Gleiberg.  
Zu 32. bis 34. Tarifvertragsparteien:  
Firma Gießmetall, Gießerei- und Metallgesellschaft mbH, Krofdorf-Gleiberg, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt/M.
35. Nr. 700/905 — Tarifvertrag (Lohn, Gehalt, einmalige Zahlung) vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 1. 1972 — für die Arbeiter und Angestellten.
36. Nr. 700/906 — Tarifvertrag vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 10. 1971/1. 1. 1972 — über einmalige Zahlung und Entgelte für Auszubildende.
37. Nr. 700/907 — Tarifvertrag vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 1. 1972 — über die Absicherung betrieblicher Sonderzahlungen an die Arbeitnehmer.  
Zu 35. bis 37. betr. Arbeitnehmer der Firma Kolletra in Krofdorf-Gleiberg.  
Zu 35. bis 37. Tarifvertragsparteien:  
Firma Kolletra, Metall- und Kunststoffwerk GmbH Krofdorf-Gleiberg, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt/M.
38. Nr. 700/908 — Tarifvertrag (Lohn, Gehalt, einmalige Zahlung) vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 1. 1972 — für die Arbeiter und Angestellten.
39. Nr. 700/909 — Tarifvertrag vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 10. 1971/1. 1. 1972 — über die einmalige Zahlung sowie Entgelte für Auszubildende.
40. Nr. 700/910 — Tarifvertrag vom 22. 12. 1971 — gültig ab 1. 1. 1972 — über die Absicherung betrieblicher Sonderzahlung an die Arbeitnehmer.  
Zu 38. bis 40. betr. Arbeitnehmer der Firma Schunk & Ebe GmbH, Heuchelheim, bei Gießen.
- Zu 38. bis 40. Tarifvertragsparteien:  
Firma Schunk & Ebe GmbH, Heuchelheim bei Gießen, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt/M.
41. Nr. 700/912 — Anschlußtarifvertrag vom 31. 1. 1972 zum Lohnabkommen für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 14. 1. 1972.
42. Nr. 700/914 — Anschlußtarifvertrag vom 31. 1. 1972 zum Gehaltsabkommen für die Angestellten vom 14. 1. 1972.
43. Nr. 700/915 — Anschlußtarifvertrag vom 31. 1. 1972 zum Tarifabkommen über die Vergütung für Auszubildende vom 14. 1. 1972.
44. Nr. 700/917 — Anschlußtarifvertrag vom 31. 1. 1972 zum Tarifvertrag vom 14. 1. 1972 zur Ergänzung der Sonderabkommen für Arbeiter und Angestellte — Teil I (Sonderzahlungen) — vom 12. 5. 1969 i. d. F. vom 7. 10. 1970. Zu 41. bis 44. abgeschlossen mit der IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt/M.
45. Nr. 700/913 — Anschlußtarifvertrag vom 31. 1. 1972 zum Tarifvertrag vom 14. 1. 1972 zur Ergänzung der Sonderabkommen für Arbeiter und Angestellte — Teil I (Sonderzahlungen) vom 12. 5. 1969 i. d. F. vom 7. 10. 1970.
46. Nr. 700/916 — Anschlußtarifvertrag vom 31. 1. 1972 zum Gehaltsabkommen für die Angestellten vom 14. 1. 1972.
47. Nr. 700/918 — Anschlußtarifvertrag vom 31. 1. 1972 zum Tarifabkommen über die Vergütung für Auszubildende vom 14. 1. 1972.  
Zu 45. bis 47. abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Landesverband Hessen.  
Zu 41. bis 47. betr. Arbeitnehmer in den Werken Dillenburg und Niederschelden der Stahlwerke Südwestfalen AG, Hüttental-Geisweid.  
Zu 41. bis 47. Tarifvertragsparteien:  
Arbeitgeberverband Eisen- und Stahlindustrie e. V., Düsseldorf, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
48. Nr. 700/919 — Lohnstarifvertrag vom 2. 2. 1972 — gültig ab 1. 2. 1972 — für die Montagearbeiter in den Zweigniederlassungen im Bundesgebiet der Firmen Aufzugswerke M. Schmitt & Sohn.  
Tarifvertragsparteien:  
Firmen Aufzugswerke M. Schmitt & Sohn, Montage- und Reparaturwerkstätte GmbH in Nürnberg und Frankfurt/Main und IG Metall, Bezirksleitung München.
49. Nr. 700/911 — Tarifvertrag vom 15. 1. 1972 — gültig ab 1. 10. 1971/1. 1. 1972 — über Entgelte für Auszubildende, abgeschlossen mit dem Christl. Metallarbeiterverband Deutschlands für das Land Hessen.
50. Nr. 700/922 — Tarifvertrag vom 1. 10. 1971 zur Änderung des Angestellten-Manteltarifvertrages vom 10. 6. 1966.
51. Nr. 700/923 — Tarifvertrag vom 1. 10. 1971 — gültig ab 1. 10. 1970 — über eine redaktionelle Änderung des Manteltarifvertrages für die Arbeiter vom 10. 5. 1966.
52. Nr. 700/924 — Tarifvertrag vom 1. 10. 1971 — gültig ab 1. 10. 1970 — über eine redaktionelle Änderung des Manteltarifvertrages für die Angestellten vom 10. 5. 1966.
53. Nr. 700/925 — Tarifvertrag vom 12. 11. 1971 — gültig ab 1. 10. 1971 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Angestellten vom 10. 5. 1966 (Leistungszulagen).
54. Nr. 700/926 — Tarifvertrag vom 15. 12. 1971 — gültig ab 1. 1. 1972 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Arbeiter vom 10. 5. 1966.
55. Nr. 700/927 — Tarifvertrag vom 15. 12. 1971 — gültig ab 1. 1. 1972 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Angestellten vom 10. 5. 1966.  
Zu 50. bis 55. abgeschlossen mit der IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt/M.  
Zu 49. bis 55. betr. Arbeitnehmer der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie im Lande Hessen.  
Zu 49. bis 55. Tarifvertragsparteien:  
Arbeitgeberverband der hessischen Metallindustrie e. V., Frankfurt/M., und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.

56. Nr. 700/928 — Lohntarifvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 16. 12. 1971 — gültig ab 1. 10. 1971/1. 1. 1972.
57. Nr. 700/929 — Gehaltstarifvertrag für die Angestellten vom 16. 12. 1971 — gültig ab 1. 10. 1971/1. 1. 1972.
58. Nr. 700/930 — Tarifvertrag vom 16. 12. 1971 — gültig ab 1. 1. 1972 — über jährliche Sonderzahlungen an die Arbeitnehmer.
59. Nr. 700/931 — Protokollnotiz vom 16. 12. 1971 betr. Änderung der Manteltarifverträge für Arbeiter und Angestellten vom 12. 2. 1968 (Lohnschlüssel bzw. Gehaltsschlüssel). Zu 56. bis 59. betr. Arbeitnehmer der Firma Radisch & Co., Offenbach/M.  
Zu 56. bis 59. Tarifvertragsparteien:  
Firma Radisch & Co., Offenbach/M., und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt/M.
60. Nr. 700/932 — Lohntarifvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 5. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972.
61. Nr. 700/933 — Gehaltstarifvertrag für die Angestellten vom 5. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972.
62. Nr. 700/934 — Tarifvertrag vom 5. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — über Entgelte für Auszubildende.  
Zu 60. bis 62. betr. Arbeitnehmer der Firma Erich Scholze KG, Frankenberg/Eder.  
Zu 60. bis 62. Tarifvertragsparteien:  
Firma Erich Scholze KG, Frankenberg Eder, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt/M.
63. Nr. 705/233 — Tarifvertrag vom 13. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — über betriebliche Sonderzahlungen an alle Arbeitnehmer.
64. Nr. 705/234 — Gehaltstarifvertrag für die Angestellten vom 13. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972.
65. Nr. 705/235 — Tarifvertrag vom 13. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — über Entgelte für Auszubildende.  
Zu 63. bis 65. betr. Arbeitnehmer des Schlosser- und Maschinenbauhandwerks im Lande Hessen.  
Zu 63. bis 65. Tarifvertragsparteien:  
Landesinnungsverband Hessen des Schlosser- und Maschinenbauhandwerks, Frankfurt/M., und Deutsche Angestellten Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/M.
66. Nr. 705/236 — Lohntarifvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 19. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972.
67. Nr. 705/237 — Gehaltstarifvertrag für die kaufm. und techn. Angestellten sowie Meister vom 19. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972.
68. Nr. 705/238 — Tarifvertrag vom 19. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — über Entgelte für Auszubildende.
69. Nr. 705/239 — Tarifvertrag vom 19. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — über betriebliche Sonderzahlungen an alle Arbeitnehmer.  
Zu 66. bis 69. betr. Arbeitnehmer des Mechanikerhandwerks (allgemeine und erzeugende Mechanik, Feinmechanik und Feinoptik, Büromaschinen-, Zweirad-, Nähmaschinen- und Kältetechnik) im Lande Hessen.  
Zu 66. bis 69. Tarifvertragsparteien:  
Landesinnungsverband Hessen des Mechanikerhandwerks, Frankfurt/M., und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt/M.
70. Nr. 809/98 — Rahmentarifvertrag vom 31. 12. 1971 — gültig ab 1. 1. 1972 — für die Angestellten des Kraftfahrzeughandels und Kraftfahrzeugmechanikerhandwerks im Bundesgebiet, abgeschlossen mit der IG Metall — Vorstand — sowie der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand.
71. Nr. 809/99 — Tarifvertrag vom 25. 11. 1972 zur Übernahme des vorstehend genannten Rahmentarifvertrages vom 31. 12. 1971, abgeschlossen mit dem Deutschen Handels- und Industrieangestelltenverband, Hauptvorstand, Hamburg.  
Zu 70. und 71. Tarifvertragsparteien:  
Zentralverband des Kraftfahrzeughandels e. V., Frankfurt/M., sowie Zentralverband des Kraftfahrzeughand-
- werks, Bonn, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
72. Nr. 1600/173 — Tarifvertrag vom 23. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — über die Gewährung vermögenswirksamer Leistungen an alle Arbeitnehmer der Gummiindustrie im Lande Hessen.  
Tarifvertragsparteien:  
Arbeitgeberverband der Deutschen Kautschukindustrie, Hannover, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/M.
73. Nr. 1700/248 — Lohntarifvertrag vom 29. 2. 1972 — gültig ab 1. 3. 1972 — für die gewerbl. Arbeitnehmer der Säge- und Kistenindustrie im Lande Hessen.  
Tarifvertragsparteien:  
Wirtschaftsvereinigung Sägeindustrie Hessen e. V. und Gewerkschaft Holz und Kunststoff — Bezirksleitung Hessen/Rheinland-Pfalz.
74. Nr. 1700/247 — Lohn- und Gehaltstarifvertrag vom 28. 2. 1972 — gültig ab 1. 3. 1972 — sowie betriebliche Sonderzahlung für die Arbeitnehmer der Holzverarbeitenden Industrie und Sperrholzindustrie im Lande Hessen.  
Tarifvertragsparteien:  
Verband Holzindustrie und Kunststoffverarbeitung Hessen e. V., Wiesbaden, und Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Bezirksleitung Hessen/Rheinland-Pfalz.
75. Nr. 1902/69 — Tarifvertrag vom 28. 2. 1972 über Mantelbestimmungen, vermögenswirksame Leistungen, Löhne und Gehälter für die Arbeitnehmer im Betrieb der Firma Hess KG, Frankfurt/M., Kleyerstraße 90.  
Tarifvertragsparteien:  
Firma Hess Brotfabrik KG, Miltenberg, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesbezirk Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/M.
76. Nr. 1905a/18 — Lohn- und Gehaltstarifvertrag vom 20. 1. 1972 — gültig ab 1. 2. 1972 — für die gewerbl. Arbeitnehmer und das Verkaufspersonal sowie Vergütung für Auszubildende und zusätzliches Urlaubsgeld für die Arbeitnehmer des Fleischerhandwerks im Lande Hessen.  
Tarifvertragsparteien:  
Fleischerverband, Landesinnungsverband Hessen, Frankfurt/M., und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesbezirk Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/Main.
77. Nr. 1910/62 — 1910b/63 — Tarifvertrag vom 21. 2. 1972 — gültig ab 1. 7. 1972 — über vermögenswirksame Leistungen an alle Angestellten sowie kaufm. und techn. Auszubildenden.
78. Nr. 1910/63 — 1910b/64 — Gehaltstarifvertrag mit Arbeitszeitkürzung für die kaufm. und techn. Angestellten vom 21. 2. 1972 — gültig ab 1. 3./1. 9. 1972 — nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.  
Zu 77. und 78. abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/M.
79. Nr. 1910/64 — 1910b/65 — Lohntarifvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 21. 2. 1972 — gültig ab 1. 3./1. 9. 1972 — (Lohn, Arbeitszeitkürzung, Lohnausgleich) nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
80. Nr. 1910/65 — 1910b/66 — Gehaltstarifvertrag mit Arbeitszeitkürzung für die kaufm. und techn. Angestellten vom 21. 2. 1972 — gültig ab 1. 3./1. 9. 1972 — nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
81. Nr. 1910/66 — 1910b/67 — Tarifvertrag vom 21. 2. 1972 — gültig ab 1. 7. 1972 — über vermögenswirksame Leistungen an alle Arbeitnehmer.  
Zu 79. bis 81. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesbezirk Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/M.  
Zu 77. bis 81. betr. Arbeitnehmer der Nahrungsmittel- und Teigwarenindustrie im Lande Hessen und in der Stadt Mainz.  
Zu 77. bis 81. Tarifvertragsparteien:  
Vereinigte Arbeitgeberverbände Nahrung und Genuß Hessen, Rheinland-Pfalz e. V., Frankfurt/M., und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.



82. Nr. 1912c/111 — Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen vom 24. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972.
83. Nr. 1912c/112 — Tarifvertrag vom 24. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — über die Erhöhung der Gehälter und Ausbildungsvergütungen.  
Zu 82. und 83. betr. kaufm. und techn. Angestellte sowie Auszubildende der Handelsmälzereien im Lande Hessen.  
Zu 82. und 83. Tarifvertragsparteien:  
Vereinigte Arbeitgeberverbände Nahrung und Genuß Hessen, Rheinland-Pfalz e. V., Frankfurt/M., und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/M.
84. Nr. 1913i/104 — Tarifvertrag vom 29. 11. 1971 — gültig ab 1. 7. 1972 — über vermögenswirksame Leistungen an alle Arbeitnehmer der Erfrischungsgetränke-Industrie sowie Erfrischungsgetränke- und Bierhandlungen im Lande Hessen.  
Tarifvertragsparteien:  
Arbeitgeberverband Nahrung und Genuß Hessen e. V., Frankfurt/M., und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesbezirk Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/M.
85. Nr. 1913i/105 — Lohntarifvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 2. 3. 1972 — gültig ab 1. 3. 1972.
86. Nr. 1913i/106 — Gehaltstarifvertrag für die kaufm. und techn. Angestellten sowie Meister vom 2. 3. 1972 — gültig ab 1. 3. 1972.
87. Nr. 1913i/107 — Tarifvertrag vom 2. 3. 1972 — gültig ab 1. 7. 1972 — über vermögenswirksame Leistungen an alle Arbeitnehmer.  
Zu 85. bis 87. betr. Arbeitnehmer der Mineralbrunnen im Lande Hessen.  
Zu 85. bis 87. Tarifvertragsparteien:  
Vereinigte Arbeitgeberverbände Nahrung und Genuß Hessen, Rheinland-Pfalz e. V., Frankfurt/M., und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesbezirk Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/M.
88. Nr. 2007a/104 — Lohntarifvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 26. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972.
89. Nr. 2007a/105 — Tarifvertrag vom 26. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — über Entgelte und zusätzliches Urlaubsgeld für Auszubildende.  
Zu 88. und 89. betr. gewerbl. Arbeitnehmer und Auszubildende der Schuhindustrie im Bundesgebiet.  
Zu 88. und 89. Tarifvertragsparteien:  
Hauptverband der Deutschen Schuhindustrie e. V., Bonn, und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand, Stuttgart.
90. Nr. 2007d/38 — Manteltarifvertrag vom 3. 12. 1971 — gültig ab 1. 1. 1972.
91. Nr. 2007d/39 — Tarifvertrag vom 3. 12. 1971 — gültig ab 1. 1. 1972 — über Urlaubsdauer und zusätzliches Urlaubsgeld.  
Zu 90. und 91. betr. gewerbl. Arbeitnehmer einschl. Heimarbeiter und Auszubildende des Orthopädieschuhmacherhandwerks im Bundesgebiet.
92. Nr. 2007d/40 — Lohntarifvertrag vom 7. 2. 1972 — gültig ab 1. 2. 1972 — für die gewerbl. Arbeitnehmer einschl. Heimarbeiter sowie Entgelte für Auszubildende des Orthopädieschuhmacherhandwerks im Bundesgebiet (ohne Bayern, Berlin und Saarland).  
Zu 90. bis 92. Tarifvertragsparteien:  
Bundesinnungsverband des Orthopädieschuhmacherhandwerks, Hannover, und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand, Stuttgart.
93. Nr. 2100/816 — Tarifvertrag vom 7. 2. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — über Beschäftigungsgruppen und Urlaubsdauer für die Angestellten der Zusatzversorgungskasse des Baugewerbes VVaG, Wiesbaden.  
Tarifvertragsparteien:  
Zusatzversorgungskasse des Baugewerbes VVaG, Wiesbaden, und IG-Bau-Steine-Erden, Bezirk Hessen, Frankfurt/Main.
94. Nr. 2100/817 — Tarifvertrag vom 7. 2. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — betr. Beschäftigungsgruppen und Urlaubsdauer für die Angestellten der Lohnausgleichskasse für die Bauwirtschaft, Wiesbaden.  
Tarifvertragsparteien:  
Lohnausgleichskasse für die Bauwirtschaft, Wiesbaden, und IG Bau-Steine-Erden, Bezirk Hessen, Frankfurt/M.
95. Nr. 2100/818 — Tarifvertrag vom 7. 2. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — betr. Beschäftigungsgruppen und Urlaubsdauer für die Angestellten der Gemeinnützigen Urlaubskasse für die Bauwirtschaft, Wiesbaden.  
Tarifvertragsparteien:  
Gemeinnützige Urlaubskasse für die Bauwirtschaft, Wiesbaden, und IG Bau-Steine-Erden, Bezirk Hessen, Frankfurt/M.
96. Nr. 2100/819 — Tarifvertrag vom 28. 12. 1971 — gültig ab 1. 1. 1972 — zur Verlängerung des Akkordtarifvertrages für die gewerbl. Arbeitnehmer des Estrichlegergewerbes im Lande Hessen vom 9. 12. 1969.  
Tarifvertragsparteien:  
Verband baugewerblicher Arbeitnehmer Hessen e. V., Frankfurt/M., und IG Bau-Steine-Erden, Bezirk Hessen, Frankfurt/M.
97. Nr. 2100/820 — Tarifvertrag vom 2. 3. 1972 — gültig ab 1. 5. 1972 — zur Änderung des Tarifvertrages für die gewerbl. Arbeitnehmer des feuerungstechnischen Gewerbes im Bundesgebiet vom 1. 4. 1971.  
Tarifvertragsparteien:  
Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V., Bonn, sowie Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V., Frankfurt/M., und IG Bau-Steine-Erden im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M.
98. Nr. 2303a/21 — Lohntarifvertrag (Zusatz-TV zum Bundes-tarifvertrag) vom 6. 2. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — für die gewerbl. Arbeitnehmer des Schornsteinfegerhandwerks im Lande Hessen.  
Tarifvertragsparteien:  
Landesinnungsverband des Schornsteinfegerhandwerks Hessen, Frankfurt/M., und Zentralverband Deutscher Schornsteinfegergesellen — Landesverband Hessen, Frankfurt/M.
99. Nr. 2303b/30 — Lohntarifvertrag vom 28. 2. 1972 — gültig ab 1. 3. 1972 — für die gewerbl. Arbeitnehmer sowie Entgelte für Auszubildende des Gebäudereinigerhandwerks im Lande Hessen.  
Tarifvertragsparteien:  
Landesinnungsverband des Gebäudereinigerhandwerks Hessen, Frankfurt/M., und IG Bau-Steine-Erden, Bezirk Hessen, Frankfurt/M.
100. Nr. 2400/296 — Gehaltstarifvertrag vom 25. 2. 1972 — gültig ab 1. 2. 1972 — für die Angestellten sowie Entgelte für Auszubildende des Groß- und Außenhandels im Lande Hessen.  
Tarifvertragsparteien:  
Landesverband des Groß- und Außenhandels für Hessen e. V., Frankfurt/M., und Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Landesverband Rheinland-Pfalz/Hessen, Frankfurt/M., sowie Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover.
101. Nr. 2603e/5 — Gehaltstarifvertrag vom 13. 1. 1972 — gültig ab 1. 3. 1972 — für die Arbeitnehmer in Betrieben der Zeit-Arbeit-Unternehmen im Bundesgebiet und West-Berlin.  
Tarifvertragsparteien:  
Unternehmensverband für Zeit-Arbeit e. V., Frankfurt/Main, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
102. Nr. 2603g/75 — Tarifvertrag vom 1. 12. 1971 — gültig ab 1. 12. 1971 — über Arbeitszeit, Abwesenheitsstunden, Mehr-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit, Reisekosten und Gehälter für die Angestellten, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.



103. Nr. 2603g/76 — Tarifvertrag vom 1. 12. 1971 — gültig ab 1. 12. 1971 — über Mantelbestimmungen und Vergütungen für die Betreuer, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.  
Zu 102. und 103. betr. Angestellte und Betreuer des Turnuszugverkehrs der privaten Reisebürobetriebe im Bundesgebiet einschl. West-Berlin.  
Zu 102. und 103. Tarifvertragsparteien:  
Deutscher Reisebüro-Verband e. V., Frankfurt/M., und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
104. Nr. 2701/509 — Tarifvertrag vom 29. 9. 1971 — gültig ab 1. 9. 1971/1. 1. 1972 — zur Änderung des Manteltarifvertrages vom 11. 12. 1963 für die Arbeitnehmer der Gemeinwirtschaftlichen Geschäftsbanken im Bundesgebiet.  
Tarifvertragsparteien:  
Verband der Gemeinwirtschaftlichen Geschäftsbanken und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.
105. Nr. 2702c-2/166 — Tarifvertrag vom 16. 8. 1971 — gültig ab 1. 4. 1971 — über die Neufassung der Anlage 1a zum BAT — Allgemeine Vergütungsordnung — für die Angestellten der Innungskrankenkassen im Bundesgebiet.  
Tarifvertragsparteien:  
Bundesverband der Innungskrankenkassen und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand.
106. Nr. 2702c-3/65 — Tarifvertrag vom 1. 6. 1971 — gültig ab 1. 1. 1971 — über Vergütungen für die Lehrlinge der Landkrankenkassen im Bundesgebiet.  
Tarifvertragsparteien:  
Bundesverband der Landkrankenkassen, Hannover, und Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten e. V., Bonn, Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
107. Nr. 2702c-4/291 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 16 zum Manteltarifvertrag vom 21. 9. 1971 — gültig ab 1. 9. 1970/1. 1. 1969 — (Nachdienstentschädigung, Kinderzuschlag).
108. Nr. 2702c-4/292 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 17 vom 23. 4. 1971 — gültig ab 1. 4. 1971 — zum Manteltarifvertrag (Schichtarbeit).  
Zu 107. und 108. betr. Arbeiter der gewerblichen Berufsgenossenschaften im Bundesgebiet.  
Zu 107. und 108. Tarifvertragsparteien:  
Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V., Bonn, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie Verband der Beamten und Angestellten der gesetzlichen Unfallversicherung e. V., Bonn.
109. Nr. 2702c-6a/967 — Tarifvertrag Nr. 246 vom 6. 7. 1971 — gültig ab 1. 7. 1971, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
110. Nr. 2702c-6a/968 — Tarifvertrag Nr. 246 vom 6. 7. 1971 — gültig ab 1. 7. 1971, abgeschlossen mit dem Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten.
111. Nr. 2702c-6a/969 — Tarifvertrag Nr. 246 vom 6. 7. 1971 — gültig ab 1. 7. 1971, abgeschlossen mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst im Christl. Gewerkschaftsbund Deutschlands sowie dem Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband.
112. Nr. 2702c-6a/970 — Tarifvertrag Nr. 246 vom 6. 7. 1971 — gültig ab 1. 7. 1971, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V.  
Zu 109. bis 112. betr. Rationalisierungsschutz für die Angestellten der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte im Bundesgebiet einschl. West-Berlin.  
Zu 109. bis 112. Tarifvertragsparteien:  
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin-Wilmersdorf, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
113. Nr. 2804/517 — Tarifvertrag Nr. 302 vom 20. 1. 1972 — gültig ab 1. 1./25. 1. 1972 — über die Neuregelung der Vergütungen für die Angestellten sowie für Kurz- bzw. Sonderaushilfen, Änderung des Manteltarifvertrages.
114. Nr. 2804/518 — Tarifvertrag Nr. 303 vom 20. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — über die Neuregelung der Löhne sowie Änderung des Manteltarifvertrages und der Tätigkeitsmerkmale (Anlage 2) für die Arbeiter.
115. Nr. 2804/519 — Tarifvertrag Nr. 304 vom 26. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — über die Neuregelung der Vergütungen sowie Änderung von Mantelbestimmungen des Tarifvertrages für die Lehrlinge vom 21. 3. 1964.  
Zu 113. bis 115. abgeschlossen mit der Deutschen Postgewerkschaft, Hauptvorstand, Frankfurt/M.
116. Nr. 2804/520 — Tarifvertrag Nr. 302 vom 20. 1. 1972 — gültig ab 1. 1./25. 1. 1972 — zur Änderung von Mantelbestimmungen des TV Ang. sowie Neuregelung der Vergütungen für Angestellte sowie für Kurz- bzw. Sonderaushilfen.
117. Nr. 2804/521 — Tarifvertrag Nr. 303 vom 20. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — über die Neuregelung der Löhne sowie Änderung des Manteltarifvertrages und der Tätigkeitsmerkmale (Anlage 2) für die Arbeiter.
118. Nr. 2804/522 — Tarifvertrag Nr. 304 vom 26. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — über die Neuregelung der Vergütungen und Änderung von Mantelbestimmungen des Tarifvertrages für die Lehrlinge vom 21. 3. 1964.  
Zu 116. bis 118. abgeschlossen mit dem Deutschen Postverband, Hauptvorstand, Bonn, sowie der Christlich-demokratischen Postgewerkschaft, Hauptvorstand, Bonn.  
Zu 113. bis 118. betr. Arbeitnehmer der Deutschen Bundespost im Bundesgebiet.  
Zu 113. bis 118. Tarifvertragsparteien:  
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, Bonn, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
119. Nr. 2805/426 — Tarifvertrag Nr. 1a/1972 vom 10. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972, abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Hauptvorstand, Frankfurt/Main.
120. Nr. 2805/427 — Tarifvertrag Nr. 1b/1972 vom 11. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972, abgeschlossen mit der Tarifgemeinschaft der Eisenbahner-Gewerkschaft Deutscher Lokomotivbeamten und Anwärter/Christliche Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner/Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten und Anwärter.  
Zu 119. und 120. betr. Neuregelung der Löhne für die Arbeiter sowie Änderung der Tarifverträge für Nachwuchskräfte — Lehrlinge, Jungwerker und Bundesbahnaspiranten — (Vergütungen) der Deutschen Bundesbahn im Bundesgebiet.  
Zu 119. und 120. Tarifvertragsparteien:  
Deutsche Bundesbahn — Vorstand, Frankfurt/M., und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
121. Nr. 2806a/435 — Tarifvertrag Nr. 511 vom 27. 1. 1971 — gültig ab 1. 1. 1972 — zur Neuregelung der Löhne für die gewerbl. Arbeitnehmer.
122. Nr. 2806a/436 — Tarifvertrag Nr. 514 vom 27. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — zur Neuregelung der Entgelte für Auszubildende.
123. Nr. 2806a/437 — Tarifvertrag Nr. 517 vom 27. 1. 1972 — gültig ab 1. 1./1. 2. 1972 — zur Änderung von Mantelbestimmungen des Tarifvertrages für die Arbeitnehmer vom 15. 12. 1966 (Krankenbezüge, Dienstreisekosten).  
Zu 121. bis 123. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.
124. Nr. 2806a/438 — Tarifvertrag Nr. 512 vom 27. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — zur Neuregelung der Löhne für die gewerbl. Arbeitnehmer.
125. Nr. 2806a/440 — Tarifvertrag Nr. 518 vom 27. 1. 1972 — gültig ab 1. 1./1. 2. 1972 — zur Änderung von Mantel-

- bestimmungen des Tarifvertrages für die Arbeitnehmer vom 15. 12. 1966 (Krankenbezüge, Dienstreisekosten).
126. Nr. 2806a/439 — Tarifvertrag Nr. 515 vom 27. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — zur Neuregelung der Entgelte für Auszubildende.  
Zu 124. bis 126. abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Hauptvorstand, Frankfurt/M.
127. Nr. 2806a/441 — Tarifvertrag Nr. 513 vom 27. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — zur Neuregelung der Löhne für die gewerbl. Arbeitnehmer.
128. Nr. 2806a/442 — Tarifvertrag Nr. 516 vom 27. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — zur Neuregelung der Entgelte für Auszubildende.
129. Nr. 2806a/443 — Tarifvertrag Nr. 519 vom 27. 1. 1972 — gültig ab 1. 1./1. 2. 1972 — zur Änderung von Mantelbestimmungen des Tarifvertrages für die Arbeitnehmer vom 15. 12. 1966 (Krankenbezüge, Dienstreisekosten).  
Zu 127. bis 129. abgeschlossen mit der Tarifgemeinschaft der Eisenbahner — Gewerkschaft Deutscher Lokomotivbeamten und Anwärter/Christliche Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner/Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten und Anwärter, Frankfurt/M.  
Zu 121. bis 129. betr. Arbeitnehmer der nichtbundeseigenen Eisenbahnen im Bundesgebiet.  
Zu 121. bis 129. Tarifvertragsparteien:  
Arbeitgeberverband Deutscher Eisenbahnen e. V., Köln, und Arbeitgeberverband Deutscher Eisenbahner e. V., Köln, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
130. Nr. 2808/263 — Zusatzvereinbarung vom 1. 10. 1971 zum Manteltarifvertrag Nr. 2 für die Arbeitnehmer der Bavaria Fluggesellschaft im Bundesgebiet betr. Wechselschichtzulage für das Bodenpersonal.
131. Nr. 2808/264 — Tarifvertrag Nr. 1 vom 25. 11. 1971 — gültig ab 1. 11. 1971 — über Versicherungen für das Bodenpersonal der Bavaria-Fluggesellschaft im Bundesgebiet.  
Zu 130. und 131. Tarifvertragsparteien:  
Bavaria Fluggesellschaft Schwabe & Co. KG und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand.
132. Nr. 2808/265 — Gehaltstarifvertrag Nr. 14 für die Angestellten vom 1. 2. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand.
133. Nr. 2808/266 — Lohnstarifvertrag Nr. 14 für die Arbeiter vom 1. 2. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand.  
Zu 132. und 133. betr. Arbeitnehmer der Deutschen Lufthansa AG und der Lufthansa Service GmbH im Bundesgebiet.
134. Nr. 2808/267 — Tarifvertrag vom 1. 10. 1971 — gültig ab 1. 10. 1971 — zur Änderung des Tarifvertrages Personalvertretung für das Bordpersonal der Deutschen Lufthansa AG im Bundesgebiet vom 1. 11. 1961, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 133.
135. Nr. 2808/268 — Tarifvertrag (Anschlußtarifvertrag) vom 1. 2. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — für die Arbeiter der Condor Flugdienst GmbH im Bundesgebiet zur Übernahme des Lohnstarifvertrages Nr. 14 für die Arbeiter der Deutschen Lufthansa AG und der Lufthansa Service GmbH vom 1. 2. 1972, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 133.  
Zu 132. bis 135. Tarifvertragsparteien:  
Arbeitsrechtliche Vereinigung Hamburg e. V. und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
136. Nr. 3001/2010 — Änderungstarifvertrag Nr. 2 vom 7. 12. 1971 — gültig ab 1. 12. 1971 — zum Tarifvertrag über Zulagen an Angestellte nach besoldungsrechtlichen Vorschriften der Länderverwaltungen und -betriebe im Bundesgebiet vom 28. 9. 1970, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand.
137. Nr. 3001/2012 — Siebenter Änderungstarifvertrag vom 19. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — zum Tarifvertrag vom 10. 2. 1965 über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer des Landes Hessen (Erhöhung der Gesamtpauschallöhne), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand.
138. Nr. 3001/2013 — Monatslohnstarifvertrag Nr. 3 vom 19. 1. 1972 — gültig ab 1. 1./1. 10. 1972 — für die Arbeiter der Länderverwaltungen und -betriebe im Bundesgebiet (ohne Berlin und Hamburg), abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 137.  
Zu 136. bis 138. Tarifvertragsparteien:  
Tarifgemeinschaft deutscher Länder und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
139. Nr. 3001/2009 — 3001a/1627 — Tarifvertrag vom 10. 11. 1971 — gültig ab 1. 12. 1971 — zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1a zum BAT — Teil III Abschn. J — Angestellte in den Steuerverwaltungen, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand.
140. Nr. 3001/2014 — 3001a/1632 — Anschlußtarifvertrag vom 21. 1. 1972 zum Vergütungstarifvertrag Nr. 9 für die Angestellten und Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen der Medizinalassistenten, beide vom 17. 12. 1971, abgeschlossen mit dem Verband der angestellten Ärzte Deutschlands — Marburger Bund.
141. Nr. 3001/2019 — 3001a/1637 — Anschlußtarifvertrag vom 2. 2. 1972 zum Tarifvertrag vom 15. 3. 1971 zur Änderung des Tarifvertrages über Zulagen an Angestellte in der Steuerverwaltung und in der Zollverwaltung vom 8. 7. 1970, abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Polizei — Gewerkschaftsvorstand.
142. Nr. 3001/2020 — 3001a/1638 — Anschlußtarifvertrag vom 2. 2. 1972 zum Tarifvertrag vom 15. 3. 1971 zur Änderung des Tarifvertrages über Zulagen an Angestellte in der Steuerverwaltung und in der Zollverwaltung vom 8. 7. 1970, abgeschlossen mit dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst.
143. Nr. 3001/2021 — 3001a/1639 — Anschlußtarifvertrag vom 2. 2. 1972 zum Tarifvertrag vom 15. 3. 1971 zur Änderung des Tarifvertrages über Zulagen an Angestellte in der Steuerverwaltung und in der Zollverwaltung vom 8. 7. 1970, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V. — Hauptverwaltung.
144. Nr. 3001/2022 — 3001a/1640 — Anschlußtarifvertrag vom 2. 2. 1972 zum Tarifvertrag vom 15. 3. 1971 zur Änderung des Tarifvertrages über Zulagen an Angestellte in der Steuerverwaltung und in der Zollverwaltung vom 8. 7. 1970, abgeschlossen mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund.  
Zu 139. bis 144. betr. Arbeitnehmer der Bundesverwaltung und der Länderverwaltungen und -betriebe im Bundesgebiet.  
Zu 139. bis 144. Tarifvertragsparteien:  
Bundesrepublik Deutschland — vertreten durch den Bundesminister des Innern — sowie Tarifgemeinschaft deutscher Länder und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
145. Nr. 3001/2011 — 3001a/1629 — Anschlußtarifvertrag vom 10. 1. 1972 zum Änderungstarifvertrag Nr. 4 vom 27. 4. 1971 zum Tarifvertrag über die Rechtsverhältnisse der Lehrlinge und Anlernlinge vom 21. 9. 1961.
146. Nr. 3001/2026 — 3001a/1644 — Anschlußtarifvertrag vom 10. 2. 1972 zum Tarifvertrag vom 21. 5. 1971 zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1a zum BAT — Eingruppierung der Angestellten im fernmeldetechnischen Dienst und im Fernmeldebetriebsdienst.  
Zu 145. und 146. abgeschlossen mit dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst.

147. Nr. 3001/2015 — 3001a/1633 — Anschlußtarifvertrag vom 1. 2. 1972 zu den Tarifverträgen über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte sowie an Auszubildende, beide vom 17. 12. 1970, abgeschlossen mit dem Verband der Angestellten Ärzte Deutschlands — Marburger Bund.
148. Nr. 3001/2016 — 3001a/1634 — Anschlußtarifvertrag vom 1. 2. 1972 zu den Tarifverträgen über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte sowie an Auszubildende, beide vom 17. 12. 1970.
149. Nr. 3001/2023 — 3001a/1641 — Anschlußtarifvertrag vom 2. 2. 1972 zum Änderungstarifvertrag Nr. 4 vom 27. 4. 1971 zum Tarifvertrag über die Rechtsverhältnisse der Lehrlinge und Anlernlinge vom 21. 9. 1961.
150. Nr. 3001/2027 — 3001a/1645 — Anschlußtarifvertrag vom 10. 2. 1972 zum Tarifvertrag vom 21. 5. 1971 zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1a zum BAT — Eingruppierung der Angestellten im fernmeldetechnischen Dienst und im Fernmeldebetriebsdienst.  
Zu 148. bis 150. abgeschlossen mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund.
151. Nr. 3001/2017 — 3001a/1635 — Anschlußtarifvertrag vom 1. 2. 1972 zu den Tarifverträgen über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte sowie an Auszubildende, beide vom 17. 12. 1970, abgeschlossen mit dem Deutschen Berufsverband der Sozialarbeiter.
152. Nr. 3001/2018 — 3001a/1636 — Anschlußtarifvertrag vom 1. 2. 1972 zu den Tarifverträgen über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte sowie an Auszubildende, beide vom 17. 12. 1970.
153. Nr. 3001/2028 — 3001a/1646 — Anschlußtarifvertrag vom 10. 2. 1972 zum Tarifvertrag vom 21. 5. 1971 zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1a zum BAT — Eingruppierung der Angestellten im fernmeldetechnischen Dienst und im Fernmeldebetriebsdienst.
154. Nr. 3001/2029 — 3001a/1647 — Anschlußtarifvertrag vom 10. 2. 1972 zum Änderungstarifvertrag Nr. 4 vom 27. 4. 1971 zum Tarifvertrag über die Rechtsverhältnisse der Lehrlinge und Anlernlinge vom 21. 9. 1961.  
Zu 152. bis 154. abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Polizei — Gewerkschaftsvorstand.
155. Nr. 3001/2024 — 3001a/1642 — Anschlußtarifvertrag vom 9. 2. 1972 zum 26. Tarifvertrag vom 19. 2. 1971 zur Änderung und Ergänzung des BAT für die Angestellten (Manteländerungen).
156. Nr. 3001/2025 — 3001a/1643 — Anschlußtarifvertrag vom 10. 2. 1972 zum Tarifvertrag vom 21. 5. 1971 zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1a zum BAT — Eingruppierung der Angestellten im fernmeldetechnischen Dienst und im Fernmeldebetriebsdienst.
157. Nr. 3001/2030 — 3001a/1648 — Anschlußtarifvertrag vom 10. 2. 1972 zum Änderungstarifvertrag Nr. 4 vom 27. 4. 1971 zum Tarifvertrag über die Rechtsverhältnisse der Lehrlinge und Anlernlinge vom 21. 9. 1961.  
Zu 155. bis 157. abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V. — Hauptverwaltung.
- Zu 145. bis 157. betr. Arbeitnehmer der Bundesverwaltungen, der Länderverwaltungen und -betriebe sowie der kommunalen Verwaltungen und Betriebe im Bundesgebiet.  
Zu 145. bis 157. Tarifvertragsparteien:  
Bundesrepublik Deutschland — vertreten durch den Bundesminister des Innern, Tarifgemeinschaft deutscher Länder sowie Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
158. Nr. 3001a/1628 — Tarifvertrag vom 12. 11. 1971 — gültig ab 1. 11./1. 12. 1971 — zur Änderung und Ergänzung des Teils III der Anlage 1a zum BAT für Angestellte im Bereich des Bundesministers der Verteidigung im Bundesgebiet (Neufassung Abschnitt G — Angestellte im nautischen und schiffsmaschinentechnischen Dienst sowie im Funkdienst auf Hilfsschiffen, schwimmenden Geräten und Binnenwasserfahrzeugen sowie nautische Angestellte im Instrumentenprüfdienst oder als Kreuzkartenberichtiger — sowie Änderungen Abschnitt L — Angestellte im fernmeldetechnischen Dienst — und Neufassung Abschnitt I — Sportlehrer an Bundesweherschulen).  
Tarifvertragsparteien:  
Bundesrepublik Deutschland — vertreten durch den Bundesminister des Innern — und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand.
159. Nr. 3001a/1630 — Tarifvertrag vom 19. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972 — zur Wiederinkraftsetzung der Tarifverträge vom 17. 12. 1970 über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte sowie an Arbeiter.
160. Nr. 3001a/1631 — Vergütungstarifvertrag Nr. 10 für die Angestellten vom 19. 1. 1972 — gültig ab 1. 1. 1972.  
Zu 159. und 160. betr. Arbeitnehmer der Deutschen Bundesbank im Bundesgebiet.  
Zu 159. und 160. Tarifvertragsparteien:  
Deutsche Bundesbank — Direktorium — und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand.
161. Nr. 3001d/22 — Tarifvertrag vom 18./22. 2. 1972 — gültig ab 1. 3. 1972 — über die Rechtsverhältnisse der Sprachlehrer an den inländischen Unterrichtsstätten des Goethe-Instituts im Bundesgebiet.  
Tarifvertragsparteien:  
Goethe-Institut zur Pflege deutscher Sprache und Kultur im Ausland e. V. München, und Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB — Hauptvorstand, Frankfurt/Main.

Durch die Eintragung der Tarifverträge in das Tarifregister und deren Bekanntmachung im Staatsanzeiger für das Land Hessen wird nicht über die Rechtsgültigkeit der eingetragenen Tarifverträge entschieden.

Tarifexemplare sind nur bei den Vertragsparteien erhältlich.

Wiesbaden, 2. 5. 1972

Der Hessische Sozialminister  
I A 3 — 2607

St.Anz. 22/1972 S. 981

678

### Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt

Eintragung der Berufsausbildungsverhältnisse in das von der zuständigen Stelle zu führende Verzeichnis nach den §§ 31 bis 33 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1112);

hier: Ausbildungsberuf „Waldfacharbeiter“

Nach § 5 Abs. 1 Nr. 5 der Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Berufsbildungsgesetz i. d. F. vom 2. November 1971 (GVBl. I S. 263) ist der Regierungspräsident in Kassel zuständige Stelle im Sinne des Berufsbildungsgesetzes für die Berufsbildung in dem Ausbildungsberuf „Waldfacharbeiter“.

Die zuständige Stelle hat nach § 31 BBiG ein Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse einzurichten und zu führen, in das der wesentliche Inhalt des Berufsausbildungsvertrages einzutragen ist.

Der Auszubildende (staatl. Forstamt, Kommunal- und Privatforstbetrieb) hat nach § 33 BBiG unverzüglich nach Abschluß des Berufsausbildungsvertrages die Eintragung in das Verzeichnis zu beantragen. Für die Antragstellung ist der Vordruck Nr. 2.500 der Landesbeschaffungsstelle zu verwenden, der von dem Regierungspräsidenten in Kassel angefordert werden kann. Dem Antrag auf Eintragung in das Verzeichnis sind zwei Ausfertigungen des Berufsausbildungsvertrages

(bei Mündeln drei Ausfertigungen) beizufügen. Entsprechendes gilt bei Änderung des wesentlichen Vertragsinhalts.

Mit dem Antrag auf Eintragung in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse ist eine Aufstellung der Ausbilder\*) mit folgenden Angaben der zuständigen Stelle vorzulegen:

Name	Vorname	Geb.-Dat.	Amts-/Dienstbezeichnung	Berufsausbildung als	Abgelegte Prüfungen	Ergänzende berufliche arbeitspädagog. Ausbildung
------	---------	-----------	-------------------------	----------------------	---------------------	--

Für die zur Zeit bestehenden Berufsausbildungsverhältnisse hat der Auszubildende die Eintragung in das Verzeichnis unverzüglich bei der zuständigen Stelle (Regierungspräsident in Kassel) zu beantragen. Ferner weise ich darauf hin, daß nach § 39 BBiG die zuständige Stelle über die Zulassung des Auszubildenden zur Abschlußprüfung entscheidet. Zur Abschlußprüfung zuzulassen ist nur der Auszubildende, dessen Berufsausbildungsverhältnis in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse eingetragen ist. Der für die Zulassung zur Abschlußprüfung erforderliche Antragsvordruck wird von der zuständigen Stelle mit der Bestätigung der Eintragung in das Verzeichnis dem Auszubildenden übersandt. Dieser Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Regierungspräsidenten in Kassel als zuständige Stelle.

Wiesbaden, 25. 4. 1972

**Der Hessische Minister  
für Landwirtschaft und Umwelt**  
III A 3 4336 T 31

StAnz. 22/1972 S. 987

\*) z. Z. zuständiger Forstbetriebsbeamter und Lehrmeister nach § 7 WAB 1965.

**679**

#### Durchführungsanweisung zu den Richtlinien für Abflußmessungen (DA-RA 1972)

Bezug: Erlasse vom 28. 9. 1965 (StAnz. S. 1190) und 15. 2. 1966 — IVB5 — 79c 08.01 — 2320/66 (n. v.)

Die von den wasserwirtschaftlichen Dienststellen durchgeführten Abflußmessungen werden ab sofort an der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) in Wiesbaden mit einer elektronischen Rechenanlage ausgewertet. Nur in Ausnahmefällen erfolgt eine zeichnerisch-rechnerische Auswertung von Hand. Aus diesem Grunde wird die Durchführungsanweisung zu den Richtlinien für Abflußmessungen (DA-RA 1972\*) in Verbindung mit den Richtlinien für Abflußmessungen, eingeführt durch Erlaß vom 23. 4. 1970 (StAnz. S. 1045), herausgegeben und für die Dienststellen der Wasserwirtschaftsverwaltung für verbindlich erklärt.

Zur rationellen Übertragung der Messungen auf Datenträger, die maschinell lesbar sind, werden neue Formulare verwendet. Nach Eintragen der Daten werden die Formulare an die Hessische Landesanstalt für Umwelt — Umwelttechnik — (LfU) abgesandt und von dort zur maschinellen Auswertung weitergeleitet. Die Formulare sind bei der Hessischen Landesanstalt für Umwelt anzufordern.

Die DA-RA 1965 in der Fassung des Erlasses vom 15. 2. 1966 (n.v.) ist aufgehoben.

Wiesbaden, 28. 4. 1972

**Der Hessische Minister  
für Landwirtschaft und Umwelt**  
V A5 — 79c 08 01 — 4203/72

StAnz. 22/1972 S. 988

\*) hier nicht veröffentlicht.

**680**

#### Anschrift des Wasserwirtschaftsamtes Fulda

Das Wasserwirtschaftsamt Fulda ist in den landeseigenen Behördenhausneubau in Fulda umgezogen. Die neue Anschrift lautet:

**64 Fulda, Schillerstraße 8,**  
Postfach 1102, Tel. (0661) 69 46 o. 69 49

Wiesbaden, 5. 5. 1972

**Der Hessische Minister  
für Landwirtschaft und Umwelt**  
IA1 — 7c 21 (FD)

StAnz. 22/1972 S. 988

**681**

#### Flurbereinigung Schwalbach, Krs. Wetzlar

##### Flurbereinigungsbeschuß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Schwalbach der Gemeinde Schöffengrund, Kreis Wetzlar, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die Gemarkung Schwalbach mit Ausnahme der Ortslage festgestellt. Es hat eine Größe von rd. 515 ha, worin eine Waldfläche von rd. 109 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, soweit sie mit den Gemarkungsgrenzen gleichlaufen, durch einen grünen Farbstreifen und gegen die abgeschlossene Ortslage hin durch einen orangen Farbstreifen kenntlich gemacht.

Die zum Verfahren zugezogenen Grundstücke sind aus der nachstehenden Nachweisung ersichtlich.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer im Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der  
Flurbereinigung von Schwalbach“  
— mit dem Sitz in Schöffengrund — Ortsteil Schwalbach —

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Hessischen Amt für Landeskultur in Gießen, 6300 Gießen, Ostanlage 47 — Behördenhochhaus —, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Hessische Amt für Landeskultur die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Hessischen Amtes für Landeskultur erforderlich:

- wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;
- wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Hessische Amt für Landeskultur kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Hessische Amt für Landeskultur Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Hessische Amt für Landeskultur anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Gemeinde Schöffengrund und den Nachbargemeinden Waldsolms — Ortsteil Brandoberndorf —, der Stadt Braunfels — Stadtteil Braunfels —, den Nachbargemeinden Solms — Ortsteil Burgsolms —, Bielhausen — Ortsteil Oberbiel —, Steindorf, der Stadt Wetzlar, den Nachbargemeinden Nauborn, Reiskirchen, Volpertshausen, Schwingbach — Ortsteil Groß-Rechtenbach — und Kleenheim — Ortsteil Nieder-Kleen — öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Schöffengrund — Ortsteil Schwalbach — und in den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden, Parkstraße 44, als oberer Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Wi-

derspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt Hessen zu erklären.

Wiesbaden, 24. 4. 1972

**Landeskulturamt Hessen**

DF 515 — Schwalbach — 8652/72

StAnz. 22/1972 S. 988

\*

#### Grundstücksverzeichnis

zum Flurbereinigungsbeschluß des Landeskulturamtes Hessen in Wiesbaden für die Gemarkung Schwalbach der Gemeinde Schöffengrund, Kreis Wetzlar, vom 24. April 1972

Zu vorgenanntem Flurbereinigungsverfahren werden voraussichtlich folgende Grundstücke der Gemarkung Schwalbach gehören:

Flur 1 ganz

von Flur 2 die Grundstücke Nr. 1—45, 90 tlw., 93 tlw. 96, 97/2, 98, 100

die Fluren 3—8 ganz

von Flur 9 die Flurstücke 31, 32, 34 bis 44, 73 bis 80, 102 bis 105, 183/106, 184/106, 107 bis 144, 155 tlw., 156, 157, 165, 168/1, 169 bis 175

von Flur 10 die Flurstück 17 bis 21, 29 bis 44, 147/45, 148/45, 46 bis 64, 91 bis 114, 121, 124, 127 bis 142, 144/2, 145, 146

von Flur 14 die Flurstücke 1 bis 8, 59 bis 104, 105 tlw., 106, 107 tlw., 122 bis 124

von Flur 15 die Flurstücke 1 bis 15, 197/16, 198/16, 199/17, 200/17, 18 bis 63, 64'1, 64'2, 65 bis 77, 104 bis 142, 148 bis 176, 182 bis 193, 196

von Flur 16 die Flurstücke 1 bis 9, 10/1, 10/2, 10/3, 11 bis 58, 92 bis 110, 113, 114, 115, 118/10, 119/10, 120/10

die Fluren 17—25 ganz

682

### Personalnachrichten

Es sind

#### A. im Bereich des Präsidenten des Hessischen Landtags

ernannt:

zum **Oberregierungsrat** Oberamtsrat (BaL) Hans-Joachim Dumschat (28. 4. 1972);

zum **Regierungsrat (BaL)** Regierungsrat z. A. (BaP) László Kálmán Rusvay (28. 4. 1972).

Wiesbaden, 9. 5. 1972

**Hessischer Landtag**  
II 8 b 06

StAnz. 22/1972 S. 989

#### B. im Bereich des Hessischen Ministerpräsidenten — Staatskanzlei —

ernannt:

zum **Oberregierungsrat (BaL)** Oberregierungsrat z. A. (BaP) Dr. Walter Pietsch (26. 4. 1972);

versetzt:

vom Magistrat der Stadt Darmstadt unter gleichzeitiger Ernennung zum Oberbaurat Baurat (BaL) Helmut Haider (1. 2. 1972);

vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe Hauptsekretär (BaL) Karl-Ludwig Blecher (21. 2. 1972);

in den **Ruhestand** getreten:

Hauptsekretär Herbert Dietrich (31. 3. 1972);

#### Statistisches Landesamt

ernannt:

zum **Regierungsdirektor** Oberregierungsrat Manuel Poch (26. 4. 1972).

Wiesbaden, 5. 5. 1972

**Der Hessische Ministerpräsident**  
Staatskanzlei  
I B 2 — 8 a

StAnz. 22/1972 S. 989

#### C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

Hessische Brandversicherungskammer Darmstadt

ernannt:

zum **Amtsrat** Amtmann (BaL) Friedrich Günther (10. 1. 1972);

zum **Technischen Amtsrat** Technischer Amtmann (BaL) Albin Liebscher (25. 4. 1972);

zu **Amtmännern** die Oberinspektoren (BaL) Werner Winter (24. 12. 1971), Heinz Brockmeyer (25. 4. 1972);

zum **Technischen Oberinspektor** Technischer Inspektor (BaL) Klaus Roth (30. 3. 1972);

zum **Inspektor** Inspektor z. A. (BaP) Wilfried Hupe (23. 12. 1971);

zum **Technischen Inspektor (BaL)** Technischer Inspektor z. A. (BaP) Hans Joseph Regner (30. 3. 1972);

zum **Inspektor z. A. (BaP)** Verwaltungsangestellter Dieter Sattler (2. 5. 1972);

in den **Ruhestand** versetzt:

Oberbaurat Bodo Glüer (1. 2. 1972) gem. § 51 Absatz 1 HBG.

Darmstadt, 4. 5. 1972

**Hessische Brandversicherungskammer**  
2 b — 24/I/1

StAnz. 22/1972 S. 989

#### D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen

Oberfinanzdirektion

ernannt:

zum **Oberregierungsrat** Regierungsrat (BaL) Kurt Pinne (10. 3. 1972);

zum **Regierungsrat (BaL)** Regierungsrat z. A. (BaP) Gerhard Weil (9. 2. 1972);

zum **Obersteuerrat** Steuerrat (BaL) Heinz Diehm (18. 1. 1972);

zu **Steuerräten** die Steueramtmänner (BaL) Willi Klapproth (20. 12. 1971), Erwin Ulrich (19. 1. 1972);

zum **Technischen Amtmann** Technischer Oberinspektor (BaL) Heinrich Kramer (12. 1. 1972);

zum **Amtsinspektor** Steuerhauptsekretär (BaL) Heinz-Karl Mesche (1. 2. 1972);

zum **Oberamtsmeister** Amtsmeister (BaL) Gustav Erletz (6. 1. 1972);

zum **Hauptamtsgehilfe** (BaL) Hauptamtsgehilfe z. A. (BaP) Artur Rex (1. 2. 1972);

in den **R u h e s t a n d** getreten:

Oberfinanzpräsident Max Becker (1. 2. 1972);

in den **R u h e s t a n d** versetzt:

Steueramtmann Paul Günther (1. 1. 1972), Amtsinspektor Karl-Heinz Credé (1. 3. 1972);

## Steuerverwaltung

ernannt:

zu **Oberregierungsräten** die Regierungsräte (BaL) Hans Eberhardt, FA Schwalmstadt (10. 2. 1972), Hans Werner Kolb, FA Darmstadt (17. 3. 1972), Dr. Werner Tetzlaff, FA Gelnhausen (21. 3. 1972);

zu **Regierungsräten** (BaL) die Regierungsräte z. A. (BaP) Klaus-Dieter Dingeldein, FA Darmstadt (27. 1. 1972), Reinhard Hein, FA Offenbach-Stadt (24. 2. 1972), Horst Wenk, FA Kassel-Spohrstraße (14. 2. 1972);

zu **Regierungsräten z. A.** (BaP) die Assessoren Günter Holzmann, FA Wiesbaden-Mainzer Straße (6. 3. 1972), Hans-Jürgen Pfister, FA Dieburg (1. 2. 1972);

zu **Obersteuerräten** die Steuerräte (BaL) Franz Klimisch, FA Frankfurt(M.)-Stiftstraße (13. 3. 1972), Waldemar Schmidt, FA Frankfurt(M.)-Stiftstraße (22. 3. 1972);

zum **Steuerrat** Steueramtmann (BaL) Peter Bumann, FA Bensheim (22. 3. 1972);

zu **Steueramtmännern** die Steueroberinspektoren (BaL) Bärbel Grasmeyer, FA Frankfurt(M.)-Börse (14. 2. 1972), Peter Gutmann, FA Hanau (14. 3. 1972), Peter Hiese, FA Rüdelsheim (14. 3. 1972), Wilfried Möller, FA Nidda (14. 1. 1972), Kriemhild Schmidt, FA Hanau (18. 2. 1972), Ludwig Schmiedt, FA Bensheim (14. 3. 1972);

zu **Steuerinspektoren** (BaL) die Steuerinspektoren z. A. (BaP) Michael Hampel, FA Wiesbaden-Herrngartenstraße (27. 1. 1972), Wolfgang Kloppsch, FA Frankfurt(M.)-Taubenst. (27. 1. 1972), Walter Mark, FA Schwalmstadt (28. 1. 1972), Ernst Semmler, FA Kassel-Goethestraße (27. 1. 1972), Johannes Quack, FA Frankfurt(M.)-Stiftstraße (27. 1. 1972), Wolfgang Walter, FA Frankfurt(M.)-Börse (27. 1. 1972);

zu **Steuerinspektoren** die Steuerinspektoren z. A. (BaP) Ernst-Dieter Fuchs, FA Alsfeld (27. 1. 1972), Wolfgang Hein, FA Bad Homburg (27. 1. 1972), Horst Holl, FA Mellungen (28. 1. 1972), Heinz Klinger, FA Darmstadt (27. 1. 1972), Dieter Linke, FA Offenbach-Land (27. 1. 1972), Ewald Neidert, FA Gelnhausen (27. 1. 1972), Ilse Rohm, FA Frankfurt(M.)-Taubenst. (27. 1. 1972), Klaus Skiba, FA Darmstadt (28. 1. 1972), Lotti Schmidt, FA Offenbach-Stadt (27. 1. 1972), Heinz Schönewolf, FA Darmstadt (27. 1. 1972), Hans-Jürgen Stahl, FA Wiesbaden-Mainzer Straße (27. 1. 1972), Emil Vollmer, FA Bensheim (27. 1. 1972), Michael Wiesner, FA Frankfurt(M.)-Stiftstraße (27. 1. 1972), Walter Wohletz, FA Frankfurt(M.)-Taubenst. (27. 1. 1972), Dieter Zigelski, FA Gelnhausen (28. 1. 1972), Lothar Zumpft, FA Gießen (28. 1. 1972);

zu **Steuerinspektoren** die Amtsinspektoren (BaL) Heinz Dieter Gonther, FA Friedberg (24. 2. 1972), Karl Heinz Mönch, FA Homberg (24. 2. 1972), Manfred Müller, FA Darmstadt (24. 2. 1972), Klaus Nicolai, FA Offenbach-Land (24. 2. 1972), Ernst Günter Sommer, FA Schwalmstadt (24. 2. 1972), Bernd Schmidt, FA Wetzlar (24. 2. 1972), Hans-Joachim Tunnat, FA Wiesbaden-Mainzer Straße (24. 2. 1972);

zu **Steuerinspektoren** die Steuerhauptsekretäre (BaL) Rolf Grimm, FA Homberg (24. 2. 1972), Dieter Henkel, FA Frankfurt(M.)-Stiftstraße (23. 2. 1972), Jürgen Itz, FA Bad Homburg (24. 2. 1972), Wolfgang Laux, FA Limburg (24. 2. 1972), Günther Mais, FA Frankfurt(M.)-Stiftstraße (23. 2. 1972), Otto Pippert, FA Bensheim (24. 2. 1972), Franz Rohr,

FA Dieburg (24. 2. 1972), Wilhelm Ronken, FA Darmstadt (24. 2. 1972), Klaus Roth, FA Frankfurt(M.)-Höchst (23. 2. 1972), Heinrich Sohn, FA Marburg (24. 2. 1972), Günter Scholz, FA Alsfeld (25. 2. 1972), Heinz Wegener, FA Frankfurt(M.)-Taubenst. (24. 2. 1972);

zu **Steuerinspektoren** die Steuerhauptsekretäre (BaP) Rainer Dolzauer, FA Wetzlar (24. 2. 1972), Manfred Gath, FA Weilburg (24. 2. 1972), Kurt-Jürgen Hock, FA Gießen (24. 2. 1972), Hubert Koch, FA Langen (25. 2. 1972), Karl-Heinz Lepper, FA Offenbach-Land (24. 2. 1972), Norbert Löw, FA Frankfurt(M.)-Höchst (23. 2. 1972), Gerhard Pietschmann, FA Frankfurt(M.)-Höchst (23. 2. 1972), Harald Reitzenstein, FA Hanau (24. 2. 1972), Alfred Slansky, FA Dillenburg (25. 2. 1972), Heribert Scheib, FA Frankfurt(M.)-Stiftstraße (23. 2. 1972), Helmut Schmelz, FA Frankfurt(M.)-Stiftstraße (28. 2. 1972), Erwin Schneider, FA Frankfurt(M.)-Taubenst. (23. 2. 1972), Wolfgang Tannert, FA Limburg (24. 2. 1972), Fritz Tschuri, FA Frankfurt(M.)-Höchst (23. 2. 1972), Heinz Zörb, FA Wetzlar (24. 2. 1972);

zum **Steuerinspektor** Steuerobersekretär (BaL) Walter Oestreich, FA Gelnhausen (24. 2. 1972);

zu **Amtsinspektoren** die Steuerhauptsekretäre (BaL) Willi Hahn, FA Langen (27. 1. 1972), Helmut Klein, FA Frankfurt(M.)-Stiftstraße (23. 2. 1972), Richard Ochs, FA Alsfeld (27. 1. 1972);

zu **Steuerhauptsekretären** die Steuerobersekretäre (BaL) Roland Becke, FA Marburg (24. 2. 1972), Richard Biskup, FA Darmstadt (27. 1. 1972), Dieter Englert, FA Hofgeismar (27. 1. 1972), Mechthild Mais, FA Limburg (28. 1. 1972), Günter Mohr, FA Michelstadt (24. 2. 1972), Franz Roth, FA Eschwege (25. 2. 1972), Herbert Spohr, FA Korbach (27. 1. 1972), Konrad Schneider, FA Marburg (24. 2. 1972), Carl Schmitt, FA Kassel-Goethestraße (27. 1. 1972), Karl-Heinz Strott, FA Schwalmstadt (24. 2. 1972);

zum **Steuerhauptsekretär** (BaL) Steuerobersekretär (BaP) Bernd Geppert, FA Lauterbach (27. 1. 1972);

zu **Steuerobersekretären** die Steuersekretäre (BaL) Arno Bach, FA Biedenkopf (24. 2. 1972), Helmut Pfeifer, FA Bensheim (24. 2. 1972), Winfried Roth, FA Nidda (24. 2. 1972), Siegfried Szebrat, FA Dillenburg (24. 2. 1972).

Frankfurt/M., 17. 4. 1972

Oberfinanzdirektion

P 1400 A — 50 — St I 72

StAnz. 22/1972 S. 989

## Steuerverwaltung

ernannt:

zu **Steuerobersekretären** die Steuersekretäre (BaP) Edgar Auer, FA Frankfurt/M., Hamburger Allee (28. 2. 1972), Björn Böhm, FA Bad Homburg (27. 1. 1972), Helmut Frohnappfel, FA Gelnhausen (27. 1. 1972), Karin Nitsche, FA Frankfurt/M., Stiftstraße (27. 1. 1972), Edeltraud Quanz, FA Kassel, Spohrstraße (27. 1. 1972), Wilfried Schmidt, FA Hanau (24. 2. 1972), Ernst-Walter Schweinsberg, FA Gießen (28. 1. 1972), Waltraud Woelki, FA Limburg (28. 1. 1972);

zu **Steuersekretären** (BaL) die Steuersekretäre z. A. (BaP) Wilfried Bähr, FA Frankfurt/M., Hamburger Allee (23. 2. 1972), Siegfried Bausch, FA Alsfeld (27. 1. 1972), Walter Christ, FA Rotenburg (28. 1. 1972), Wolfgang Dörr, FA Gießen (28. 1. 1972), Walter Erletz, FA Bad Homburg (27. 1. 1972), Christa Gaßmann, FA Kassel, Spohrstraße (27. 1. 1972), Walter Gaußmann, FA Offenbach-Land (25. 2. 1972), Heinz Gerwin, FA Langen (24. 2. 1972), Helmut Grafen, FA Alsfeld (27. 1. 1972), Reiner Grau, FA Hanau (27. 1. 1972), Hans Georg Grebe, FA Dillenburg (27. 1. 1972), Horst Herzberg, FA Fulda (27. 1. 1972), Bruno Hillebrand, FA Homberg (28. 1. 1972), Heinz Hörr, FA Bensheim (28. 1. 1972), Manfred Holschuh, FA Michelstadt (27. 1. 1972), Bernd Klatyik, FA Friedberg (28. 1. 1972), Steffen Kurze, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (10. 2. 1972), Adolf Lischik, FA Darmstadt (27. 1. 1972), Werner Müller, FA Gießen (28. 1. 1972), Manfred Nowotny, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (27. 1. 1972), Karl-Heinz Pflüger, FA Kassel, Spohrstraße (27. 1. 1972), Armin Rapp, FA Kassel, Goethestraße (25. 2. 1972), Werner Strassel, FA Wetzlar (27. 1. 1972), Günter Temme, FA Frankfurt/M., Stiftstraße (27. 1. 1972), Joachim Trübenbach, FA Frankfurt/M.-Höchst (27. 1. 1972), Johann Urban, FA Hofgeismar (27. 1. 1972), Lothar Weigt, FA Eschwege (25. 2. 1972), Klaus Wiegand, FA Frankfurt (Main), Hamburger Allee (31. 1. 1972), Wolfgang Will, FA Bad Homburg (27. 1. 1972),



zu **Steuersekretären** die Steuersekretäre z. A. (BaP) Gabriele Backsch, FA Darmstadt (24. 2. 1972), Heidemarie Becker, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (28. 1. 1972), Klaus Berg, FA Darmstadt (27. 1. 1972), Thomas Blotz, FA Frankfurt/M., Stiftstraße (27. 1. 1972), Armin Böttcher, FA Hofgeismar (27. 1. 1972), Anita Brock, FA Marburg (28. 1. 1972), Manfred Burzel, FA Bad Homburg (29. 1. 1972), Maria Debus, FA Hanau (27. 1. 1972), Rainer Denecke, FA Dillenburg (28. 2. 1972), Hans-Jürgen Elsner, FA Frankfurt/M., Taunustor (23. 2. 1972), Erwin Faber, FA Frankfurt/M.-Höchst (23. 2. 1972), Klaus-Dieter Fischer, FA Frankfurt/M.-Stiftstraße (27. 1. 1972), Hans Fuchs, FA Bad Hersfeld (27. 1. 1972), Irmtraud Gärth-Martin, FA Gießen (31. 1. 1972), Hermann Gebauer, FA Frankfurt/M., Stiftstraße (23. 2. 1972), Christa Gerlach, FA Offenbach-Stadt (27. 1. 1972), Georg Griesing, FA Frankfurt/M., Börse (24. 2. 1972), Helene Gröger, FA Offenbach-Stadt (1. 3. 1972), Wolfgang Haberzettl, FA Frankfurt/M.-Höchst (23. 2. 1972), Reinhard Havel, FA Frankfurt/M., Taunustor (27. 1. 1972), Peter Henche, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (6. 3. 1972), Axel Henning, FA Friedberg (24. 2. 1972), Helmut Hoffart, FA Dieburg (27. 1. 1972), Karl-Josef Hornung, FA Darmstadt (24. 2. 1972), Lothar Jaworski, FA Frankfurt/M., Stiftstraße (27. 1. 1972), Brigitte Käs, FA Frankfurt/M., Hamburger Allee (23. 2. 1972), Margot Kekule, FA Gelnhausen (27. 1. 1972), Horst Klinger, FA Frankfurt/M., Taunustor (23. 2. 1972), Werner Klöpfel, FA Rotenburg (25. 2. 1972), Angelika Koch, FA Gelnhausen (27. 1. 1972), Marlies Koch, FA Offenbach-Stadt (27. 1. 1972), Doris Köhler, FA Frankfurt/M., Hamburger Allee (31. 1. 1972), Hubert Königstein, FA Frankfurt/M., Hamburger Allee (31. 1. 1972), Karl-Hans Krappel, FA Frankfurt/M., Hamburger Allee (31. 1. 1972), Ulrich Kröck, FA Langen (20. 3. 1972), Norbert Kühn, FA Frankfurt/M., Hamburger Allee (25. 2. 1972), Gudrun Kunert, FA Darmstadt (24. 2. 1972), Hans-Georg Kunzig, FA Wetzlar (27. 1. 1972), Jürgen Leisegang, FA Frankfurt/M., Stiftstraße (23. 2. 1972), Horst Lengle, FA Bad Homburg (24. 2. 1972), Eckehard Mittendorf, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (24. 2. 1972), Werner Müller, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (28. 1. 1972), Günther Nennstiel, FA Fulda (27. 1. 1972), Peter Ondracek, FA Kassel, Goethestraße (27. 1. 1972), Karlheinz Otto, FA Frankfurt/M., Hamburger Allee (31. 1. 1972), Rainer Pfeiffer, FA Bad Schwalbach (27. 1. 1972), Wolfgang Plagemann, FA Darmstadt (24. 2. 1972), Marie-Luise Pohlmann, FA Korbach (24. 2. 1972), Klaus Prediger, FA Langen (27. 1. 1972), Hansjochem Rödnner, FA Frankfurt/M., Taunustor (27. 1. 1972), Gerhard Satler, FA Darmstadt (24. 2. 1972), Günther Szymura, FA Frankfurt/M., Stiftstraße (23. 2. 1972), Bernd Riemenschneider, FA Offenbach-Stadt (25. 2. 1972), Günther Schäfer, FA Offenbach-Stadt (28. 1. 1972), Günter Schechinger, FA Offenbach-Stadt (27. 1. 1972), Hubert Schierl, FA Bensheim (27. 1. 1972), Karl-Heinrich Schilz, FA Frankfurt/M., Hamburger Allee (25. 2. 1972), Hans-Jürgen Schmidt, FA Kassel, Goethestraße (27. 1. 1972), Willi Schmidt, FA Kassel, Goethestraße (28. 1. 1972), Gottfried Schott, FA Marburg (27. 1. 1972), Evelyn Schulz, FA Kassel, Goethestraße (27. 1. 1972), Jürgen Schweinsberg, FA Hofgeismar (27. 1. 1972), Gabriele Sticksel, FA Offenbach-Land (28. 2. 1972), Bernhard Teutsch, FA Bad Schwalbach (27. 1. 1972), Rosemarie Thiel, FA Kassel, Goethestraße (27. 1. 1972), Walter Trachsel, FA Frankfurt/M., Hamburger Allee (23. 2. 1972), Gerald Voigt, FA Frankfurt/M.-Höchst (27. 1. 1972), Klaus Wendland, FA Friedberg (28. 1. 1972), Herbert Wicke, FA Melsungen (28. 1. 1972);

zum **Oberamtsmeister** Amtsmeister (BaL) Gerhard Larem, FA Dieburg (16. 2. 1972);

zum **Amtsmeister** Hauptamtsgehilfe (BaL) Emil Schuck, FA Frankfurt/M., Hamburger Allee (8. 3. 1972);

zum **Hauptamtsgehilfen** (BaL) Hauptamtsgehilfe z. A. (BaP) Willi Pfaff, Kassel, Spohrstraße (31. 1. 1972);

zum **Hauptamtsgehilfen z. A. (BaP)** Verwaltungsarbeiter Heinz Schröter, FA Frankfurt/M., Hamburger Allee (24. 3. 1972);

**berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:**  
die Steueroberinspektoren Werner Kober, FA Bensheim (7. 1. 1972), Walter Leitermann, FA Dieburg (7. 2. 1972), Gabriele Muschner, FA Marburg (16. 3. 1972), Wolfgang Odenwald, FA Frankfurt/M., Taunustor (17. 1. 1972), Ute-Monika Peppersack, FA Frankfurt/M.-Höchst (14. 1. 1972), Helmut Quiring, FA Bad Homburg (13. 3. 1972), Elke Reis, FA Marburg (11. 2. 1972), Ernst Seipel, FA Frankfurt/M.,

Börse (15. 3. 1972), Benno-Dieter Stark, FA Melsungen (4. 1. 1972);  
die Steuerinspektoren Gerhard Kerber, FA Frankfurt/M., Stiftstraße (20. 3. 1972), Gerhard Knapp, FA Bensheim (24. 2. 1972), Norbert Löw, FA Frankfurt/M.-Höchst (7. 3. 1972), Heribert Stamm, FA Frankfurt/M., Taunustor (17. 1. 1972), Manfred Vogel, FA Schwalmstadt (23. 2. 1972), Karin Switalski, FA Frankfurt/M., Hamburger Allee (6. 1. 1972);  
die Steuerobersekretäre Jürgen Lehnardt, FA Frankfurt (Main), Stiftstraße (29. 2. 1972), Horst Linn, FA Friedberg (19. 1. 1972), Rainer Kutteneuler, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (20. 1. 1972), Karl-Heinz Störkel, FA Bad Homburg (7. 3. 1972), Dieter Tegge, FA Offenbach-Land (15. 2. 1972), Bernhard Trost, FA Frankfurt/M., Taunustor (24. 1. 1972);  
Steuersekretär Hubert Schierl, FA Bensheim (15. 2. 1972);

#### versetzt:

vom FA Essen-Nord Steuerobersekretärin Ursula Görtz, FA Bad Homburg (1. 3. 1972),

von der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung Steuerinspektor z. A. Wolfram Rotter, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (15. 3. 1972),

vom FA Saarlouis Steueroberinspektorin Christa Steffen, FA Darmstadt (1. 2. 1972),

vom FA Bergisch-Gladbach Steuerhauptsekretärin Gisela Grohmann, FA Frankfurt/M., Taunustor (1. 3. 1972),

an den Hessischen Rechnungshof Darmstadt Steueramtmann Horst Zwirner, FA Darmstadt (1. 12. 1971),

zur Gemeinde Heringen/Werra Steuerinspektor Rolf Pfromm, FA Kassel, Goethestraße (1. 1. 1972),

zum FA Göttingen Steuerobersekretär Klaus-Dieter Gart-hof, FA Kassel, Spohrstraße (1. 4. 1972),

zur Stadt Bidingen Steuerobersekretär Gerhard Knaf, FA Gelnhausen (1. 4. 1972),

zur Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung, Wiesbaden die Steuerinspektoren z. A. Hans-Friedrich Frauenrieder, FA Frankfurt/M., Stiftstraße (1. 1. 1972), Ulrich Grahn, FA Frankfurt/M., Stiftstraße (1. 1. 1972), Werner Striening, FA Frankfurt/M., Börse (1. 1. 1972), Steuerobersekretär Walter Steinbrecher, FA Frankfurt/M., Taunustor (1. 1. 1972);

#### in den Ruhestand getreten:

Steuerrat Josef Franz, FA Offenbach-Land (1. 4. 1972), Steueramtmann Walter Heichel, FA Frankfurt/M.-Höchst (1. 2. 1972), die Steueroberinspektoren Erich Reich, FA Frankfurt/M., Hamburger Allee (1. 3. 1972), Hans Reis, FA Biedenkopf (1. 2. 1972), Amtsinspektor Bernhard Brückner, FA Bensheim (1. 4. 1972), die Steuerhauptsekretäre Wilhelm Ploski, FA Fulda (1. 4. 1972), Kurt Troll, FA Darmstadt (1. 4. 1972);

#### in den Ruhestand versetzt:

Obersteuerrat Herbert Weisbach, FA Biedenkopf (1. 3. 1972), die Stellerräte Karl Michel, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (1. 3. 1972), Kurt Siegel, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (1. 2. 1972), die Steueramtmänner Adolf Schäfer, FA Kassel, Goethestraße (1. 3. 1972), Ferdinand Schmauch, FA Offenbach-Stadt (1. 3. 1972), die Amtsinspektoren Heinrich Seemann, FA Bensheim (1. 3. 1972), Willi Schlaudraff, FA Weilburg (1. 4. 1972), Kurt Stach, FA Hanau (1. 4. 1972), die Steuerhauptsekretäre Adam Apel, FA Bad Hersfeld (1. 4. 1972), Hans Müller, FA Dillenburg (1. 4. 1972), Rolf Rotter, FA Eschwege (1. 2. 1972), die Steuerobersekretäre Erich Plücker, FA Korbach (1. 2. 1972), Josef Richter, FA Michelstadt (1. 3. 1972), Karl Tross, FA Nidda (1. 3. 1972), Steuersekretär Otto Arbinger, FA Gießen (1. 4. 1972);

#### entlassen:

die Steuerinspektoren z. A. Hartmut Meißner, FA Friedberg (31. 3. 1972), Berthold Wippel, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (31. 3. 1972), die Finanzanwärter Gottfried Amend, FA Frankfurt/M., Taunustor (31. 1. 1972), Gerd-Ulrich Galesky, FA Gießen (31. 1. 1972), Gerhold Häuser, FA Gießen (31. 3. 1972), Ernst-Peter Kunz, FA Darmstadt (29. 2. 1972), Peter Pfennig, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (31. 1. 1972), Heinz-Ludwig Sang, FA Frankfurt/M., Taunustor (31. 3. 1972), die Steuerobersekretäre Herbert Dehler, FA Frankfurt/M.-Höchst (31. 3. 1972), Siegfried Gies, FA Frankfurt/M., Hamburger Allee (31. 3. 1972), Steueranwärter Hans-Joachim Appel, FA Dieburg (31. 1. 1972), Steueranwärtin Ilse Artelt, FA Langen (29. 2. 1972), die Steueranwärter Bernd Blasius, FA Michelstadt (31. 1. 1972), Hans Peter Frank, FA Dillenburg (31. 1. 1972),

Baukhard Kollmer, FA Friedberg (31. 1. 1972), Erich Simon, FA Hanau (29. 2. 1972), Horst Schaub, FA Kassel, Spohrstraße (31. 3. 1972), Amtsmeister Alfred Rudelt, FA Kassel, Spohrstraße (31. 1. 1972), sämtlich gemäß § 41 Abs. 1 HBG, Finanzanwärter Günter Hampel, FA Gießen (31. 1. 1972), gemäß § 40 Ziff. 2 HBG;

#### verstorben:

Obersteuerrat Gustav Asshauer, FA Frankfurt/M., Börse (16. 1. 1972), Steuerrat Eduard Anlauf, FA Frankfurt/M., Stiftstraße (25. 2. 1972), Steueramtmann Edmund Breu, FA Darmstadt (19. 3. 1972), Steueroberinspektor Wilhelm Keller, FA Gießen (10. 9. 1971), Steuerhauptsekretär Peter Möller, FA Homberg (6. 4. 1971), die Steuerobersekretäre Karl Köhler, FA Friedberg (19. 1. 1972), Edwin Nestler, FA Wetzlar (28. 1. 1972).

Frankfurt/Main, 4. 5. 1972

#### Oberfinanzdirektion

P 1400 A — 50 — St I 72

St.Anz. 22/1972 S. 990

### E. im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz

#### ernannt:

zum Richter als Präsident eines Landgerichts mit weniger als achtzig richterlichen Planstellen im Bezirk in Fulda Richter an einem Landgericht als ständiger Vorsitzender einer Kammer — Vorsitzender Richter — in Gießen (RaL) Hubert Schneider (25. 4. 1972).

Wiesbaden, 9. 5. 1972

#### Der Hessische Minister der Justiz

I p Sch 190

St.Anz. 22/1972 S. 992

### F. im Bereich des Hessischen Kultusministers

#### Ministerium

#### ernannt:

zum Amtmann Oberinspektor (BaL) Klaus-Peter Hermainski (17. 3. 1972);

#### Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M.

#### ernannt:

zum Professor an einer Universität (BaL) bisheriger Professor der Pädagogischen Hochschule Berlin Richard Meier (1. 3. 1972);

zu Regierungsassessoren (BaP) Rainer Sieboldt (25. 11. 1971), Joachim Roth (25. 11. 1971);

zum Bibliotheksassessor (BaP) Armin Scheil (1. 12. 1971);

zu Oberamtsräten die Amträte (BaL) Günter Teschauer (29. 12. 1971), Wilhelm Krau (29. 12. 1971);

zum Technischen Amtsrat Technischer Amtmann (BaL) Herbert Becela (29. 12. 1971);

zu Amtmännern die Oberinspektoren/innen (BaL) Christa Foerster (29. 12. 1971), Hartmut Fink (29. 12. 1971), Lothar Martin (29. 12. 1971), Karlheinz Rühl (29. 12. 1971), Josef Preis (30. 12. 1971), Wolfgang Hafemann (29. 12. 1971), Astrid Wigand (29. 12. 1971), Hans-Peter Wollny (29. 12. 1971), Rüdiger Albrecht (30. 12. 1971), Horst Koch (6. 12. 1971), Marianne Grust (6. 12. 1971), Gerhard Bleuel (17. 1. 1972);

zum Amtmann (BaL) Amtmann z. A. (BaP) Friedel Ritter (8. 3. 1972);

zu Oberinspektoren die Inspektoren (BaL) Georg Kothe (6. 12. 1971), Helmut Keil (29. 2. 1972);

zum Oberinspektor z. A. (BaP) Manfred Storck (30. 12. 1971);

zu Inspektoren z. A. (BaP) Bernd Sticksel (1. 9. 1971), Jürgen Schäfers (1. 9. 1971);

zur Amtsinsektorin Hauptsekretärin (BaL) Brigitte Neeke (6. 12. 1971);

zum Sekretär (BaL) Bernd Rothe (1. 11. 1971);

#### versetzt:

von der Universität Stuttgart Oberinspektorin (BaL) Helga Premper (25. 2. 1972), von dem Landesamt für Besoldung und Versorgung des Landes Nordrhein-Westfalen Obersekretär (BaL) Reinhold Gorges (6. 3. 1972);

#### Philipps-Universität Marburg a. d. L.

#### ernannt:

zur Inspektorin z. A. (BaP) Beatrix Elsner (15. 3. 1972);

#### entpflichtet:

Professor an einer Universität Dr. Klaus Reich (1. 4. 1972);

#### in den Ruhestand versetzt:

Hausmeister Josef Thiele (1. 3. 1972);

#### entlassen:

Professor an einer Universität Dr. Klaus Hupe (16. 2. 1972);

#### Justus Liebig-Universität Gießen

#### ernannt:

zu Professoren an einer Universität (BaL) bisheriger Professor der Pädagogischen Hochschule Göttingen Hermann Ehmer (15. 2. 1972), bisheriger Oberassistent der Universität Göttingen Dr. Wilhelm Schoner (14. 3. 1972);

zum Akademischen Rat z. A. (BaP) Wissenschaftlicher Assistent (BaW) Dr. Eberhard Mogk (24. 2. 1972);

zum Regierungsrat z. A. (BaP) Wissenschaftlicher Assistent (BaW) Klaus Kübel (1. 3. 1972);

zu Oberamtsräten die Amträte (BaL) Rudolf Grün (5. 1. 1972), Werner Kraushaar (31. 12. 1971), Heinrich Schneider (31. 12. 1971);

zu Amträten die Amtmänner (BaL) Reinhold Pfarrherr (31. 12. 1971), Wilhelm May (31. 12. 1971), Otto Böhler (31. 12. 1971);

zu Oberinspektoren die Inspektoren (BaL) Wilhelm Schmidt (31. 12. 1971), Ewald Bender (31. 12. 1971), Karl Lang (31. 12. 1971);

zum Inspektor Inspektor z. A. (BaP) Günter Martini (20. 12. 1971);

zum Inspektor z. A. (BaP) Günter Martini (1. 10. 1971);

zu Hauptsekretären die Obersekretäre (BaL) Kurt Thon (15. 12. 1971), Georg Wetzler (28. 2. 1972);

zu Obersekretären die Sekretäre (BaL) Peter Herzogenrath (29. 2. 1972), Dieter Grün (29. 2. 1972);

zum Obersekretär Sekretär (BaP) Gerhard Spuck (28. 2. 1972);

zum Obersekretär (BaL) Sekretär (BaP) Bernd Becker (29. 2. 1972);

zum Sekretär (BaL) Sekretär z. A. (BaP) Harald Frank (29. 2. 1972);

zum Oberpräparator Präparator (BaL) Ernst Perschbacher (31. 12. 1971);

#### entpflichtet:

Professor an einer Universität Dr. Heinz Langerhans (1. 4. 1972);

#### Technische Hochschule Darmstadt

#### ernannt:

zum Professor an einer Universität (BaL) bisheriger ordentlicher Professor der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster Dr. Alarich Weiß (21. 2. 1972);

zum Akademischen Rat (BaL) Akademischer Rat z. A. (BaP) Dr. Karl Haase (14. 2. 1972);

#### Gesamthochschule Kassel

#### eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe H 3 Fachhochschullehrer Dr. Hans Bloech (27. 3. 1972);

#### in den Ruhestand getreten:

die Fachhochschullehrer Dipl.-Ing. Erich Rabe (1. 12. 1971), Dr. Hans Bloech (1. 4. 1972);

#### entlassen:

Fachhochschullehrer z. A. Dr. Franz Vettel (1. 4. 1972);

#### Fachhochschule Wiesbaden

#### ernannt:

zum Fachhochschullehrer (BaL) Fachhochschullehrer z. A. (BaP) Dipl.-Ing. Hans Nasedy (22. 12. 1971);



**Fachhochschule Gießen**

ernannt:

- zum **Inspektor z. A. (BaP)** Kurt Aletter (1. 3. 1972);
- zum **Obersekretär (BaL)** Sekretär z. A. (BaP) Frieder Hoffmann (29. 12. 1971);
- zum **Obersekretär** Sekretär (BaP) Arnold Polzer (28. 2. 1972);

**Fachhochschule Darmstadt**

ernannt:

- zum **Amtsrat** Amtmann (BaL) Hermann Erfurt (20. 12. 1971);
- zum **Amtmann** Oberinspektor (BaL) Erich Wiemer (27. 12. 1971);

**Hessische Landes- und Hochschulbibliothek Darmstadt**

ernannt:

- zum **Amtsrat** Amtmann (BaL) Werner Haußner (24. 12. 1971);
- zur **Inspektorin** Inspektorin z. A. (BaP) Gisela Immelt (8. 3. 1972);
- zu **Inspektorinnen z. A. (BaP)** Elfriede Müller (22. 12. 1971), Ursula Luft (9. 12. 1971);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:  
Inspektorin Ute Ongyert (9. 12. 1971);**Hessische Landesbibliothek Wiesbaden**

ernannt:

- zum **Amtmann** Oberinspektorin (BaL) Waldtraut Kirchner (30. 12. 1971);

entlassen:

- Inspektorin Angelika Kolb (1. 3. 1972);

**Staatliche Kunstsammlungen Kassel**

ernannt:

- zum **Lagerverwalter** Aufseher (BaL) Eddy von Felden (29. 12. 1971);

**Landestheater Darmstadt**

ernannt:

- zum **Amtmann** Oberinspektor (BaL) Bartholomäus Galter (23. 12. 1971);

**Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten Bad Homburg v. d. H.**

ernannt:

- zum **Oberamtsrat** Amtsrat (BaL) Johann Daniel Schneider (24. 12. 1971);

**Hessisches Landesmuseum Darmstadt**

ernannt:

- zum **Kustos z. A. (BaP)** Dr. Anita Büttner (9. 3. 1972);

**Hessisches Institut für Lehrerfortbildung — Hauptstelle Reinhardswaldschule — Fuldatal**

ernannt:

- zum **Oberamtsrat** Amtsrat (BaL) Fritz Tapella (31. 12. 1971);
- zum **Amtsinspektor** Hauptsekretär (BaL) Wilhelm Hardt (30. 12. 1971).

Wiesbaden, 19. 4. 1972 **Der Hessische Kultusminister**  
P II 1 — 050/35 — (123)  
StAnz. 22/1972 S. 992**G. im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik**

Ministerium

ernannt:

- zum **Ministerialrat (Besoldungsgruppe B 3)** Oberregierungsrat (BaL) Dipl.-Kfm. Hermann Lingnau (19. 11. 1971),
- zu **Ministerialräten** Baudirektor (BaL) Dipl.-Ing. Hermann Frank (24. 1. 1972), Regierungsdirektor (BaL) Anton Böhm (24. 1. 1972),
- zur **Regierungsdirektorin** Oberregierungsrätin (BaL) Dipl.-Kfm. Edith Münnich-Lafebre (7. 4. 1972),
- zu **Regierungsdirektoren** die Oberregierungsräte (BaL) Werner Butzmann (19. 11. 1971), Hans Elsner (24. 1. 1972),

Heinrich Friedrich (24. 1. 1972),

zum **Regierungsdirektor z. A. (BaP)** Verwaltungsangestellter Dipl.-Volkswirt Karlheinz Zahn (28. 3. 1972),  
zur **Oberregierungsrätin** Regierungsrätin (BaL) Regine Reinert (14. 1. 1972),zum **Oberregierungsrat (BaL)** Oberregierungsrat z. A. (BaP) Ulrich Thurmann (3. 1. 1972),zur **Oberregierungsrätin z. A. (BaP)** Dipl.-Chem. Dr. Angelika Hecker (1. 1. 1972),zu **Oberregierungsräten z. A. (BaP)** die Verwaltungsangestellten Dipl.-Chem. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Hermann Keller (1. 11. 1971), Dipl.-Volkswirt Henry Nitz (30. 3. 1972),zu **Regierungsräten (BaL)** die Regierungsassessoren (BaP) Klaus Appel (22. 12. 1971), Jörg Jordan (11. 10. 1971),zum **Regierungsrat z. A. (BaP)** Verwaltungsangestellter Dipl.-Volkswirt Eckhard Schmeling (1. 10. 1971),zur **Amtsärztin** Amtmann (BaL) Eleonore Riedel (22. 12. 1971),zum **Amtsrat** Amtmann (BaL) Werner Back (22. 12. 1971),zu **Amtmännern** die Oberinspektoren (BaL) Armin Goldenbaum (26. 2. 1972), Helmut Möller (9. 9. 1971), Hermann Stumpf (22. 12. 1971),zu **Technischen Amtmännern** die Technischen Oberinspektoren (BaL) Klaus Werner Presser (9. 9. 1971), Günter Schader (22. 12. 1971),zum **Oberinspektor** Inspektor (BaP) Rudolf Seemann (22. 12. 1971),zur **Inspektorin** Inspektorin z. A. (BaP) Ingrid Helfrich (1. 11. 1971),zum **Obersekretär** Sekretär (BaL) Christian Hofmann (9. 9. 1971),berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:  
Amtmann (BaP) Siegfried Siems (25. 10. 1971),

versetzt:

von dem Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen Technischer Amtsrat Hubert Schüring (1. 11. 1971),

an das Bundeskanzleramt Amtmann (BaL) Hans Jürgen Binz (1. 2. 1972),

in den Ruhestand versetzt:

Regierungsdirektor Ernst Mertig (1. 4. 1972), gemäß § 51 Abs. 3 HBG,

Oberamtsrat (BaL) Alfred Rauch (1. 10. 1971), gemäß § 51 Abs. 1 HBG.

Wiesbaden, 5. 5. 1972

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik**  
I c 2 — 7 0 16 — 09

StAnz. 22/1972 S. 993

**H. im Bereich des Hessischen Sozialministers**

Ministerium

ernannt:

zu **Ministerialräten** die Regierungsdirektoren (BaL) Günter Helm (13. 10. 1971), Dr. Werner Seeger (13. 10. 1971),  
zur **Regierungsdirektorin** Oberregierungsrätin (BaL) Doris Kaufmann-Schöffel (29. 10. 1971),zu **Regierungsdirektoren** die Oberregierungsräte (BaL) Rudolf Abeßer (29. 10. 1971), Kurt Denke (29. 10. 1971), Willy Eggert (29. 10. 1971), Oswald Hinrichs (29. 10. 1971), Heinrich Thiemeyer (29. 10. 1971), Hans Döscher (16. 3. 1972),zum **Gewerbedirektor** Obergewerberat (BaL) Ernst Witt (28. 10. 1971),zu **Oberregierungsrätinnen** Regierungsrätin (BaL) Elfriede Kapp (23. 11. 1971), Grete Reiner (1. 3. 1972),zum **Oberregierungsrat** Regierungsrat (BaL) Dietrich Wagner (29. 10. 1971),zum **Oberchemierat unter gleichz. Einweisung i. d. BesGr. A 14a** Chemierat (BaL) Dr. Horst Keding (30. 3. 1972),zu **Oberregierungsräten z. A. (BaP)** die Verwaltungsangestellten Jürgen Stieler (1. 2. 1972), Klaus Rückel (16. 3. 1972),zu **Regierungsräten (BaL)** Regierungsassessor (BaP) Wolfgang Bischoff (16. 11. 1971), die Regierungsräte z. A. (BaP) Manfred Reeg (23. 12. 1971), Manfred Schäfer (29. 3. 1972),zum **Regierungsrat** Oberamtsrat (BaL) Adam Lommel (1. 12. 1971),

zu **Oberamtsräten** die Amtsräte (BaL) Ludwig Englisch (19. 10. 1971), Berthold Grünhardt (19. 10. 1971), Peter Schick (19. 10. 1971), Werner Ried (21. 10. 1971), Walter Gärtner (20. 12. 1971), Arthur Penzler (11. 2. 1972),

zum **Techn. Oberamtsrat Techn. Amtsrat** (BaL) Karl Bott (21. 10. 1971),

zur **Amtsärztin** Amtmann (BaL) Lieselotte Proskawetz (1. 2. 1972),

zu **Amtsräten** die Amtmänner (BaL) Alfred Toman (21. 10. 1971), Werner Alberti (22. 10. 1971),

zum **Techn. Amtsrat Techn. Amtmann** (BaL) Rudi Sander (24. 8. 1971),

zu **Amtmännern** Oberinspektor (BaL) Horst Hahmann (19. 10. 1971), Oberinspektorin (BaL) Rosemarie Carl (1. 12. 1971);

**versetzt:**

vom Landesversorgungsamt Hessen Regierungsrat (BaL) Dr. Günter Simon (1. 9. 1971), Inspektor (BaP) Erhard Erdmann (1. 1. 1972),

vom Regierungspräsidenten Darmstadt Oberregierungsrat (BaL) Harald Matzel (1. 12. 1971), Regierungsrat (BaL) Gerhard Tölle (1. 5. 1972), Amtsrat (BaL) Otto Scholze (1. 12. 1971),

von der Staatl. Chem. Untersuchungsanstalt Erlangen Chemierat (BaL) Dr. Horst Keding (1. 2. 1972),

vom Landesjugendamt Hessen Amtmann (BaL) Rosemarie Carl (1. 12. 1971),

von der Nassauischen Brandversicherungsanstalt Oberinspektor (BaL) Herbert Jantsch (1. 2. 1972),

vom Landesarbeitsgericht Frankfurt/M. Inspektorin (BaP) Barbara Breuers (1. 5. 1972),

zum Bundesrechnungshof in Frankfurt/M. Oberregierungsrat Rolf Kayser (1. 5. 1972),

**in den Ruhestand getreten:**

Oberamtsrat Arno Wend (31. 8. 1971), Regierungsdirektor Paul Boris (31. 1. 1972), Amtsrat Johann Stanosch (31. 1. 1972);

**in den Ruhestand versetzt:**

Amtmann Martin Thoma (30. 9. 1971), Oberamtsrat Werner Scholz (31. 1. 1972), Oberamtsrat Walter Gärtner (31. 3. 1972), Oberamtsrat Egon Jekat (30. 4. 1972);

**entlassen:**

Oberregierungsrat Hans-Erich Frey (31. 8. 1971), gemäß § 39 Abs. 1 Nr. 4 HBG;

**verstorben:**

Amtsrat Gottfried Seliger (4. 11. 1971), Oberamtsrat Herbert Heldt (5. 11. 1971);

**Landesjugendamt Hessen**

**ernannt:**

zu **Amtsärztinnen** die Amtmänner (BaL) Maria Hoffmann (25. 11. 1971), Katharina Dörr (25. 11. 1971),

zu **Amtmännern** Oberinspektorin (BaL) Regine Lange (21. 2. 1971), Oberinspektor (BaL) Horst Schaletzky (26. 11. 1971);

**versetzt:**

vom Landkreis Usingen Amtmann (BaL) Werner Lehmann (1. 4. 1972),

zum Regierungspräsidenten Darmstadt Oberinspektorin (BaL) Christa Stehling (1. 2. 1972);

**in den Ruhestand getreten:**

Oberregierungsrat Hans Geismar (30. 9. 1971);

**Jugendhof des Landes Hessen auf dem Dörnberg**

**ernannt:**

zum **Regierungsdirektor** Oberregierungsrat (BaL) Ulf Lüers (15. 9. 1971);

**Hessische Jugendbildungsstätte Dietzenbach**

**berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:**

Oberinspektor (BaP) Wolfgang Nieft (13. 3. 1972).

**versetzt:**

vom Regierungspräsidenten Kassel Oberinspektor (BaP) Wolfgang Nieft (1. 2. 1972);

Wiesbaden, 9. 5. 1972

**Der Hessische Sozialminister**

Z 2 b — 7 O — 16

St.Anz. 22/1972 S. 993

**I. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt**

**Regierungspräsident in Darmstadt**

— Forstabteilung —

**ernannt:**

zu **Oberforstmeistern** die Forstmeister (BaL) Dr. Ernst Munzel, z. Z. Hess. Minister für Landwirtschaft und Umwelt (26. 1. 1972), Hubertus Fröhlich, FA Braunfels (29. 2. 1972), Dr. Hermann Ritter (31. 1. 1972), Ulrich Celsen (11. 2. 1972);

zu **Oberamtsräten** die Amtsräte (BaL) Walter Dondorf, FA Beerfelden (14. 2. 1972), Karl Schneider, FA Lampertheim (13. 2. 1972);

zu **Amtsräten** die Forstamtänner (BaL) Paul Feger, FA Wörsdorf (14. 2. 1972), Martin Keil, FA Grebenhain (14. 2. 1972), Eduard Schinzel, FA Marjoß (14. 2. 1972), Werner Lorschach, FA Altengronau (14. 2. 1972), Walter Laser, FA Lich (16. 2. 1972), Rudolf Polmann, FA Wetzlar (14. 2. 1972), Gustav-Adolf Petersson, FA Merenberg (29. 3. 1972), Willi Schepp, FA Lampertheim (23. 2. 1972), Hermann Ries, FA Driedorf (30. 3. 1972), Walter Müller, FA Oberreifenberg (17. 2. 1972);

zum **Amtsrat** Amtmann (BaL) Heinrich Ihrig, FA Mörfelden (26. 3. 1972);

zu **Forstamtmännern** die Oberförster (BaL) Wilhelm Lehr, FA Seligenstadt (30. 12. 1971), Friedrich Wenzelis, FA Bieber (25. 1. 1972), Hans Rau, FA Gießen (25. 1. 1972), Josef Mayer, FA Marjoß (22. 1. 1972), Hans-Günther Maschler, FA Hofheim (24. 1. 1972), Werner Hintz, FA Weilmünster (24. 1. 1972), Hubert Holec, FA Eltville (26. 1. 1972), Hans Mosig, FA Oberreifenberg (22. 1. 1972), Karl Ihrig, FA Jugenheim (22. 1. 1972), Hans Pfänder, FA Isenburg (24. 1. 1972), Hans Reif, FA Weilburg (24. 1. 1972), Erich Lehn, FA Weilburg (24. 1. 1972), Gustav Pelka, FA Wolfgang (24. 1. 1972), Eduard Hehmann, FA Wolfgang (24. 1. 1972), Walter Dilleuth, FA Grebenhain (24. 1. 1972), Alfred Stein, FA Grünberg (31. 1. 1972), Heinrich Lotz, FA Bad Homburg (31. 1. 1972), Franz Gödecke, FA Bad Schwalbach (30. 1. 1972), Erich Weber, FA Idstein (31. 1. 1972), Georg Mayer, FA Bensheim (31. 3. 1972), Horst-Dieter Thoms, FA Rod (30. 3. 1972);

zu **Amtmännern** die Oberinspektoren (BaL) Karl Baldauf, FA Gießen (25. 1. 1972), Hubert Schreurs, FA Grebenhain (24. 1. 1972), Karl Henkel, FA Bensheim (24. 1. 1972), Reinhold Uhl, FA Konradsdorf (24. 1. 1972);

zum **Oberförster** (BaL) Oberförster im Angestelltenverhältnis Werner Groß, FA Heppenheim (15. 2. 1972);

zu **Oberförstern z. A.** (BaP) die Oberförster im Angestelltenverhältnis Christian Hühn, FA Grebenau (27. 12. 1971), Hubertus Pfeiffer, FA Grebenau (27. 12. 1971);

zum **Oberförster** Revierförster (BaL) Udo Schultheis, FA Bad Homburg (9. 2. 1972);

zu **Revierförstern** die Revierförster z. A. (BaP) Ernst-Günter Otto, FA Bieber (28. 1. 1972), Peter Anders, FA Groß-Bieberau (30. 3. 1972);

zum **Inspektor** Inspektor z. A. (BaP) Mathias Neibig (18. 2. 1972);

zu **Oberforstwarten** die Revierforstwerte (BaL) Helmut Schlierbach, FA Gladenbach (27. 1. 1972), Ewald Rieß, FA Homberg (27. 1. 1972), Willi Haas, FA Burgjoß (12. 2. 1972);

**berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:**

die Revierförster Karlheinz Kliegel, FA Merenberg (1. 1. 1972), Hans-Joachim Leicht, z. Z. Forsteinrichtungsamt Gießen (6. 1. 1972), Wilfried Petzsche, FA Braunfels (24. 1. 1972), Herwart Maisch, FA Brandobendorf (24. 1. 1972), Hartmut Brügel, FA Lampertheim (2. 3. 1972), Karl-Heinz Semm, FA Michelstadt (22. 3. 1972), Hans-Jürgen Häberlein, FA Offenbach (23. 3. 1972);

Revierforstwart Albrecht Weisbecker, FA Burgjoß (28. 1. 1972);

**in den Ruhestand getreten:**

Forstamtann Paul Spalt, FA Kranichstein (31. 1. 1972), die Revieroberforstwerte Otto Weil, FA Katzenbach (31. 1. 1972), Josef Thamm, FA Chaussehaus (18. 2. 1972), Fridolin Klos, FA Grebenhain (27. 3. 1972);

**in den Ruhestand versetzt:**

Amtsrat Wilhelm Herbold, FA Oberreifenberg (22. 2. 1972),

Oberförster Georg Wilhelm Emmerich, FA Jugenheim (18. 2. 1972), Forstamtmann Leonhard Reinhard, FA Groß-Bieberau (30. 3. 1972);

**verstorben:**

Oberförster Günter Pauli, FA Biebergemünd (14. 1. 1972), Forstamtmann Karl Harbach, FA Bad Nauheim (26. 3. 1972).

Darmstadt, 21. 4. 1972

**Der Regierungspräsident**  
VII/1 B 47

*StAnz. 22/1972 S. 994*

**Landeskulturverwaltung**

**ernannt:**

zu **Vermessungsräten z. A. (BaP)** Dipl.-Ing. Wolfgang Jost, Hess. Amt für Landeskultur Wiesbaden, Dipl.-Ing. Claus Dammer, Hess. Amt für Landeskultur Kassel (beide 1. 2. 1972);

zum **Technischen Amtsrat** Technischer Amtmann (BaL)

Herbert Meister, Hess. Amt für Landeskultur Darmstadt (28. 2. 1972);

zum **Inspektor (BaL)** Inspektor z. A. (BaP) Rolf Müller, Hess. Amt für Landeskultur Lauterbach (30. 11. 1971);

zum **Inspektor** Obersekretär (BaP) Karl Bussweiler (24. 3. 1972);

**versetzt:**

vom Niedersächsischen Kulturamt Braunschweig Technischer Oberinspektor (BaL) Uwe Barnstedt, Hessisches Amt für Landeskultur Marburg (1. 2. 1972);

**in den Ruhestand getreten:**

Obervermessungsrat Karl Mäser, Hess. Amt für Landeskultur Lauterbach (1. 2. 1972); Regierungsdirektor Peter Röttgen, Hess. Amt für Landeskultur Darmstadt (1. 2. 1972).

Wiesbaden, 19. 4. 1972

**Landeskulturamt Hessen**  
LK. 14. 1 — 7377/72

*StAnz. 22/1972 S. 995*

**683 DARMSTADT**

**Regierungspräsidenten**

**Stadtwerke Salmünster, Landkreis Schlüchtern;**

**hier:** Befreiung von den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes vom 9. 3. 1957 (GVBl. S. 19)

Gemäß § 29 Abs. 1 des Eigenbetriebsgesetzes vom 9. März 1957 (GVBl. S. 19) befreie ich hiermit die Stadt Salmünster (Landkreis Schlüchtern) im Rechnungsjahr 1972 hinsichtlich ihrer Stadtwerke (Elektrizitäts- und Wasserwerk) von den Vorschriften des genannten Gesetzes.

Darmstadt, 4. 5. 1972

**Der Regierungspräsident**

II 1 b — 33 g 10/07 (1) — 19

*StAnz. 22/1972 S. 995*

**684**

**Aufhebung der Anordnung zum Schutze des Grundwasserwerkes Ravalzhausen der Kreiswerke Hanau vom 12. 5. 1960**

Auf Antrag der Kreiswerke Hanau GmbH wird hiermit die Anordnung zur Ausweisung eines Trinkwasserschutzgebietes für das Grundwasserwerk Ravalzhausen der Kreiswerke Hanau des ehem. Regierungspräsidenten in Wiesbaden vom 12. 5. 1960 (StAnz. S. 903) aufgehoben, weil die obige Trinkwassergewinnungsanlage aufgegeben wurde.

Darmstadt, 27. 4. 1972

**Der Regierungspräsident**

V 14 — 79 a 04/01 (11 542) — K

gez. Dr. Wierscher

*StAnz. 22/1972 S. 995*

**685**

**Auflösung des Rindviehversicherungsvereins Hiltersklingen, Kreis Erbach**

Der Rindviehversicherungsverein Hiltersklingen, Kreis Erbach/Odw., hat durch seine ordentliche Mitgliederversammlung am 23. Januar 1972 die Auflösung mit Wirkung vom 1. Januar 1972 beschlossen.

Hierzu habe ich die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Darmstadt, 9. 5. 1972

**Der Regierungspräsident**

III 6 — 39 i 02/01

*StAnz. 22/1972 S. 995*

**686**

**Bekanntmachung über die Aufnahme der Rechtsform in die Verfassung und die Änderung des Zwecks der „Mozart-Stiftung von 1838“, Sitz Frankfurt/Main**

Gemäß § 9 Hessisches Stiftungsgesetz vom 4. 4. 1966 (GVBl. I S. 77) habe ich am 28. April 1972 dem Antrag auf Änderung der Verfassung der „Mozart-Stiftung von 1838“ in der vom Verwaltungsrat der Stiftung am 27. 4. 1971 und von der Gene-

ralversammlung des Neeber-Schuler-Chors — Frankfurter Liederkranz von 1828 e. V. am 5. 7. 1971 beschlossenen Fassung stattgegeben. Die §§ 1 und 2 erhielten dabei folgenden Wortlaut:

**„§ 1 Name, Sitz und Rechtsform**

I. Die Stiftung führt den Namen „Mozart-Stiftung von 1838“. Sie hat ihren Sitz und Gerichtsstand in Frankfurt/Main; sie ist eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts.

II. Als derzeitige Stifter erscheinen.

Der Neeber-Schuler-Chor — Frankfurter Liederkranz von 1828 e. V. und die Frankfurter Kantorei (Spenderkreis). Die Stadt Frankfurt/Main hat ein ständiges Vertretungsrecht in den Organen der Stiftung.

**§ 2 Stiftungszweck**

I. Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar im Sinne der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 24. Dez. 1953

1. die Unterstützung musikalischer Talente bei ihrer Ausbildung in der Kompositionslehre. Personen beiderlei Geschlechts können sich bewerben. Der Bewerber muß seine Befähigung nachweisen, die deutsche Sprache als Umgangssprache und in der künstlerischen Anwendung beherrschen, unbescholtenen Rufes sein und das 30. Lebensjahr nicht zurückgelegt haben.

2. die Unterstützung von international anerkannten Komponisten, die nachweislich unverschuldet in Not geraten sind, das 60. Lebensjahr erreicht haben und als unbescholten gelten.

II. Einzelheiten bestimmt eine vom Verwaltungsrat der Stiftung gegebene Stiftungsordnung. Es besteht kein Rechtsanspruch auf finanzielle Leistungen der Stiftung.“

Darmstadt, 12. 5. 1972

**Der Regierungspräsident**

III 6 — 25 d 04/11 (26) — 78

*StAnz. 22/1972 S. 995*

**687**

**Entschädigungsfeststellung nach dem Hess. Straßengesetz;**

**hier:** Termin zur Verhandlung über die Anträge auf Feststellung der Entschädigung in den Gemarkungen Falkenstein und Kronberg/Taunus

In den Verfahren nach § 36 Abs. 2 des Hessischen Straßengesetzes vom 9. 10. 1962 (GVBl. S. 437) zur Festsetzung der Entschädigung für den Übergang des Eigentums an Teilflächen der nachstehend genannten, in den Gemarkungen Falkenstein und Kronberg/Taunus gelegenen und für den Ausbau der L 3005 benötigten Grundstücken wird hiermit gemäß § 25 Abs. 1 und 3 des Preußischen Gesetzes über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. Juni 1874 (GS S. 221)

— PrEG — Termin zur Verhandlung über den Antrag auf Feststellung der Entschädigung wie folgt anberaumt:

### 1. Für die Grundstücke Gemarkung Falkenstein:

Donnerstag, den 15. Juni 1972

in Falkenstein/Ts., Gaststätte Finger, Kronberger Straße:  
9.15 Uhr: Flur 6, Flurstücke 191/5, 43/5, 43/8, 43/9 und 43/11, eingetragen im Grundbuch von Falkenstein, Band 5, Blatt 172

Eigentümer: a) Hannah Schepeler,  
b) Elisabeth Schepeler,  
beide wohnhaft 6243 Falkenstein  
(Taunus), Johannisbrunnenweg 9,

10.15 Uhr: Flur 6, Flurstück 55/1 (neuvermessene Parzelle 191/18 = 75 qm), eingetragen im Grundbuch von Falkenstein, Band 17, Blatt 595

Eigentümerin: Maria Hense geb. Steffan,  
6 Frankfurt/Main, Baustraße 6,

11.15 Uhr: Flur 6, Flurstück 43/4 (neuvermessene Parzelle 191/21 = 193 qm), eingetragen im Grundbuch von Falkenstein, Band 2, Blatt 57 A,

Eigentümerin: Sibylle Kähler geb. Hollender,  
6243 Falkenstein/Ts., Kronberger Weg 13,

12.00 Uhr: Flur 6, Flurstücke 55/4 und 55/5 (neuvermessene Parzellen 191/16 = 157 qm und 191/15 = 16 qm), eingetragen im Grundbuch von Falkenstein, Band 15, Blatt 520,

Eigentümerin: Anneliese Camnitzer geborene  
Lentz, 54 Koblenz, Mainzer  
Straße 115,

### 2. für die Grundstücke Gemarkung Kronberg:

Donnerstag, den 15. Juni 1972

in Kronberg, kleine Halle am Berliner Platz:

14.30 Uhr: Flur 25, Flurstücke 16/1, 17/2, 18/2, 18/3 und 183/23, eingetragen im Grundbuch von Kronberg, Band 24, Blatt 945,

Eigentümer: Dr. Anton Horn,  
6 Frankfurt/Main, Neue Mainzer  
Straße 55.

15.30 Uhr: Flur 25, Flurstücke 11 und 77, eingetragen im Grundbuch von Kronberg, Band 44, Blatt 1644,

Eigentümer: Heinrich Korell,  
637 Oberursel, Am Hang 24.

Die Antragstellerin und die betroffenen Grundstückseigentümer erhalten zu dem Termin besondere Ladung. Alle übrigen Beteiligten (Realberechtigten) werden gemäß § 25 Abs. 4 PrEG hiermit aufgefordert, ihre Rechte in dem genannten Termin wahrzunehmen. Die Aufforderung erfolgt mit dem Hinweis, daß beim Ausbleiben der Geladenen auch ohne deren Zutun über die gestellten Anträge verhandelt und entschieden werden kann (§ 25 Abs. 5 PrEG).

Kosten für die Wahrnehmung des Termins können nicht erstattet werden (§ 43 Abs. 1 PrEG).

Darmstadt, 12. 5. 1972

**Der Regierungspräsident**

III 8 — 25 d 10/23 — Fa u. Kg  
StAnz. 22/1972 S. 995

688

### Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Mossautal, Ortsteil Hiltersklingen, Landkreis Erbach

Auf Antrag und zugunsten der Gemeinde Mossautal, Ortsteil Hiltersklingen, Landkreis Erbach, wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten Unterlagen gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz — WHG) vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110) in Verbindung mit §§ 25 und 105 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) vom 6. 7. 1960 (GVBl. I S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. 11. 1971 (GVBl. I S. 258), für deren Trinkwassergewinnungsanlage

ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und dazu folgendes verordnet:

### § 1 Einteilung des Schutzgebietes

Das Wasserschutzgebiet für die Trinkwassergewinnungsanlage, das sich auf Teile der Gemarkung Ober-Hiltersklingen und Erzbach, Landkreis Erbach, sowie Fürth, Kreis Bergstraße, erstreckt, wird in 2 Zonen eingeteilt, und zwar in:

**Zone I (Fassungsbereich),  
Zone II (engere Schutzzone).**

Die weitere Schutzzone (Zone III) entfällt, da die engere Schutzzone bereits mit dem Einzugsgebiet identisch ist. Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und den dazugehörigen Plänen (Katasterpläne i. M. 1:2000), in denen diese 2 Zonen wie folgt dargestellt sind:

Zone I (Fassungsbereich = rote Umrandung).  
Zone II (engere Schutzzone = grüne Umrandung).

### § 2 Grenzen bzw. Umfang der einzelnen Schutzzonen

#### I. Fassungsbereich (Zone I)

Der Fassungsbereich wird gebildet auf dem Flurstück Flur 8 Nr. 6 der Gemarkung Ober-Hiltersklingen.

Vom Polygonpunkt 1289 ausgehend und 270,0 m auf dem Polygonpunkt 190 zulaufend wird die nordöstliche Ecke des Fassungsbereiches gefunden. Vom Polygonpunkt 496 ausgehend und 235,0 m auf den Polygonpunkt 188 zulaufend wird der südöstliche Eckpunkt des Fassungsbereiches gefunden.

In Verlängerung der Parzellengrenze zwischen dem Polygonpunkt 496 und 1293, vom Polygonpunkt 1293 in westlicher Richtung 80,0 m gemessen, wird der nordwestliche Eckpunkt des Fassungsbereiches gefunden. Vom Polygonpunkt 495 ausgehend und 294,0 m auf den Polygonpunkt 185 zulaufend wird der südwestliche Eckpunkt des Fassungsbereiches gefunden. Alle vier Eckpunkte gradlinig verbunden ergeben den Fassungsbereich.

#### II. Engere Schutzzone (Zone II)

Die engere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Gemarkungen Ober-Hiltersklingen, Erzbach und Fürth:

##### Gemarkung Ober-Hiltersklingen

Flur 8, Flurstück Nr. 6 (bis auf den östlich gelegenen Teil, der ausgeschlossene Teil dieser Parzelle wird im Uhrzeigersinn durch die PP 1293, 496, 498, 63, 64, 65 bis 10 m vor dem PP 66 begrenzt).

##### Gemarkung Erzbach

Flur 1, Flurstücke Nr. 247 und 251 teilweise.

##### Gemarkung Fürth

Flur 4, Flurstück Nr. 1 teilweise.

Eine Gerade, die am Polygonpunkt 100 beginnend, auf den Grenzpunkt zwischen der Parzelle Nr. 6/9 und 6/8 zulaufend, nach 430,0 m rechtwinklig abknickend und 400 m bis zur südöstlichen Ecke des Fassungsbereiches läuft, bildet die südöstliche Begrenzung der engeren Schutzzone.

(Die Länge der rechtwinklig auf der Geraden stehenden und auf die südöstliche Ecke des Fassungsbereiches zulaufenden Linie ist mit 400,0 m festgehalten.)

Vom nordöstlichen Eckpunkt des Fassungsbereiches weiterführend schließt sich die engere Schutzzone über den Polygonpunkt 1293 an die bestehenden Wege- und Parzellengrenzen an.

### § 3 Verbote

Zum Schutze der einzelnen Zonen werden die folgenden Verbote erlassen. Hierzu weise ich darauf hin, daß alle Verbote, die für die engere Schutzzone (Zone II) gefordert werden, auch für den Fassungsbereich (Zone I) gelten. Im Bereich des gesamten Wasserschutzgebietes sind grundsätzlich alle Handlungen untersagt, die die Wasserversorgung gefährden können:

#### 1. Engere Schutzzone (Zone II)

Die engere Schutzzone soll den Schutz gegen bakteriologische Verunreinigungen, wie sie von vielen menschlichen Tätigkeiten ausgehen, gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

- a) Errichtung von Wohnungen, Stallungen, Gärfuttersilos und Gewerbebetriebe,
- b) 1. das unterirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 VLwF,  
2. das oberirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten im Sinne des § 2 VLwF. Bei standortgebundenen Anlagen können Ausnahmen zugelassen werden, soweit ein öffentliches Interesse dies rechtfertigt,
- c) Anlage und Betrieb von Kies-, Sand-, Torf-, Tongruben und Steinbrüchen,
- d) Durchführung von Bohrungen.
- e) Ablagerung von Schutt- und Abfallstoffen,
- f) Anlage von größeren Dunghaufen,
- g) Düngung mit Ammoniakwasser aus Gaswerken und dgl.,
- h) landwirtschaftliches und gärtnerisches Bewässern mit nicht einwandfreiem Wasser,
- i) Anlage von Gärfuttermieten,
- j) Bergbau, wenn er zur Zerreißen guter Deckschichten oder zu Einmündungen und offenen Wasseransammlungen führt,
- k) Zelten, Lagern, Benutzen von Wohnwagen, Wagenwaschen sowie die Anlage und Benutzung von Parkplätzen,
- l) Vergrabung von Tierleichen,
- m) Ausbau und Neuanlage von für Motorfahrzeuge zugelassenen Straßen und Wegen, wenn das auf ihnen anfallende Wasser nicht mittels dichter Seitengräben bzw. Gerinnen oder Kanälen aus der engeren Schutzzone abgeführt wird,
- n) Erweiterung des Straßennetzes,
- o) Verwendung von phenolhaltigen Bindemitteln bei Straßenarbeiten,
- p) Versickerung von Abwasser,
- q) Lagerung von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs,
- r) Abwasserversenkung und Versenkung radioaktiver Stoffe,
- s) Rohöl- und Treibstoffleitungen,
- t) Abwasserverregnung und Abwasserlandbehandlung,
- u) Versenkung von Kühlwasser in größerer Menge,
- v) Entleerung von Wagen der Fäkalienabfuhr,
- w) Anlegen von Sickergruben, Neuanlage von Friedhöfen,
- x) Anlegen von künstlichen Wasserflächen und Gewässern,
- y) Anlegen von Müllkippen,
- z) Errichtung von Kläranlagen.

## 2. Fassungsbereich (Zone I)

Der Fassungsbereich soll den Schutz der Fassungsanlage vor unmittelbaren Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten. Diese Fläche ist in den Besitz der Begünstigten zu überführen und hat im Eigentum der Begünstigten zu verbleiben, solange die Anlage der öffentlichen Wasserversorgung dient.

Zulässig sind die zum Betrieb der Wasserversorgung notwendigen Anlagen.

Sie sind jedoch mit wirksamen Vorrichtungen zum Schutze des Grundwassers auszustatten. Alle zum Betrieb erforderlichen Vorrichtungen sind so auszuführen, daß das Grundwasser nicht schädlich beeinflusst wird.

Verboten sind insbesondere:

- a) Verletzungen der belebten Bodenschicht und der Deckschichten,
- b) Errichtung von Bauwerken und sonstigen Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und der Wasserversorgung dienen,
- c) jegliche landwirtschaftliche und gärtnerische Nutzung,
- d) Ablagerung und Abfüllung von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden,
- e) Durchtreiben und Weidenlassen von Tieren,
- f) chemische Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs,
- g) Betreten durch Unbefugte.

## § 4 Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet, zu dulden, daß Beauftragte der Gemeinde Mossautal, Ortsteil Hilfersklingen, und der zuständigen staatlichen Behörden — soweit diese Maßnahmen die normale Nutzung der betroffenen Grundstücke dauernd oder vorübergehend beeinträchtigen, nach vorheriger mit einer Frist von mindestens drei Wochen erfolgten Anzeige —

- a) die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten,
- b) Beobachtungsstellen einrichten,
- c) Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen,
- d) Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen,
- e) schädliche Ablagerungen beseitigen,
- f) Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus dem Fassungsgebiet und der engeren Schutzzone versehen,
- g) an den im Fassungsgebiet und in der engeren Schutzzone vorhandenen Straßen und Wegen Vorkehrungen zur Verhinderung von Ölunfällen oder zur Minderung der Folgen solcher Unfälle treffen.
- h) Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an eine Kanalisation anschließen,
- i) das Gelände vor Überschwemmung schützen.

## § 5

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

## § 6

Bei behördlichen Genehmigungen für den Bereich des vorgenannten Schutzgebietes sind die besonderen Schutzbestimmungen dieser Verordnung zu beachten.

Der Landrat des Landkreises Erbach als untere Wasserbehörde hat die Durchführung dieser Verordnung, unbeschadet anderer gesetzlicher Zuständigkeiten, zu überwachen. Er kann im Einvernehmen mit dem Wasserwirtschaftsamt (§ 92 HWG) Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 3 und 4 dieser Verordnung zulassen, soweit nicht kraft gesetzlicher Bestimmungen eine andere Behörde hierfür zuständig ist.

## § 7

Zu widerhandlungen gegen diese Verordnung können gemäß § 41 Abs. 1 Ziff. 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— Deutsche Mark geahndet werden.

## § 8

Diese Verordnung mit Anlagen kann eingesehen werden beim

1. Regierungspräsidenten in Darmstadt — Wasserrechtsdezernat, 61 Darmstadt, Rheinstraße 62,
2. Landrat des Landkreises Erbach — untere Wasserbehörde, 6122 Erbach,
3. Wasserwirtschaftsamt Darmstadt, 61 Darmstadt, Neckarstraße 4,
4. Hessisches Landesamt für Bodenforschung, 62 Wiesbaden, Leberberg 9—11,
5. Kreis Ausschuß des Landkreises Erbach — Kreisbauamt, 6122 Erbach,
6. Gemeindevorstand der Gemeinde Mossautal, 6121 Mossautal,
7. Katasteramt Michelstadt, 612 Michelstadt.

## § 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 25. 4. 1972

**Der Regierungspräsident**  
V 14 — 79 e 04/01 (4875) — O  
gez. Dr. Wierscher

*StAnz. 22/1972 S. 996*

**689 KASSEL****Verordnung zum Schutze der im Ortsteil Marbach liegenden Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Petersberg, Kreis Fulda**

Auf Antrag und zugunsten der Gemeinde Petersberg, Kreis Fulda, wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten und geprüften Unterlagen (Anlagen 1—14) für die im Ortsteil Marbach liegenden Trinkwassergewinnungsanlagen gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110 ff.) in Verbindung mit § 25 des Hess. Wassergesetzes vom 6. 7. 1960 (GVBl. S. 69 ff.) ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und folgendes verordnet:

**§ 1 Einteilung des Wasserschutzgebietes**

(1) Das Wasserschutzgebiet wird in 3 Zonen unterteilt, und zwar in:

- Zone I (Fassungsbereich),**
- Zone II (engere Schutzzone),**
- Zone III (weitere Schutzzone).**

(2) Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und den zugehörigen Plänen (topograph. Übersichtskarte i. M. 1 : 10 000 und dem Katasterplan i. M. 1 : 2000), in denen diese 3 Zonen wie folgt dargestellt sind:

- Zone I (Fassungsbereich) = rote Umrandung,
- Zone II (engere Schutzzone) = blaue Umrandung,
- Zone III (weitere Schutzzone) = gelbe Umrandung.

Die topographische Übersichtskarte i. M. 1 : 25 000 ist als Anlage zu dieser Verordnung im Staatsanzeiger veröffentlicht.

**§ 2 Umfang der einzelnen Schutzzonen**

(1) Der Fassungsbereich (Zone I) umfaßt

- a) beim Tiefbrunnen das Grundstück Gemarkung Marbach, Flur 2, Flurstück 58/1;
- b) bei der Dreibornquelle das Grundstück Gemarkung Marbach, Flur 1, Flurstück 99, teilweise.

(2) Die engere Schutzzone (Zone II) umfaßt

- a) beim Tiefbrunnen die Grundstücke Gemarkung Marbach, Flur 1, Flurstücke 3/1, 3/2, 4, 5 teilw., 6, 7, Flur 2, Flurstücke 30, 31, 32, 34, 35, 36, 40, 41, 42, 43, teilw., 44, 45 teilw., 46, 47, 48, 49 teilw., 55/2 teilw., 56 teilw., 58/2 teilw., 59 teilw., 60 teilw., 61/1, 61/2, 62, 63, 64;
- b) bei der Dreibornquelle die Grundstücke Gemarkung Marbach, Flur 1, Flurstücke 29, 30, 31, 34, 35, 93 teilw., 94/2 teilw., 96 teilw., 98, 99 teilw.

(3) Die gemeinsame weitere Schutzzone (Zone III) umfaßt Teile der Gemarkungen Marbach (Ortsteil der Gemeinde Petersberg) und Michelsrumbach (Stadtteil der Stadt Hünfeld).

**§ 3 Verbote**

(1) Im Bereich des gesamten Wasserschutzgebietes sind alle Handlungen untersagt, die die Wasserversorgung gefährden können.

(2) Alle Verbote für die weitere Schutzzone (Zone III) gelten auch für die engere Schutzzone (Zone II) und für den Fassungsbereich (Zone I). Die Verbote für die engere Schutzzone gelten auch für den Fassungsbereich.

**(3) Weitere Schutzzone (Zone III)**

Die weitere Schutzzone soll vor allem den Schutz gegen weitreichende chemische und radioaktive Verunreinigungen und sonstige Beeinträchtigungen des Grundwassers gewährleisten. Verboten sind insbesondere:

- 1. die Anlage von Abwasserregnungs- und Verrieselungsanlagen, von Sickergruben, Müllkippen und Halden mit auslaugbaren Bestandteilen;
- 2. die Abwasserversenkung und die Versenkung radioaktiver Stoffe;
- 3. die Errichtung von Kläranlagen (mit Ausnahme genutzter Hauskläranlagen);
- 4. das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr;

- 5. die Ablagerung von Öl, Teer, Phenolen, Giften, Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln in offenen und nicht sorgfältig gedichteten Gruben;
  - 6. das Abfüllen von Öl- und Treibstoff ohne zusätzliche Sicherungsmaßnahmen gegen Versickern in den Untergrund;
  - 7. das Verlegen von Treibstoff- und Ölleitungen;
  - 8. a) das unterirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155 ff.) in Behältern von mehr als 40 m<sup>3</sup> Inhalt. Sofern keine Leckanzeigergeräte (Kontrollgeräte), die die Undichtheiten selbsttätig optisch und akustisch anzeigen, keine Auffangräume, die dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in diesen bis zu 40 m<sup>3</sup> Inhalt fassenden Behälter nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich;
  - 8. b) das oberirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155 ff.) in Behältern von mehr als 100 m<sup>3</sup> Inhalt. Sofern keine Auffangräume, die mindestens dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behältern entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in diesen bis zu 100 m<sup>3</sup> fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich; sie müssen jedoch mit einem Leckanzeiger ausgestattet sein, der Undichtheiten selbsttätig — mindestens optisch — anzeigt;
  - 9. größere Erdaufschlüsse ohne ausreichende Sicherung;
  - 10. die Anlage von geschlossenen Wohnsiedlungen und gewerblichen Anlagen ohne Kanalisation oder von Wohnbauten ohne wasserdichte, bruchfeste und korrosionsbeständige Gruben;
  - 11. die Errichtung und der Betrieb abwassergefährlicher Betriebe, wenn nicht sichergestellt ist, daß deren Abwasser vollständig aus dem Wasserschutzgebiet herausgeleitet oder ausreichend aufbereitet wird;
  - 12. die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Gewinnung von radioaktivem Material und zur Gewinnung von Kernenergie;
  - 13. die Errichtung und der Betrieb von Flugplätzen, militärischen Anlagen und Übungsplätzen;
  - 14. die Anlage neuer Friedhöfe.
- (4) Engere Schutzzone (Zone II)**
- Die engere Schutzzone soll vor allem den Schutz gegen bakteriologische Verunreinigungen, wie sie von vielen menschlichen Tätigkeiten ausgehen, gewährleisten.
- Verboten sind insbesondere:
- 1. Eingriffe unter die Erdoberfläche, wie z. B. die Anlage von Kies-, Ton- und Sandgruben und Steinbrüchen, durch die die belebte Bodenzone verletzt und die Deckschicht vermindert wird, sowie Abgrabungen mit aufgedeckter Grundwasser Oberfläche;
  - 2. die Bebauung;
  - 3. der Bergbau, wenn er zur Zerreißen guter Deckschichten oder zu Einmuldungen und offenen Wassersammlungen führt;
  - 4. das Lagern und Ablagern von Schutt und Abfallstoffen;
  - 5. das Vergraben von Tierleichen;
  - 6. die Anlage von Gärfuttermielen;
  - 7. das Anlegen und Benutzen von Parkplätzen;
  - 8. das Zelten — auch Benutzen von Wohnwagen —, das Lagern und Baden;
  - 9. das unterirdische und oberirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155 ff.);
  - 10. das Waschen von Kraftfahrzeugen;
  - 11. die Durchleitung von Abwasser durch die engere Schutzzone, es sei denn, daß die Abwasserleitungen aus wasserdichten, bruchfesten und korrosionsbeständigen Rohrleitungen bestehen;





**Wasserschutzgebiet für die im Ortsteil Marbach liegende Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Petersberg, Kreis Fulda**

- 12. die animalische Düngung, sofern die Dungstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsbereich besteht;
- 13. die unsachgemäße Verwendung von Jauche, Kunstdünger, Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln sowie aufwuchshemmender Stoffe;
- 14. das Lagern von Kunstdünger, Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln und aufwuchshemmender Stoffe;
- 15. die Neuanlage von befestigten, für Kraftfahrzeuge zugelassenen Wegen und Straßen, wenn nicht sichergestellt worden ist, daß das auf ihnen anfallende Wasser mittels dichter Seitengräben und Kanäle aus der engeren Schutzzone abgeführt wird;
- 16. die Verwendung phenolhaltiger Bindemittel bei Wege- und Straßenbauarbeiten.

**(5) Fassungsereich (Zone I)**

Der Fassungsereich soll den Schutz der Fassungsanlage vor unmittelbaren Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

- 1. das Betreten des Fassungsereichs durch Unbefugte;
- 2. jegliche Verletzung der Mutterbodenschicht und der Deckschichten;
- 3. die Errichtung von Bauwerken und sonstigen Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und Wasserversorgung dienen;
- 4. jegliche Nutzung des Fassungsereichs, insbesondere Beweidung; eine Holz- und Heuwerbung ist zulässig, jedoch dürfen Zugtiere hierbei die Fläche nicht betreten und

Kraftfahrzeuge mit Verbrennungsmotoren diese nicht befahren;

5. jegliche Anwendung von natürlichem Dünger und stickstoffhaltigen Düngemitteln;
6. die Verwendung von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs;
7. das Lagern, Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden.

#### § 4 Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet zu dulden, daß Beauftragte der Gemeinde Petersberg und der zuständigen staatlichen Behörden

1. die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten;
2. Beobachtungsstellen einrichten;
3. Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen;
4. Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen;
5. schädliche Ablagerungen beseitigen;
6. Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus dem Fassungsgebiet und der engeren Schutzzone versehen;
7. an den in der engeren Schutzzone liegenden Straßen und Wegen Vorkkehrungen zur Verhinderung von Ölunfällen oder zur Minderung der Folgen solcher Unfälle treffen;
8. vorhandene Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an die Kanalisation anschließen.

#### § 5

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

#### § 6

Zu widerhandlungen gegen diese Verordnung können gemäß § 41 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 27. 7. 1957, wenn sie vorsätzlich begangen werden, mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM, wenn sie fahrlässig begangen werden, mit einer Geldbuße bis zu 5000,— DM geahndet werden.

#### § 7

Über Ausnahmen von den Schutzbestimmungen entscheidet auf Antrag die obere Wasserbehörde. Soweit andere gesetzliche Zuständigkeiten nicht gegeben sind, hat die untere Wasserbehörde die Durchsetzung der Verordnung zu überwachen.

#### § 8

Diese Verordnung mit sämtlichen Unterlagen kann eingesehen werden

1. beim Regierungspräsidenten — Wasserbuchbehörde — in Kassel, Steinweg 6;
2. beim Landrat des Landkreises Fulda — untere Wasserbehörde — in Fulda, Wörthstraße 15;
3. beim Landrat des Landkreises Hünfeld — untere Wasserbehörde — in Hünfeld, Am Anger 4;
4. beim Wasserwirtschaftsamt in Fulda, Marquardstraße 31;
5. beim Kreisaußschuß des Landkreises Fulda — Kreisbauamt — in Fulda, Wörthstr. 15;
6. beim Kreisaußschuß des Landkreises Hünfeld — Kreisbauamt — in Hünfeld, Am Anger 4;
7. beim Hess. Landesamt für Bodenforschung in Wiesbaden, Leberberg 9—11;
8. bei der Hess. Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden, Kranzplatz 5—6, und
9. bei der Gemeindeverwaltung der Gemeinde Petersberg.

#### § 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 14. 4. 1972

**Der Regierungspräsident**  
III/5 — 79 b 06/15 (Nr. 248)  
in Vertretung  
gez. Dr. K r u g

St.Anz. 22/1972 S. 998

690

### Verordnung zum Schutze der im Ortsteil Schlotzau liegenden Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Kiebitzgrund, Kreis Hünfeld

Auf Antrag und zugunsten der Gemeinde Kiebitzgrund wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten und geprüften Unterlagen (Anlagen 1—6) für die im Ortsteil Schlotzau liegende Trinkwassergewinnungsanlage gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110 ff.) in Verbindung mit § 25 des Hess. Wassergesetzes vom 6. 7. 1960 (GVBl. S. 69 ff.) ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und folgendes verordnet:

#### § 1 Einteilung des Wasserschutzgebietes

(1) Das Wasserschutzgebiet wird in 3 Zonen unterteilt, und zwar in

<b>Zone I</b>	<b>(Fassungsbereich),</b>
<b>Zone II</b>	<b>(engere Schutzzone),</b>
<b>Zone III</b>	<b>(weitere Schutzzone).</b>

(2) Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und den zugehörigen Plänen (topographische Übersichtskarte i. M. 1 : 10 000 und dem Lageplan i. M. 1 : 2000), in denen diese 3 Zonen wie folgt dargestellt sind:

Zone I (Fassungsbereich)	= rote Umrandung.
Zone II (engere Schutzzone)	= blaue Umrandung.
Zone III (weitere Schutzzone)	= gelbe Umrandung.

Die topographische Übersichtskarte i. M. 1 : 25 000 ist als Anlage zu dieser Verordnung im Staatsanzeiger veröffentlicht.

#### § 2 Umfang der einzelnen Schutzzonen

(1) Der Fassungsgebiet (Zone I) umfaßt das Grundstück Gemarkung Schlotzau, Flur 3, Flurstück 156 teilweise.

(2) Die engere Schutzzone (Zone II) umfaßt die Grundstücke Gemarkung Schlotzau, Flur 3, Flurstücke 150/1 teilw., 153 teilw., 154 teilw., 155, 156 teilw., 157, 158, 159, 160 teilw., 161, Flur 4, Flurstücke 55 teilw., 56 teilw., 58—64, 65/1, 66/1, 67 teilw., 68 teilw., 69/1, 69/2 teilw., 70, Flur 5, Flurstücke 7 teilw., 8 teilw., 9, 11 teilw.

(3) Die weitere Schutzzone (Zone III) umfaßt Teile der Gemarkungen Schlotzau (Ortsteil der Gemeinde Kiebitzgrund) und Michelsrombach (Stadtteil der Stadt Hünfeld).

#### § 3 Verbote

(1) Im Bereich des gesamten Wasserschutzgebietes sind alle Handlungen untersagt, die die Wasserversorgung gefährden können.

(2) Alle Verbote für die weitere Schutzzone (Zone III) gelten auch für die engere Schutzzone (Zone II) und für den Fassungsgebiet (Zone I). Die Verbote für die engere Schutzzone gelten auch für den Fassungsgebiet.

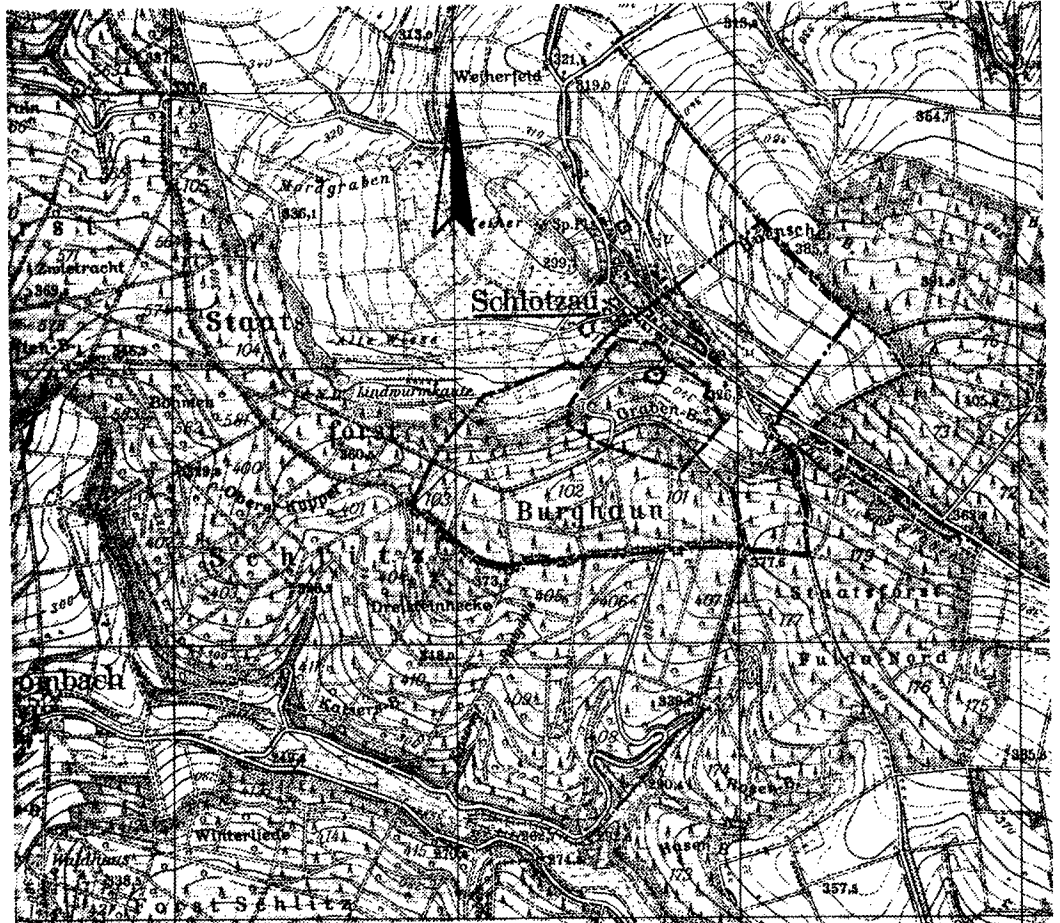
#### (3) Weitere Schutzzone (Zone III)

Die weitere Schutzzone soll vor allem den Schutz gegen weitreichende chemische und radioaktive Verunreinigungen und sonstige Beeinträchtigungen des Grundwassers gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

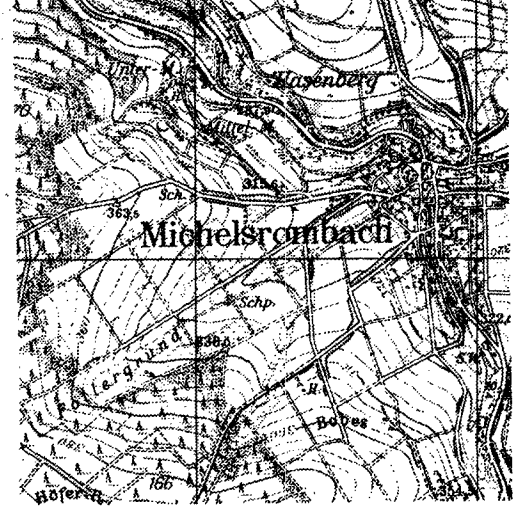
1. die Anlage von Abwasserregnungs- und Verrieselungsanlagen, von Sickergruben, Müllkippen und Halden mit auslaugbaren Bestandteilen;
2. die Abwasserversenkung und die Versenkung radioaktiver Stoffe;
3. die Errichtung von Kläranlagen (mit Ausnahme genehmigter Hauskläranlagen);
4. das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr;
5. die Ablagerung von Öl, Teer, Phenolen, Giften, Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln in offenen und nicht sorgfältig gedichteten Gruben;
6. das Abfüllen von Öl und Treibstoff ohne zusätzliche Sicherungsmaßnahmen gegen Versickern in den Untergrund;
7. Das Verlegen von Treibstoff- und Ölleitungen;
8. a) das unterirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967





**Wasserschutzgebiet**  
 für die Trinkwasserversorgungsanlage der  
 Gemeinde Schlotzau  
 Landkreis Hünfeld  
 Meßtischblatt 5323

Zeichenerklärung:      Aufgestellt:  
 [Symbol] Fassungsbereich      Fulda, den 20.1.1971  
 [Symbol] engere Schützzone      Wasserwirtschaftsamt  
 [Symbol] weitere Schützzone      Fulda  
 [Symbol] Gemarkungsgrenze      *J. U. [Signature]*  
 [Symbol] Kreisgrenze      Oberbaurat



**Wasserschutzgebiet für die im Ortsteil Schlotzau liegenden Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Kiebitzgrund, Kreis Hünfeld**

- (GVBl. I S. 155 ff.) auf den Flurstücken 144, 148 und 150/1, Flur 3, Gemarkung Schlotzau;
- b) das unterirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155 ff.) auf den übrigen Grundstücken in Behältern von mehr als 40 m<sup>3</sup> Inhalt. Sofern keine Leckanzeigergeräte (Kontrollgeräte), die die Undichtheiten selbsttätig optisch und akustisch anzeigen, keine Auffangräume, die dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in diesen bis zu 40 m<sup>3</sup> Inhalt fassenden Behälter nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich;
- c) das oberirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155 ff.) in Behältern von mehr als 100 m<sup>3</sup> Inhalt. Sofern keine Auffangräume, die mindestens dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in diesen bis zu 100 m<sup>3</sup> fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich; sie müssen jedoch mit einem Leckanzeiger ausgestattet sein, der Undichtheiten selbsttätig — mindestens optisch — anzeigt;
- 9. größere Erdaufschlüsse ohne ausreichende Sicherung;
- 10. die Anlage von geschlossenen Wohnsiedlungen und ge-

werblichen Anlagen ohne Kanalisation oder von Wohnbauten ohne wasserdichte, bruchfeste und korrosionsbeständige Gruben;

11. die Errichtung und der Betrieb abwassergefährlicher Betriebe, wenn nicht sichergestellt ist, daß deren Abwasser vollständig aus dem Wasserschutzgebiet herausgeleitet oder ausreichend aufbereitet wird;
12. die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Gewinnung von radioaktivem Material und zur Gewinnung von Kernenergie;
13. die Errichtung und der Betrieb von Flugplätzen, militärischen Anlagen und Übungsplätzen;
14. die Anlage neuer Friedhöfe.

#### (4) Engere Schutzzone (Zone II)

Die engere Schutzzone soll vor allem den Schutz gegen bakteriologische Verunreinigungen, wie sie von vielen menschlichen Tätigkeiten ausgehen, gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

1. Eingriffe unter die Erdoberfläche, wie z. B. die Anlage von Kies-, Ton- und Sandgruben und Steinbrüchen, durch die die belebte Bodenzone verletzt und die Deckschicht vermindert wird, sowie Abgrabungen mit aufgedeckter Grundwasser Oberfläche;
2. die Bebauung;
3. der Bergbau, wenn er zur Zerreißen guter Deckschichten oder zu Einmündungen und offenen Wasseransammlungen führt;
4. das Lagern und Ablagern von Schutt und Abfallstoffen;
5. das Vergraben von Tierleichen;
6. die Anlage von Gärfertermieten;
7. das Anlegen und Benutzen von Parkplätzen;
8. das Zelten — auch Benutzen von Wohnwagen —, das Lagern und Baden;
9. das unterirdische und oberirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155 ff.);
10. das Waschen von Kraftfahrzeugen;
11. die Durchleitung von Abwasser durch die engere Schutzzone, es sei denn, daß die Abwasserleitungen aus wasserdichten, bruchfesten und korrosionsbeständigen Rohrleitungen bestehen;
12. die animalische Düngung, sofern die Dungstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in den Fassungs Bereich besteht;
13. die unsachgemäße Verwendung von Jauche, Kunstdünger, Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln sowie aufwuchshemmender Stoffe;
14. das Lagern von Kunstdünger, Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln und aufwuchshemmender Stoffe;
15. die Neuanlage von befestigten, für Kraftfahrzeuge zugelassenen Wegen und Straßen, wenn nicht sichergestellt worden ist, daß das auf ihnen anfallende Wasser mittels dichter Seitenrinnen und Kanäle aus der engeren Schutzzone abgeführt wird;
16. die Verwendung phenolhaltiger Bindemittel bei Wege- und Straßenbauarbeiten.

#### (5) Fassungs Bereich (Zone I)

Der Fassungs Bereich soll den Schutz der Fassungsanlage vor unmittelbaren Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

1. das Betreten des Fassungs Bereichs durch Unbefugte;
2. jegliche Verletzung der Mutterbodenschicht und der Deckschichten;
3. die Errichtung von Bauwerken und sonstigen Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und Wasserversorgung dienen;

4. jegliche Nutzung des Fassungs Bereichs, insbesondere Beweidung; eine Holz- und Heuwerbung ist zulässig, jedoch dürfen Zugtiere hierbei die Fläche nicht betreten und Kraftfahrzeuge mit Verbrennungsmotoren diese nicht befahren;
5. jegliche Anwendung von natürlichem Dünger und stickhaltigen Düngemitteln;
6. die Verwendung von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs;
7. das Lagern, Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden.

#### § 4 Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet zu dulden, daß Beauftragte der Gemeinde Kiebitzgrund und der zuständigen staatlichen Behörden

1. die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten;
2. Beobachtungsstellen einrichten;
3. Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen;
4. Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen;
5. schädliche Ablagerungen beseitigen;
6. Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus dem Fassungs Bereich und der engeren Schutzzone versehen;
7. an den in der engeren Schutzzone liegenden Straßen und Wegen Vorkehrungen zur Verhinderung von Unfällen oder zur Minderung der Folgen solcher Unfälle treffen;
8. vorhandene Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an die Kanalisation anschließen.

#### § 5

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

#### § 6

Zu widerhandlungen gegen diese Verordnung können gemäß § 41 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 27. 7. 1957, wenn sie vorsätzlich begangen werden, mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM, wenn sie fahrlässig begangen werden, mit einer Geldbuße bis zu 5000,— DM geahndet werden.

#### § 7

Über Ausnahmen von den Schutzbestimmungen entscheidet auf Antrag die obere Wasserbehörde. Soweit andere gesetzliche Zuständigkeiten nicht gegeben sind, hat die untere Wasserbehörde die Durchsetzung der Verordnung zu überwachen.

#### § 8

Diese Verordnung mit sämtlichen Unterlagen kann eingesehen werden

1. beim Regierungspräsidenten — Wasserbuchbehörde — in Kassel, Steinweg 6;
2. beim Landrat des Landkreises Hünfeld — untere Wasserbehörde — in Hünfeld, Am Anger 4,
3. beim Wasserwirtschaftsamt in Fulda, Marquardstraße 31,
4. beim Hessischen Landesamt für Bodenforschung in Wiesbaden, Leberberg 9—11,
5. bei der Hessischen Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden, Kranzplatz 5—6,
6. beim Kreis Ausschuß des Landkreises Hünfeld — Kreisbauamt — in Hünfeld, Am Anger 4,
7. beim Kreis Ausschuß des Landkreises Hünfeld — Kreisgesundheitsamt — in Hünfeld, Am Anger 4,
8. beim Katasteramt in Hünfeld, Brunnenstraße 9, und
9. bei der Gemeindeverwaltung der Gemeinde Kiebitzgrund (Bürgermeisteramt).

#### § 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 14. 4. 1972

Der Regierungspräsident  
III/5 — 79 b 06/15 (Nr. 257)  
In Vertretung  
gez. Dr. Krug

691

### Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Wüstfeld, Kreis Hersfeld

Auf Antrag und zugunsten der Gemeinde Wüstfeld, Kreis Hersfeld, wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten und geprüften Unterlagen (Anlagen 1—12) für deren Trinkwassergewinnungsanlage gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110 ff.) in Verbindung mit § 25 des Hess. Wassergesetzes vom 6. 7. 1960 (GVBl. S. 69 ff.) ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und folgendes verordnet:

#### § 1 Einteilung des Wasserschutzgebietes

(1) Das Wasserschutzgebiet wird in 2 Zonen unterteilt, und zwar in

**Zone I (Fassungsbereich) und  
Zone III (weitere Schutzzone).**

Von der Festlegung der Zone II (engere Schutzzone) wird abgesehen.

(2) Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und den zugehörigen Plänen (topograph. Übersichtskarte i. M. 1 : 25 000 und dem Lageplan i. M. 1 : 500), in denen diese 2 Zonen wie folgt dargestellt sind:

Zone I (Fassungsbereich) = rote Umrandung,  
Zone III (weitere Schutzzone) = gelbe Umrandung.

Die topographische Übersichtskarte i. M. 1 : 25 000 ist als Anlage zu dieser Verordnung im Staatsanzeiger veröffentlicht.

#### § 2 Umfang der einzelnen Schutzzonen

(1) Der Fassungsbereich (Zone I) umfaßt die Grundstücke, Gemarkung Wüstfeld, Flur 4, Flurstücke 68/1 und 68/2 teilweise.

(2) Die weitere Schutzzone (Zone III) umfaßt Teile der Gemarkungen Wüstfeld, Dingerode (Ortsteil der Gemeinde Schenkklengsfeld) und Konrode (Ortsteil der Gemeinde Schenkklengsfeld).

#### § 3 Verbote

(1) Im Bereich des gesamten Wasserschutzgebietes sind alle Handlungen untersagt, die die Wasserversorgung gefährden können.

(2) Alle Verbote für die weitere Schutzzone (Zone III) gelten auch für den Fassungsbereich (Zone I).

#### (3) Weitere Schutzzone (Zone III)

Die weitere Schutzzone soll vor allem den Schutz gegen weitreichende chemische und radioaktive Verunreinigungen und sonstige Beeinträchtigungen des Grundwassers gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

1. die Anlage von Abwasserreignungs- und Verrieselungsanlagen, von Sickergruben, Müllkippen und Halden mit auslaugbaren Bestandteilen;
2. die Abwasserversenkung und die Versenkung radioaktiver Stoffe;
3. die Errichtung von Kläranlagen (mit Ausnahme genehmigter Hauskläranlagen);
4. das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr;
5. die Ablagerung von Öl, Teer, Phenolen, Giften, Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln in offenen und nicht sorgfältig gedichteten Gruben;
6. das Abfüllen von Öl- und Treibstoff ohne zusätzliche Sicherungsmaßnahmen gegen Versickern in den Untergrund;
7. das Verlegen von Treibstoff- und Ölleitungen;
8. a) das unterirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155 ff.) in Behältern von mehr als 40 m<sup>3</sup> Inhalt. Sofern keine Leckanzeigergeräte (Kontrollgeräte), die die Undichtheiten selbsttätig optisch und akustisch anzeigen, keine Auffangräume, die dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in diesen bis zu

40 m<sup>3</sup> Inhalt fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich

b) das oberirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155 ff.) in Behältern von mehr als 100 m<sup>3</sup> Inhalt. Sofern keine Auffangräume, die mindestens den Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in diesen bis zu 100 m<sup>3</sup> fassenden Behältern nicht gelagert werden.

Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich; sie müssen jedoch mit einem Leckanzeiger ausgestattet sein, der Undichtheiten selbsttätig — mindestens optisch — anzeigt;

9. größere Erdaufschlüsse ohne ausreichende Sicherung;
  10. die Anlage von geschlossenen Wohnsiedlungen und gewerblichen Anlagen ohne Kanalisation oder von Wohnbauten ohne wasserdichte, bruchfeste und korrosionsbeständige Gruben;
  11. die Errichtung und der Betrieb abwassergefährlicher Betriebe, wenn nicht sichergestellt ist, daß deren Abwasser vollständig aus dem Wasserschutzgebiet herausgeleitet oder ausreichend aufbereitet wird;
  12. die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Gewinnung von radioaktivem Material und zur Gewinnung von Kernenergie;
  13. die Errichtung und der Betrieb von Flugplätzen, militärischen Anlagen und Übungsplätzen;
  14. die Anlage neuer Friedhöfe.
- Darüber hinaus sind in der Ortslage Wüstfeld verboten:
15. Erdaufschlüsse (Abgrabungen, Einschnitte, Bohrungen) von mehr als 2,50 m Tiefe und
  16. die unterirdische Lagerung von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155 ff.).

#### (4) Fassungsbereich (Zone I)

Der Fassungsbereich soll den Schutz der Fassungsanlage vor unmittelbaren Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten.

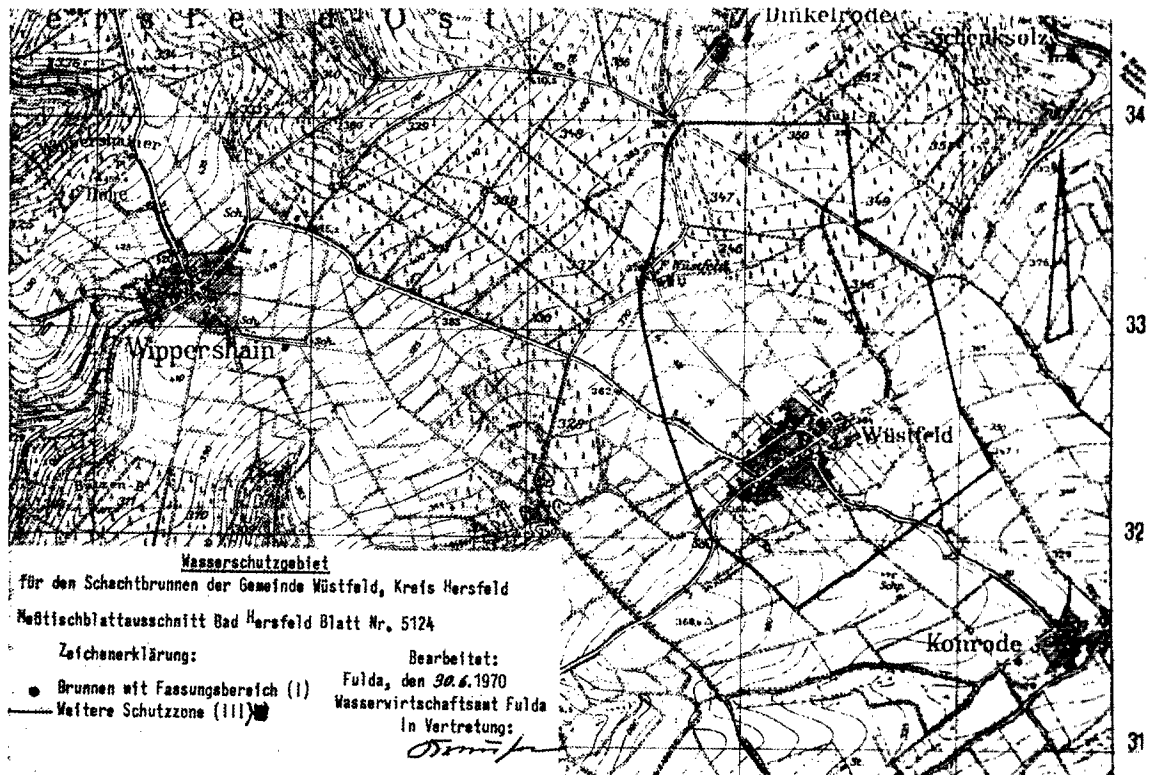
Verboten sind insbesondere:

1. das Betreten des Fassungsbereichs durch Unbefugte;
2. jegliche Verletzung der Mutterbodenschicht und der Deckschichten;
3. die Errichtung von Bauwerken und sonstigen Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und Wasserversorgung dienen;
4. jegliche Nutzung des Fassungsbereichs, insbesondere Beweidung; eine Heuwerbung ist zulässig, jedoch dürfen Zootiere hierbei die Fläche nicht betreten und Kraftfahrzeuge mit Verbrennungsmotoren diese nicht befahren;
5. jegliche Anwendung von natürlichem Dünger und stickstoffhaltigen Düngemitteln;
6. die Verwendung von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs;
7. das Lagern, Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden.

#### § 4 Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet zu dulden, daß Beauftragte der Gemeinde Wüstfeld und der zuständigen staatlichen Behörden

1. die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten;
2. Beobachtungsstellen einrichten;
3. Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen;
4. Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen;



**Wasserschutzgebiet für die Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Wüstfeld, Kreis Hersfeld**

5. schädliche Ablagerungen beseitigen;
6. Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus dem Fassungsabereich versehen;
7. vorhandene Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an die Kanalisation anschließen.

#### § 5

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

#### § 6

Zu widerhandlungen gegen diese Verordnung können gemäß § 41 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 27. 7. 1957, wenn sie vorsätzlich begangen werden, mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM, wenn sie fahrlässig begangen werden, mit einer Geldbuße bis zu 5000,— DM geahndet werden.

#### § 7

Über Ausnahmen von den Schutzbestimmungen entscheidet auf Antrag die obere Wasserbehörde. Soweit andere gesetzliche Zuständigkeiten nicht gegeben sind, hat die untere Wasserbehörde die Durchsetzung der Verordnung zu überwachen.

#### § 8

Diese Verordnung mit sämtlichen Unterlagen kann eingesehen werden

1. beim Regierungspräsidenten — Wasserbuchbehörde — in Kassel, Steinweg 6,
2. beim Landrat des Landkreises Hersfeld — untere Wasserbehörde — in Bad Hersfeld, Friedloser Str. 12,
3. beim Wasserwirtschaftsamt in Fulda, Marquardstr. 31,
4. beim Hessischen Landesamt für Bodenforschung in Wiesbaden, Leberberg 9—11,
5. beim Kreisausschuß des Landkreises Hersfeld, Kreisbauamt, in Bad Hersfeld, Friedloser Straße 12,
6. beim Kreisausschuß des Landkreises Hersfeld — Kreisgesundheitsamt — in Bad Hersfeld, Friedloser Straße 12,

7. bei der Hessischen Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden, Kranzplatz 5/6 und
8. bei der Gemeindeverwaltung der Gemeinde Wüstfeld.

#### § 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 24. 4. 1972

**Der Regierungspräsident**  
III/5 — 79 b 08/15 (Nr. 287)  
In Vertretung  
gez. Dr. K r u g

StAnz. 22/1972 S. 1003

692

#### Benennung von Gemeindeteilen im Regierungsbezirk Kassel

Auf Grund des § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) werden durch Eingliederung und Zusammenschlüsse von Gemeinden mit Wirkung vom 1. April 1972 folgende Orts- bzw. Stadtteile benannt:

#### Landkreis Eschwege

- a) Durch Eingliederung der Gemeinde Langenhain in die Gemeinde Wehretal:  
„Wehretal — Ortsteil Langenhain“
- b) Durch Eingliederung der Gemeinden Hitzelrode, Motzenrode und Neuerode in die Gemeinde Meinhard:  
„Meinhard — Ortsteil Hitzelrode“  
„Meinhard — Ortsteil Motzenrode“  
„Meinhard — Ortsteil Neuerode“
- c) Durch Eingliederung der Gemeinden Altenburschla und Heldra in die Stadt Wanfried:  
„Wanfried — Stadtteil Altenburschla“  
„Wanfried — Stadtteil Heldra“
- d) Durch Eingliederung der Gemeinden Albungen, Eltmannshausen und Niddawitzhausen in die Stadt Eschwege:  
„Eschwege — Stadtteil Albungen“

„Eschwege — Stadtteil Eltmannshausen“  
 „Eschwege — Stadtteil Niddawitzhausen“

- e) Durch Zusammenschluß der Gemeinden Datterode und Röhrda zu der neuen Gemeinde Nettratal:  
 „Nettratal — Ortsteil Datterode“  
 „Nettratal — Ortsteil Röhrda“

#### Landkreis Frankenberg

Durch Eingliederung der Gemeinden Roda und Willershäuser in die Stadt Rosenthal  
 „Rosenthal — Stadtteil Roda“  
 „Rosenthal — Stadtteil Willershäuser“

#### Landkreis Fritzlar-Homberg

Durch Eingliederung der Gemeinde Niedermöllrich, Landkreis Melsungen, in die Gemeinde Wabern, Landkreis Fritzlar-Homberg:  
 „Wabern — Ortsteil Niedermöllrich“

#### Landkreis Fulda

- a) Durch Eingliederung der Gemeinden Dirlos, Engelhelms und Pilgerzell in die Gemeinde Künzell:  
 „Künzell — Ortsteil Dirlos“  
 „Künzell — Ortsteil Engelhelms“  
 „Künzell — Ortsteil Pilgerzell“
- b) Durch Eingliederung der Gemeinde Hundsbach in die Stadt Tann:  
 „Tann — Stadtteil Hundsbach“
- c) Durch Eingliederung der Gemeinde Kerzell in die Gemeinde Eichenzell:  
 „Eichenzell — Ortsteil Kerzell“
- d) Durch Eingliederung der Gemeinden Buchenrod, Höf und Haid, Magdlos und Stork in die Gemeinde Flieden:  
 „Flieden — Ortsteil Buchenrod“  
 „Flieden — Ortsteil Höf und Haid“  
 „Flieden — Ortsteil Magdlos“  
 „Flieden — Ortsteil Stork“
- e) Durch Eingliederung der Gemeinden Niederkalbach und Veitsteinbach in die Gemeinde Mittelkalbach:  
 „Mittelkalbach — Ortsteil Niederkalbach“  
 „Mittelkalbach — Ortsteil Veitsteinbach“

#### Landkreis Hofgeismar

- a) Durch Eingliederung der Gemeinde Fürstenwald in die Gemeinde Calden:  
 „Calden — Ortsteil Fürstenwald“
- b) Durch Eingliederung der Gemeinden Ersen und Niedermeiser in die Stadt Liebenau:  
 „Liebenau — Stadtteil Ersen“  
 „Liebenau — Stadtteil Niedermeiser“

#### Landkreis Hünfeld

- a) Durch Eingliederung der Gemeinden Dittlofrod und Oberweisenborn in die Gemeinde Eiterfeld:  
 „Eiterfeld — Ortsteil Dittlofrod“  
 „Eiterfeld — Ortsteil Oberweisenborn“
- b) Durch Zusammenschluß der Gemeinden Grüsselbach, Rasdorf und Setzelbach zu der neuen Gemeinde Rasdorf:

„Rasdorf — Ortsteil Grüsselbach“  
 „Rasdorf — Ortsteil Setzelbach“

#### Landkreis Marburg

Durch Zusammenschluß der Gemeinden Ebsdorfergrund, Roßberg, Wermertshausen und Wittelsberg zu der neuen Gemeinde Ebsdorfergrund:

„Ebsdorfergrund — Ortsteil Roßberg“  
 „Ebsdorfergrund — Ortsteil Wermertshausen“  
 „Ebsdorfergrund — Ortsteil Wittelsberg“

#### Landkreis Melsungen

- a) Durch Eingliederung der Gemeinde Dagobertshausen in die Gemeinde Malsfeld  
 „Malsfeld — Ortsteil Dagobertshausen“
- b) Durch Eingliederung der Gemeinde Melgershausen in die Gemeinde Gensungen  
 „Gensungen — Ortsteil Melgershausen“
- c) Durch Eingliederung der Gemeinde Binsförth in die Gemeinde Altmorschen  
 „Altmorschen — Ortsteil Binsförth“

#### Landkreis Waldeck

- a) Durch Zusammenschluß der Gemeinden Rattlar, Schwalefeld und Willingen zu der neuen Gemeinde Willingen:  
 „Willingen — Ortsteil Rattlar“  
 „Willingen — Ortsteil Schwalefeld“

#### Landkreis Witzenhausen

Durch Eingliederung der Gemeinde Reichenbach in die Stadt Hess. Lichtenau:  
 „Hess. Lichtenau — Stadtteil Reichenbach“

#### Landkreis Ziegenhain

- a) Durch Eingliederung der Gemeinden Appenhain und Itzenhain in die Gemeinde Gilserberg:  
 „Gilserberg — Ortsteil Appenhain“  
 „Gilserberg — Ortsteil Itzenhain“
- b) Durch Eingliederung der Gemeinde Rörshain in die Stadt Schwalmstadt  
 „Schwalmstadt — Stadtteil Rörshain“
- c) Durch Zusammenschluß der Gemeinden Hausen und Oberaula zu der neuen Gemeinde Oberaula:  
 „Oberaula — Ortsteil Hausen“
- d) Durch Zusammenschluß der Gemeinden Görzhain, Immichenhain, Kleinropperhausen, Ottrau, Schorbach und Weißenborn zu der neuen Gemeinde Ottrau:  
 „Ottrau — Ortsteil Görzhain“  
 „Ottrau — Ortsteil Immichenhain“  
 „Ottrau — Ortsteil Kleinropperhausen“  
 „Ottrau — Ortsteil Schorbach“  
 „Ottrau — Ortsteil Weißenborn“.

Kassel, 19. 4. 1972

Der Regierungspräsident  
 I/2 a — 3 k 08/01

St.Anz. 22/1972 S. 1004

### Buchbesprechungen

Die Dienstverhältnisse der Angestellten bei öffentlichen Verwaltungen und Betrieben. BAT. Kommentar. Bearbeitet von Walter Böhmer, Ministerialrat a. D., und Hans Spiertz, Direktor. Stand: Dezember 1971. Gesamtumfang des Werkes: 2236 S., Loseblattausgabe in 3 PVC-Ordern, ISBN 3 7685 7370 2. Gesamtpreis einschließlich Ordner 70,— DM. R. v. Decker's Verlag, G. Schenck GmbH, Hamburg, Berlin.

Mit der soeben erschienenen 33. Ergänzungslieferung haben die Verfasser den bewährten und an dieser Stelle mehrfach besprochenen Kommentar auf den Stand vom Dezember 1971 gebracht.

Mit dieser neuen Ergänzungslieferung werden folgende Änderungen in dem Loseblatt-Kommentar berücksichtigt:

Änderungstarifvertrag Nr. 4 vom 27. 4. 1971 zum Tarifvertrag über die Rechtsverhältnisse der Lehrlinge und Anlernlinge vom 21. 9. 1961, Neukommentierung des o. a. Tarifvertrages vom 21. 9. 1961.

Berufsbildungsgesetz i. d. F. des Änderungsgesetzes vom 12. 3. 1971, Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1 a zum BAT (Angestellte in der Datenverarbeitung) vom 15. 11. 1971,

Eingruppierung der Lehrkräfte in Baden-Württemberg und Niedersachsen.

Dank seiner Praxisnähe und Aktualität wird jeder im Bundesangestellten-Tarifrecht von der Arbeit mit dem „Böhm/Spiertz“ profitieren.  
 Oberregierungsrat M a h l m a n n

## Gerichtsangelegenheiten

### 1673 Erlaubnisurkunde

371 a E 3 Sd. Bd. Wolf: Herrn Karl Wolf, geb. am 5. 12. 1919 in Hess. Lichtenau, wohnhaft in 6055 Hausen, Krs. Offenbach, Ostendsstraße 5, wurde die Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten unter Beschränkung auf das Recht der Haftpflicht- und Kraftfahrzeughaftpflichtversicherungs-fälle sowie deren Regulierung erteilt. Das Auftreten in mündlicher Verhandlung vor Gericht ist nicht gestattet. Der Geschäftssitz ist 6055 Hausen, Krs. Offenbach.

605 Offenbach (M.), 12. 5. 1972

Der Präsident des Amtsgerichts

### 1674 Aufgebote

8 C 166/70 — Aufgebot: Die Eheleute Bauunternehmer Wilhelm Danz II und Magdalena Katharina Danz, geb. Mayer, wohnhaft in Obertshausen, Grenzstr. 31, vertreten durch Rechtsanwalt Bloch in Offenbach/M., haben das Aufgebot des verlorengegangenen Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Obertshausen, Band 89, Blatt 3328, in Abteilung III, Nr. 1, im Grundbuch von Obertshausen, Band 26, Blatt 1317, in Abteilung III, Nr. 1, und im Grundbuch von Obertshausen, Band 40, Blatt 1838, in Abteilung III, Nr. 1, für die Hessische Landesbank in Darmstadt eingetragene mit 9% verzinsliche Darlehenshypothek von 3000,— GM beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf: Mittwoch, dem 20. Dez. 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Offenbach/M., Kaisersir. Nr. 16, I. Obergeschoß, Zimmer 113, anberaumten Aufgebotstermin, seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, sonst wird das Gericht die Urkunde für kraftlos erklären.

605 Offenbach (M.), 15. 5. 1972

Amtsgericht

### 1675

C 194/72 — Aufgebot: Die Raiffeisenkasse Meerholz eGmbH in Meerholz — Prozeßbevollmächtigte: Genossenschaftliche Treuhand-Gesellschaft mbH, Kassel — hat das Aufgebot zur Kraftloserklärung des Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Meerholz, Band 35, Blatt 809, in Abt. III, Nr. 1, für die Raiffeisenkasse Meerholz eGmbH in Meerholz eingetragene, mit bis zu 11% verzinsliche Darlehenshypothek von 5000,— DM beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch, den 17. Januar 1973, um 9.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 11, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

646 Gelnhausen, 10. 5. 1972

Amtsgericht

### 1676 Güterrechtsregister

GR 351: Dachdeckerpolier Peter Kraft und Ehefrau Helga geb. Freund, Angerod, Kr. Alsfeld, Judengasse 13.

Durch Vertrag vom 15. Januar 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

632 Alsfeld, 24. 4. 1972

Amtsgericht

**Auf Grund der allgemeinen Kostensteigerungen im Graphischen Gewerbe werden die Anzeigenpreise für die Veröffentlichung der Amtlichen Bekanntmachung im Staats-Anzeiger für das Land Hessen ab 1. Juni 1972 (Ausgabe 23 — vom 5. Juni 1972) mit Genehmigung des Hessischen Ministers des Innern erhöht.**

Die Berechnung erfolgt nach der Anzeigenpreisliste Nr. 9 vom 1. 6. 1972; sie kann beim Verlag kostenlos angefordert werden.

### 1677

GR 1441 — 9. 3. 72: Eheleute technischer Zeichner Wolfgang Krüger und Inge Krüger geb. Leindecker, beide in Oberursel.

Durch Vertrag vom 6. April 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1442 — 9. 3. 72: Eheleute Friseur Hans-Jörg Hüttmann und Friseurmeisterin Gertrud Hüttmann geb. Bender, beide in Oberursel.

Durch Vertrag vom 24. Januar 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1443 — 13. 3. 72: Eheleute Elektronik-Techniker Theodor Jochum und Med.-Techn. Assistentin Barbara Eve Jochum geb. Maurer-Lumme, beide in Bad Homburg v. d. H.

Durch Vertrag vom 6. Dezember 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1444 — 16. 3. 72: Eheleute Maschinen-schlosser Alfred Villain und Christel Villain geb. Kehr, beide in Bad Homburg v. d. H.

Durch Vertrag vom 22. November 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1445 — 16. 3. 72: Eheleute Rechtsreferent Herbert G. A. Platz und Sekretärin Gabriele Platz geb. Pichl, beide in Bad Homburg v. d. H.

Durch Vertrag vom 30. Oktober 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1446 — 10. 4. 72: Eheleute Lothar Wenzel und Gisela Wenzel geb. Deppe, beide in Bad Homburg v. d. H.

Durch Vertrag vom 14. Februar 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1447 — 11. 4. 72: Eheleute Walter Bartkowski, kfm. Angest., und Erna Bartkowski geb. Späth, beide in Bad Homburg v. d. H.

Durch Vertrag vom 19. November 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1448 — 19. 4. 72: Eheleute Maurermeister Alfred Nassner und Irmgard Nassner geb. Herrlich, beide in Oberursel.

Durch Vertrag vom 18. Oktober 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1449 — 19. 4. 72: Eheleute Kupfer-schmied Willi Ehrhardt und Gisela Ehrhardt geb. Beyer, beide in Steinbach/Ts.

Durch Vertrag vom 28. Februar 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1450 — 20. 4. 72: Eheleute Betriebsberater Donald Leroy Sneary und Christine Sneary geb. Weidlich, beide in Oberursel.

Durch Vertrag vom 3. Dezember 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1451 — 21. 4. 72: Eheleute Pelzveredler Karl Gürtel und Margarete Gürtel geb. Zöllner, beide in Köppern.

Durch Vertrag vom 8. März 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

638 Bad Homburg v. d. H., 8. 5. 1972

Amtsgericht

### 1678

GR 293 — 29. 3. 1972 — Neueintragung: Eheleute Kaufmann Horst Hilgenberg und Lieselotte geb. Kasseck, beide in Schlangenberg-Georgenborn.

Durch notariellen Vertrag vom 13. Januar 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

6208 Bad Schwalbach, 29. 3. 1972

Amtsgericht

### 1679

GR 295 — 4. April 1972 — Neueintragung: Eheleute Bauingenieur Werner Wilhelm Hartwig und Annemarie Lisa Friedel geb. Nehl, beide in Taunusstein-Seitzenhahn.

Durch notariellen Vertrag vom 23. Juni 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

6208 Bad Schwalbach, 4. 4. 1972

Amtsgericht

### 1680

GR 1204 — 25. April 1972: Eheleute Karl Adolf Trautmann, Hochbautechniker, und Anna geb. Grün, beide in Darmstadt-Eberstadt.

Durch Vertrag vom 13. April 1972 ist der Güterstand der Gütergemeinschaft aufgehoben und nunmehr Gütertrennung vereinbart.

61 Darmstadt, 4. 5. 1972

Amtsgericht

### 1681

GR 493 — 27. April 1972 — Neueintragung: Eheleute Fernschteinkermeister Friedrich Wilhelm Adam und Caroline Yvonne Maria geb. Beermann in Allendorf/Dillkreis.

Durch Vertrag vom 3. April 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

634 Dillenburg, 27. 4. 1972

Amtsgericht

### 1682

73 GR 12 629: Kaufmann Johann Peter Karl Schweinsberger und Luise Maria geborene Voegtle, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 28. Dezember 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 631: Tankstellenpächter Peter Schacke und Edda geborene Eysel, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 15. Februar 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 632: Ärzte Dr. med. Werner Meyer und Karin Irmela geborene Weiß, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 3. März 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 633: Versicherungskaufmann Andreas Heinrich Manfred Höfler und Ingrid geborene Giussani, Bergen-Enkheim.

Durch Ehevertrag vom 9. März 1972 ist Gütertrennung vereinbart.



73 GR 12 634: Kleintransportunternehmer Horst Julius Keßner und Annemarie geborene Weidenhaus, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 10. Januar 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 635: Lagerverwalter Jürgen Paul Friedrich Bernhardt und Christa Charlotte geborene Dorn, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 17. Januar 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 636: Polizeimeister Helmut Kolb und Monika geborene Fischer, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 1. März 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 637: Kellner Hansjochen Pfefferkorn und Gisela geborene Wagner, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 16. März 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 638: Kaufmann Karl Dieter Goldstein und Pauline Lina geborene Emrich, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 9. März 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 639: Angestellter Herbert Schirmer und Anni geborene Günther, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 23. März 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 640: Rentner Gottfried Gey und Ursula geborene Rüddenklau, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 7. Dezember 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 641: Eisenbieger Kuft Leopold und Hildegard geborene Kling, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 14. März 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 642: Installateur Gerhard Günther Horst Walther und Gudrun geborene Heintel, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 10. März 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 643: Kaufm. Angestellter Mariano Candini und Dagmar Ina geborene Gierschner, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 8. März 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 644: Industriekaufmann Thomas Stüver und Ingeborg geborene Koppelman, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 3. März 1972 ist die Zugewinngemeinschaft ausgeschlossen.

73 GR 12 645: Kraftfahrer Hans Wilhelm Adam und Barbara geb. Struppe, Bad Soden/Ts.

Durch Ehevertrag vom 21. März 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

6 Frankfurt (Main), 4. 5. 1972  
**Amtsgericht, Abt. 73**

**1683**

GR 1833 — 8. 5. 1972: Kannemann, Gerhard Walter, Kaufmann, Kannemann, Sigrud geb. Arnold, Rosbach, Spessartstr. 4.

Durch Vertrag vom 25. März 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

636 Friedberg (H.), 8. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1684**

GR 228 — 12. Mai 1972 — **Neueintragung:** Hermann Eitel, Spenglermeister und Frau Eva-Maria geborene Schwalm, beide wohnhaft in 6414 Hilders, Am Wirtsrain 4.

Durch Vertrag vom 13. März 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

6414 Hilders, 12. 5. 1972 **Amtsgericht Fulda  
Zweigstelle Hilders**

**1685**

GR 507: Eheleute Schlosser Hans Dieter

Schäfer und Marianne geb. Frey, beide in Burghaun, Ortsteil Rothenkirchen, Haus Nr. 30.

Durch Vertrag vom 27. März 1972 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.  
6418 Hünfeld, 3. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1686**

GR 1474 — 11. 4. 72: Spielmann, Günter, Bauingenieur, Kassel, und Vera geb. Metz. Gütertrennung durch Vertrag vom 21. 1. 1972.

GR 1474 A — 12. 4. 72: Kramm, Reinhard, Leutnant, Kassel, und Renate geb. Fischer. Gütertrennung durch Vertrag vom 18. 1. 1972.

GR 1475 — 14. 4. 72: Schulz, Wolfgang, Kaufmann, Kassel, und Inge geb. Siemon. Gütertrennung durch Vertrag vom 27. 1. 1972.

GR 1475 A — 18. 4. 72: Kronendorfer, Werner Leo, Dipl.-Ingenieur, Kassel, und Karin geb. Lückert. Gütertrennung durch Vertrag vom 11. 2. 1971.

GR 1476 — 18. 4. 72: Poschmann, Werner, Soldat, Kassel, und Ursula Luise geb. Bauer. Gütertrennung durch Vertrag vom 8. 2. 1972.

GR 1476 A — 18. 4. 72: Ringelhann, Hans Emil Wilhelm Walter, Dipl.-Kaufmann, Kassel, und Diethild Martha Ellinor geb. Reiche. Gütertrennung durch Vertrag vom 30. 12. 1971.

GR 885 A — 12. 4. 72: Lange, Kurt, Kaufmann, Kassel, und Erna geb. Reif. Durch Vertrag vom 23. 2. 1972 ist die Gütertrennung aufgehoben. Die Ehegatten leben jetzt im gesetzlichen Güterstand der Zugewinngemeinschaft.

35 Kassel, 28. 4. 1972 **Amtsgericht**

**1687**

8 GR 665 — 27. April 1972. — **Neueintragung:** Eheleute Dipl.-Ing. und Architekt Alfred Fricke und Anna Katharine Fricke geb. Frigge, beide wohnhaft in Neuenhain (Taunus).

In der notariellen Urkunde vom 18. Januar 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

624 Königstein (Ts.), 3. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1688**

GR 307 A — 5. Mai 1972 — **Neueintragung:** Die Eheleute Kaufmann Günter Oehl und Anneliese geb. Landzettel, beide in Korbach, Flechtdorfer Straße 14, haben durch Vertrag vom 13. April 1972 Gütertrennung vereinbart.

354 Korbach, 5. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1689**

GR 867 — 10. Mai 1972 — **Neueintragung:** Handelsvertreter Ferdinand Kilian und Tinny Kilian geb. Fuchs, beide in Marburg (Lahn), Rosenstraße 9.

Durch notariellen Vertrag vom 3. Januar 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

3550 Marburg (Lahn), 8. 5./10. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1690**

GR 866 — 26. April 1972 — **Neueintragung:** Friseurmeister Klaus Heinrich Scheld und Abteilungsleiterin Margot Elisabeth Scheld geb. Thomann, beide in Braunstein-Nordeck, Hauptstr. 60.

Durch notariellen Vertrag vom 3. März 1972 ist der gesetzliche Güterstand aufgehoben und Gütertrennung gem. § 1414 BGB vereinbart.

3550 Marburg (Lahn), 21./26. 4. 1972 **Amtsgericht**

**1691**

GR IV Nr. 120 — **Neueintragung:** Burkhard Adam Neff und Christel Neff geb.

Stütz, beide wohnhaft in Steinbach (Odw.). Durch Vertrag vom 31. Dezember 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

612 Michelstadt, 9. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1692**

GR IV Nr. 119 — **Neueintragung:** Friedrich Kurz, Spengler- und Installateurmeister, und Auguste Lieselotte Kurz geb. Krämer, beide Michelstadt.

Durch Vertrag vom 5. April 1966 ist Gütergemeinschaft (§ 1415 ff. BGB) vereinbart. Der Gewerbebetrieb (Spenglerei- und Installationsgeschäft sowie Ladengeschäft für Haus- und Küchengeräte) ist durch Vertrag vom 24. März 1972 zum Vorbehaltsgut des Ehemannes erklärt.

612 Michelstadt, 27. 4. 1972 **Amtsgericht**

**1693**

GR 105 — 21. 4. 1972 — **Neueintragung:** Bezeichnung der Ehegatten: Spengler Herbert Bagus und Ehefrau Rosemarie Bagus geb. Glatzel, beide in Fliesen.

Lfd. Nr. 1: Durch notariellen Vertrag vom 13. März 1972 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Der Ehemann verwaltet das Gesamtgut.

6404 Neuhoof, 21. 4. 1972 **Amtsgericht Fulda, Zweigstelle Neuhoof**

**1694**

**Neueintragungen**

GR 4199 — 3. 5. 72: Eheleute Franz Josef Völker und Helena geb. Viegen in Offenbach a. M.

Durch notariellen Vertrag vom 22. 2. 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 4200 — 3. 5. 72: Eheleute Claus Sachs und Linda geb. Salzmänn in Neu-Isenburg.

Durch notariellen Vertrag vom 5. 4. 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 4201 — 3. 5. 72: Eheleute Friedrich-Karl Kaßler und Henriette Friederike geb. Meyer in Offenbach a. M.

Durch notariellen Vertrag vom 5. 4. 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

605 Offenbach (M.), 9. 5. 1972 **Amtsgericht, Abt. 5**

**1695**

GR 160 — **Neueintragungen:** Montageleiter Otmar Lies und Ehefrau Alice Lies geb. Steinke, beide wohnhaft in Stadthosbach.

Durch notariellen Vertrag vom 30. 3. 1972 — UR 254/72 Notar Dr. Schröder in Sontra — ist Gütertrennung vereinbart.

6443 Sontra, 25. 4. 1972 **Amtsgericht**

**1696**

GR 484 — 20. April 1972: Dachdecker Hermann Späth und Aurelia Späth geb. Vogel, Merenberg-Rückershausen.

Durch notariellen Vertrag vom 2. März 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

629 Weilburg, 20. 4. 1972 **Amtsgericht**

**1697**

**Neueintragungen**

GR 1662 A — 26. 4. 72: Sand, Hans-Joachim, Kaufmann, und Hedwig geb. Kolb in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 23. Februar 1972 ist Gütertrennung aufgehoben und Zugewinngemeinschaft vereinbart.

GR 3242 — 26. 4. 72: Tullius, Franz Oskar Rudolf, und Elfriede Emilie geb. Tom in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 23. März 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3243 — 26. 4. 72: Klein, Josef, Metzger, und Karin geb. Bach in Nordenstadt.

Durch Ehevertrag vom 27. März 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3244 — 26. 4. 72: Dunkel, Alfred, Schriftsetzer, und Elisabeth geb. Mehrfeld in Wiesbaden-Dotzheim.

Durch Ehevertrag vom 30. März 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3245 — 26. 4. 72: Wolfgang Heinrich, Kraftfahrer, und Dorothea Margarete Heinrich geb. Eckel, beide in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 10. April 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

62 Wiesbaden, 8. 5. 1972

Amtsgericht, Abt. 21

### 1698 Handelsregister

1 HRA 1019 — **Löschung:** Lebensmittel- und Feinkosthandlung Berta Lehmann, Wolfhagen.

Die Firma ist erloschen.

3549 Wolfhagen, 15. 5. 1972

Amtsgericht

### 1699

HRB 1020 — **Neueintragung:** Coroma-Bau-Betreuungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Wolfhagen (Uslarstraße 9).

Gegenstand des Unternehmens ist:

1. Die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der Firma Coroma-Bau-Betreuungs-GmbH und Co. für Wohnungsbau in Wolfhagen und an ähnlichen Baugesellschaften.

2. Der Ankauf und die Erschließung von Grundstücken sowie die Errichtung und der Verkauf von Gebäuden.

Stammkapital: 21 000,— DM.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Der Gesellschaftsvertrag stammt vom 1. 10. 1971, abgeändert am 17. 2. 1972. Geschäftsführer sind der Architekt Roland Pflüger, Wolfhagen, und der Ingenieur Manfred Wandrey, Oberlistingen. Die Geschäftsführer sind zur alleinigen Vertretung berechtigt.

3549 Wolfhagen, 14. 4. 1972

Amtsgericht

### 1700 Vereinsregister

VR 130 — 15. 5. 1972: Kleingartenbauverein „Wrcxen“, Wrcxen: Der Verein ist durch die Mitgliederversammlung vom 26. März 1972 aufgelöst.

3548 Arolsen, 15. 5. 1972

Amtsgericht

### 1701

VR 342 — **Neueintragung:** Arbeitsgemeinschaft der Sternfreunde Friedewald e. V. in Friedewald, Kreis Hersfeld.

643 Bad Hersfeld, 15. 5. 1972

Amtsgericht

### 1702

VR 498 — 2. 3. 72: Gesellschaft für deutsch-chinesische Kulturaustausch und Freundschaft e. V., Sitz: Oberursel.

VR 499 — 15. 3. 72: Taunusklub Zweigverein Köppern Ts., Sitz Köppern.

6380 Bad Homburg, 8. 5. 1972

Amtsgericht

### 1703

VR 364 — 15. Mai 1972 — **Neueintragung:** Werbegemeinschaft Bensheim in Bensheim.

614 Bensheim, 16. 5. 1972

Amtsgericht

### 1704

VR 757 — 27. März 1972: GHANA-STUDENTEN-UNION-DARMSTADT in Darmstadt. Infolge Wegfalls sämtlicher Mitglieder gilt der Verein als aufgelöst.

VR 973 — 22. Februar 1972: Interessengemeinschaft zur Wahrnehmung der Rechte der Ortsbürger der Stadt Ober-Ramstadt in Ober-Ramstadt. Infolge Wegfalls sämtlicher Mitglieder gilt der Verein als aufgelöst.

VR 1087 — 14. März 1972: TAXI-FUNK Darmstadt e. V. — Funktaxen — in Darmstadt. Die Mitgliederversammlung vom 22. 1. 1972 hat die Auflösung des Vereins beschlossen. Abwickler: Werner Dauer, Griesheim; Gerhard Fuchs, Darmstadt; Siegfried Oumard, Darmstadt-Arheilgen; Heinrich Geist, Darmstadt.

VR 1279 — 9. März 1972: Kinderherberge der Katholischen Hochschulgemeinde Darmstadt e. V. in Darmstadt.

VR 1280 — 9. März 1972: Sudetendeutsche Landsmannschaft, Kreisgruppe Darmstadt e. V. in Darmstadt.

VR 1281 — 9. März 1972: Arbeitsgemeinschaft für Vorschulerziehung in Ober-Ramstadt.

VR 1282 — 26. März 1972: Release Darmstadt, Verein zur Bekämpfung der Rauschgiftgefahr in Darmstadt.

VR 1283 — 28. März 1972: Darmstädter — Verkehrs-Freunde in Darmstadt.

61 Darmstadt, 4. 5. 1972

Amtsgericht

### 1705

VR 19 Ba. — 2. Mai 1972 — **Veränderung:** Musik- u. Spielmannszug 1950 e. V. Battenberg (bisher Spielmannszug 1950 Battenberg), 3559 Battenberg.

Die Satzung ist am 26. 2. 72 errichtet (neu gefaßt).

3558 Frankenberg, 28. 4. 1972

Amtsgericht

### 1706

#### Neueintragungen

#### mit dem Sitz in Frankfurt am Main

73 VR 6163 — 30. März 1972: Forschungsvereinigung Automobiltechnik.

73 VR 6168 — 30. März 1972: Verein Freier Filmfreunde.

73 VR 6169 — 7. April 1972: Plastik-Modellbau-Verein Frankfurt M. 1971 (PMBVF 1971).

73 VR 6170 — 13. April 1972: Gesellschaft zur Förderung des Alpensegelfluges.

73 VR 6171 — 13. April 1972: Union Deutscher Heilpraktiker.

6 Frankfurt (Main), 4. 5. 1972

Amtsgericht, Abt. 73

### 1707

VR 168 — 4. Mai 1972: Sportfischereiverein Singlis. Sitz: Singlis (Kreis Fritzlar-Homberg).

358 Fritzlar, 9. 5. 1972

Amtsgericht

### 1708

VR 169 — 8. Mai 1972 — **Neueintragung:** Angel-Sport-Verein 71 Besse in Besse (Kreis Fritzlar-Homberg).

358 Fritzlar, 9. 5. 1972

Amtsgericht

### 1709

VR 372 — **Neueintragung:** Sportverein Birstein 1920 eingetragener Verein in Birstein.

646 Gelnhausen, 17. 5. 1972

Amtsgericht

### 1710

VR 897 — 25. 4. 72: Licher Tennisclub Rot-Weiß. Sitz des Vereins ist Lich.

63 Gießen, 28. 4. 1972

Amtsgericht

### 1711

4 a VR 476 — 28. 4. 72 — **Neueintragung:** Vogelschutz und Kleintierzuchtverein Dornheim 1960 e. V. Sitz: Dornheim.

4 a VR 477 — 28. 4. 72: Elterngemeinschaft für geistig- und körperbehinderte Kinder „Spessart-Sanatorium“ e. V. Sitz: Gustavsburg.

4 a VR 478 — 28. 4. 72: Förderkreis Vorschulerziehung eingetragener Verein, Sitz: Gernsheim.

608 Groß-Gerau, 3. 5. 1972

Amtsgericht

### 1712

#### Neueintragung

4 a VR 473 — 29. 3. 72: Männergesangverein 1921 e. V. in Stockstadt/Rhein.

4 a VR 474 — 29. 3. 72: Aktionsgemeinschaft Umweltschutz e. V. Trebur und Umgebung, Sitz: Trebur.

4 a VR 475 — 12. 4. 72: Auto-Motorsport-Gemeinschaft (AMSG) e. V. Sitz: Bischofs-

heim, Krs. Groß-Gerau.

608 Groß-Gerau, 24. 4. 1972

Amtsgericht

### 1713

VR 371 — **Neueintragung:** Gesangverein 1862 Altenhaßlau, eingetragener Verein.

Sitz: Linsengericht, Ortsteil Altenhaßlau. 646 Gelnhausen, 20. 4. 1972

Amtsgericht

### 1714

VR 108 — M.G.V. „Liederblüte“ 1908 Oberweyer in Oberweyer.

6253 Hadamar, 19. 5. 1972

Amtsgericht

### 1715

VR 286 — 19. Mai 1972 — **Neueintragung:** Forstbetriebsvereinigung Medenbach E. V. in Medenbach (Dillkreis).

Sitz: Medenbach (Dillkreis). Die Satzung ist am 21. März 1972 errichtet.

6318 Herborn, 19. 5. 1972

Amtsgericht

### 1716

VR 285 — 4. Mai 1972 — **Neueintragung:** Schützenverein 1928 Herbornseelbach. Sitz: Herbornseelbach Dillkreis.

Die Satzung ist am 24. Januar 1969 errichtet.

6348 Herborn, 4. 5. 1972

Amtsgericht

### 1717

VR 284 — 4. Mai 1972 — **Neueintragung:** Tischtennisclub 1958 Herbornseelbach e. V. in Herbornseelbach Dillkreis. Sitz: Herbornseelbach/Dillkreis, Steintalstraße 13.

Die Satzung ist am 9. Juli 1971 errichtet.

6348 Herborn, 4. 5. 1972

Amtsgericht

### 1718

41 VR 565 — 26. 4. 1972: Automobil-Sport-Club Niederdorfelden, Sitz: Niederdorfelden

645 Hanau (Main), 26. 4. 1972

Amtsgericht, Abt. 41

### 1719

41 VR 567 — 4. 5. 1972: Vogelschutzverein Gruppe Langendiebach, Sitz: Erlensee.

645 Hanau (Main), 4. 5. 1972

Amtsgericht, Abt. 41

### 1720

VR 135: Klub Kurzhaar Kurhessen, Homberg Bez. Kassel, Stadtteil Hülsa.

3588 Homberg (Bez. Kassel), 24. 4. 1972

Amtsgericht

### 1721

VR 260 — 26. 4. 72: Vereinsring Heftrich, Idstein-Heftrich.

627 Idstein (Ts.), 28. 4. 1972

Amtsgericht

### 1722

VR 1217 — 1. 3. 72: Ländlicher Reit- und Fahrverein Ahnatal, Vellmar.

VR 1218 — 17. 4. 72: Ballclub Kassel, Kassel.

VR 1219 — 17. 4. 72: Skatklub „Hütt Buben“ Baunatal, Baunatal 1.

35 Kassel, 28. 4. 1972

Amtsgericht

### 1723

VR 121 — 18. Mai 1972 — **Neueintragung:** Interessengemeinschaft zur Verhinderung der Mülldeponie in den Großgemeinden Korbach, Upland und Diemelsee mit den Ortsteilen Lebach, Rhena, Bömighausen, Neerdar, Schweinsbühl und Flechtdorf eingetragener Verein, Korbach.

354 Korbach, 18. 5. 1972

Amtsgericht

### 1724

8 VR 453 — 24. April 1972 — **Neueintragung:** Verein zur Förderung des Gebrauchshundesports in Kelkheim e. V. in Kelkheim (Taunus).

624 Königstein (Ts.), 24. 4. 1972

Amtsgericht

### 1724a

? VR 454 — 24. April 1972 — **Neueintra-**



zung: Tennis-Club Reifenberg in Reifenberg (Taunus).

624 Königstein (Ts.), 24. 4. 1972 **Amtsgericht**

**1725**

VR 380 — 25. 4. 1972 — **Neueintragung:** Musikverein Oberbrechen, Sitz: Oberbrechen.

625 Limburg, 25. 4. 1972 **Amtsgericht**

**1726**

VR 381 — 25. 4. 1972 — **Neueintragung:** Männergesangverein „Frohsinn Neesbach“, Sitz: Hünfelden, Ortsteil Neesbach.

625 Limburg (L.), 25. 4. 1972 **Amtsgericht**

**1727**

VR 556 — 2. Mal 1972 — **Auflösung:** Motor-Touring-Club Marburg. Durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 7. März 1972 ist der Verein aufgelöst.

Zum Liquidator ist Walter Herfurth, Marburg (Lahn), bestellt.

3550 Marburg (Lahn), 27. 4./2. 5. 1972

**Amtsgericht**

**1728**

VR 184 — **Neueintragung:** Turn- und Sportverein 1913 Wolfershausen in Wolfershausen.

3508 Melsungen, 8. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1729**

VR 329 — **Neueintragung:** Aquarienfremde des Kreises Erbach; Sitz: Erbach (Odw.).

612 Michelstadt, 15. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1730**

VR 98 — **Neueintragung:** In das Vereinsregister wurde am 24. April 1972 unter Nr. 98 eingetragen:

Sport- und Kulturgemeinde „Eintracht“ Fauerbach, eingetragener Verein. Sitz: Nidda-Stadtteil Fauerbach.

6478 Nidda, 24. 4. 1972 **Amtsgericht**

**1731**

VR 853 — 14. 4. 72: „Gemeindepflegebund der Friedenskirche Offenbach/Main“. Sitz: Offenbach a. M.

VR 854 — 24. 4. 72: „Verband der Griechen“. Sitz: Mühlheim a. M.

VR 855 — 24. 4. 72: „Ortsjugendring“. Sitz: Oberthausen.

VR 856 — 24. 4. 72: „Verein Jugendhaus Dietzenbach“. Sitz: Dietzenbach/Hessen.

VR 857 — 24. 4. 72: „Bürgerinitiative Umweltschutz Markwald“. Sitz: Mühlheim am Main.

VR 858 — 24. 4. 72: „Baustoffüberwachung Kies und Sand Hessen“. Sitz: Offenbach a. M. **Löschungen**

VR 524 — 9. 5. 72: „Bayern-Verein Edelweiß“, Neu-Isenburg. Die Mitgliederversammlung vom 4. 3. 1972 hat die Auflösung des Vereins beschlossen. Der Liquidator ist alleinvertretungsberechtigt.

VR 583 — 9. 5. 72: „Gefolgschafts-Fürsorgeeinrichtung des Bankhauses Friedrich Hengst & Co.“, Offenbach a. M. Die Mitgliederversammlung vom 11. 1. 1972 hat die Auflösung des Vereins beschlossen. Der seitherige Vorstand ist Liquidator.

605 Offenbach (M.), 9. 5. 1972

**Amtsgericht, Abt. 5**

**1732**

VR 78 — **Neueintragung:** Sportfischerverein „Forelle“ Merzhausen in Antrefftal.

3578 Schwalmstadt 1, 21. 4. 1972

**Amtsgericht**

**1733****Neueintragungen**

VR 1697 — 24. 4. 72: Deutsche Gesellschaft für Volkstanz, Wiesbaden.

VR 1698 — 26. 4. 72: Deutsche Mazdanzan-Bewegung — Region Frankfurt/Main, Wiesbaden.

VR 1699 — 2. 5. 72: „Die Wäschbachstel-

zen“, Erbenheimer Kerbegesellschaft 1960, Wiesbaden-Erbenheim.

62 Wiesbaden, 8. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1734****Neueintragungen**

4 VR 1122: S. V. Hasselbach 1949 mit dem Sitz in Hasselbach.

4 VR 1123: Gemischter Chor „Concordia“ Hundelshausen mit dem Sitz in Witzzenhausen-Hundelshausen.

343 Witzzenhausen, 4. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1735**

VR 141: Nordhessischer Luftsportverband, Wolfhagen.

3549 Wolfhagen, 17. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1736**

VR 142: Schützensportverein 1801 — 1972 Breuna, Breuna.

3549 Wolfhagen, 17. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1737**

VR 138 — Anglersportverein Naumburg 1970, Naumburg.

3549 Wolfhagen, 8. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1738**

VR 139 — Sportangler-Verein Wolfhagen, Wolfhagen.

3549 Wolfhagen, 8. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1739**

VR 140 — Verein zur Förderung Behinderteter, Wolfhagen.

3549 Wolfhagen, 8. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1740 Vergleiche — Konkurse**

4 N 2/67 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Josef Vogl, Hoch- u. Tiefbau GmbH, Wehen/Ts., wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6208 Bad Schwalbach, 15. 5. 1972

**Amtsgericht**

**1741**

VN 1/62 — **Beschluß:** In dem Vergleichsverfahren über das Vermögen des „Eisenwerks Carlshütte/Lahn“, R. Schmidt und R. Bieck in Carlshütte (Lahn), — vertreten durch die beiden alleinigen und vertretungsberechtigten Gesellschafter, Fabrikant Richard Schmidt und Dipl.-Ing. Rudolf Bieck, beide in Carlshütte (Lahn) wohnhaft —

a) das Verfahren wird nach Vergleichsbestätigung auf Grund des § 91 VerglO aufgehoben,

b) die im Vergleich vom 21. 9. 1962 vereinbarte Überwachung ist beendet, Verfügungsbeschränkungen bestanden nicht.

356 Biedenkopf, 24. 4. 1972 **Amtsgericht**

**1742**

34 N 12/72 — **Konkursverfahren:** Über das Vermögen von Frau Marlis Reckert, geb. Wehn, geb. 4. 4. 1931 in Frankfurt/M.-Höchst, Inhaberin der nicht eingetragenen Firma Rebau Bau- und Planungsbüro M. Reckert in 6115 Münster (Krs. Dieburg), Walterstr. 30, ist am 12. Mai 1972, um 12.00 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Konkursverwalter: Karl Polkin, 605 Offenbach (Main), Frankfurter Straße 61. Anmeldefrist und offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 25. Juni 1972.

Erste Gläubigerversammlung am 12. Juni 1972, um 8.30 Uhr, und Prüfungstermin am 12. Juli 1972, um 14.00 Uhr, je im hiesigen Gerichtsgebäude, Marienstraße 31, Saal 12.

**1743**

81 N 24/72 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Fa. Diversified Marketing International GmbH, Frankfurt (Main), Darmstädter Landstr. Nr. 90, wird zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin

auf den 26. Mai 1972, um 9.15 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Gerichtsstr. 2, Saal 137, I. Stock, Gebäude B, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 12. 5. 1972

**Amtsgericht, Abt. 81**

**1744**

81 N 411/69 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Kommanditgesellschaft in Fa. Jakob Behle, Lederfabrik, Hofheim (Ts.), Lorsbacher Straße 62, wird zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 20. Juni 1972, um 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht in 6 Frankfurt (Main), Gerichtsstr. 2, I. Stock, Saal 137, Gebäude B, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 16. 5. 1972

**Amtsgericht, Abt. 81**

**1745**

81 N 230/71 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Gustav Behrend, 6056 Heusenstamm, Finkenstr. 27, alleiniger Inhaber der Firma Peter Zorbach, Damenhutgroßhandlung, 6 Frankfurt (Main), Kaiserstr. 74, wird neuer Termin zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und Abstimmung über einen Zwangsvergleichsvorschlag anberaumt auf den 9. Juni 1972, um 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Gerichtsstr. 2, Geb. B, I. Stock, Zimmer 137.

Der Zwangsvergleichsvorschlag ist in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts zur Einsicht für die Beteiligten niedergelegt.

6 Frankfurt (Main), 18. 5. 1972

**Amtsgericht, Abt. 81**

**1746**

42 N 24/71: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Fa. Sportheus Adria OHG Ott & Marcus, Hanau, Römerstr. 3, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf den 28. 6. 1972, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hanau, Nußallee 17, Zimmer 18, bestimmt.

645 Hanau, 17. 5. 1972

**Amtsgericht, Abt. 42**

**1747**

2 N 4/72: **Konkursverfahren** über das Vermögen der Firma Leder- und Pelzveredelung Wörsdorf GmbH, Wörsdorf/Ts.

Der auf den 6. 6. 1972 anberaumte Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen ist verlegt auf den 27. 6. 1972, um 9.30 Uhr, Zimmer 8.

627 Idstein (Ts.), 16. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1748**

5 N 6-7/72: Im Konkursverfahren Günther und Klaus Walter, Langen und Erzhäuser, wird der Prüfungstermin vom 31. 7. 1972 verlegt auf den 4. September 1972, um 9.00 Uhr, Saal 20 des Amtsgerichts.

607 Langen, 17. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1749**

5 N 25/67: Im Konkurs Gerhard Lüdecke, Dreieichenhain, Am Geisberg 13, ist Schlußtermin gemäß § 162 KO auf 3. Juli 1972, um 10.15 Uhr, im Amtsgericht Langen, Darmstädter Straße 27, Saal 20, bestimmt.

Weitere Tagesordnung ist die Anhörung der Gläubiger über die Erstattung von Auslagen und Vergütung der Mitglieder des Gläubigerausschusses und die Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 4640,— DM festgesetzt. Seine Vergütung als vorläufiger Vergleichsverwalter wird auf 1777,50 DM festgesetzt.

607 Langen, 18. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1750**

5 N 10/68: Im Konkurs Friedrich Hertel, Langen, Darmstädter Straße 12, ist Schlußtermin gemäß § 162 KO auf 3. Juli 1972, um 10.00 Uhr, im Amtsgericht Langen, Darmstädter Straße 27, Saal 20, bestimmt.

Weitere Tagesordnung ist die Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 800,— DM festgesetzt. Seine Vergütung als vorläufiger Vergleichsverwalter wird auf 160,— DM festgesetzt.

607 Langen, 18. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1751**

5 N 3/72 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Firma **Farbengroßhandel Lewenz & Dr. Schoeps KG i. L.**, Winkel (Rheingau), eingetragen in HRA 1075, wird heute, am 19. Mai 1972, um 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet, da sie zahlungsunfähig ist.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Herbert Zender, Geisenheim/Rhein, Zollstr. 19. Konkursforderungen sind bis zum 15. Juni 1972 beim Gericht anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Freitag, den 23. Juni 1972, um 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Rüdesheim/Rh., Gerichtsstr. 9, I. Stock, Zimmer 15.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 15. Juni 1972 anzeigen.

622 Rüdesheim (Rhein), 19. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1752**

1 N 7/71 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Soodener Bekleider GmbH, Herstellung und Vertrieb modischer Herrenhosen und modischer Herrenoberbekleidung**, in Bad Sooden-Allendorf, Am Bruch 2, vertreten durch ihren Geschäftsführer Bernd Kleyböcker, wird Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf Montag, den 12. Juni 1972, um 12.30 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgericht, Walburger Straße 38, Zimmer 117, anberaumt.

343 Witzenhausen, 16. 5. 1972 **Amtsgericht**

**Zwangsvolle Versteigerungen**

**Sammelbekanntmachung** Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Ver-

fahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

**1753**

K 2/70: Das im Grundbuch von Elbenrod, Band 4, Blatt 191, eingetragene Grundstück lfd. Nr. 1, Gemarkung Elbenrod, Flur 1, Flurstück 150, Hof- und Gebäudefläche, Obergasse 2, Größe 8,13 Ar,

soll am 12. Juli 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Alsfeld, Amthof 12, Zimmer 5, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. Februar 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Arbeiter und Landwirt Ludwig Peter und Ehefrau Marlene geb. Götz, Elbenrod, je zur Hälfte.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 8500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

632 Alsfeld, 3. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1754**

2 K 14/70: Das im Grundbuch von Helmighausen, Band 9, Blatt 251, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Helmighausen, Flur 1, Flurstück 226/1, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorfe, Haus Nr. 33, Größe 0,99 Ar,

soll am Mittwoch, 13. September 1972, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Arolsen, Rauchstraße 7, Zimmer 23 (Sitzungssaal) versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. August 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Glasarbeiter Ludwig Neuberger,  
b) dessen Ehefrau Erika Neuberger geb. Hoerold,

beide in Diemelstadt-Helmighausen Nr. 33, — je zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

3548 Arolsen, 8. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1755**

K 25/71: Das im Grundbuch von Kirchheim, Kreis Hersfeld, Band 26, Blatt 891 (Reichshaimstätte), eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Kirchheim, Flur 9, Flurstück 21/17, Hof- und Gebäudefläche, Breslauer Straße 29, Größe 5,73 Ar,

soll am 12. Juli 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Hersfeld, Dudenstraße 10, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. August 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Schlosser Bernhard Nettelbeck,  
b) seine Ehefrau Anna Nettelbeck geb. Berg, beide wohnhaft in Kirchheim, Breslauer Straße 29 — je zur ideellen Hälfte.

Als Werte sind nach § 74a Abs. 5 ZVG für das ganze Grundstück 55 000,— DM und je Grundstückshälfte 27 500,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

643 Bad Hersfeld, 3. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1756**

K 11/72: Das im Grundbuch von Lixfeld, Band 40, Blatt 1416, eingetragene Grundstück

Nr. 4, Gemarkung Lixfeld, Flur 4, Flurstück 174/2, Hof- und Gebäudefläche, Schelde-Lahn-Straße 36, Größe 5,71 Ar,

soll am Dienstag, dem 15. August 1972, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Bieden-

kopf Lahn, Hainstraße 72, Zimmer 110, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. März 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Lokführer Martin Schäfer in Lixfeld.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

356 Biedenkopf, 8. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1757**

61 K 84/70: Das im Grundbuch von Darmstadt, Bezirk III, Band 38, Blatt 1740, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Darmstadt, Flur 3, Flurstück 1064, Hof- und Gebäudefläche Kahlertstraße 28, Größe 3,25 Ar,

soll am 13. Juli 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, I. Stock, Saal 506, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 29. 10. 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Willi Schütz, Frankfurt am Main, jetzt wohnhaft in 65 Mainz, Am Kronberger Hof 1.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

61 Darmstadt, 10. 4. 1972

**Amtsgericht, Abt. 61**

**1758**

61 K 77/71: Die im Grundbuch von Darmstadt, Bezirk VI, Band 129, Blatt 5144, eingetragenen Grundstücke

Nr. 1, Gemarkung Darmstadt, Flur 107, Flurstück 158, Hof- und Gebäudefläche, Otto-Hesse-Str. 7, Größe 2,54 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Darmstadt, Flur 107, Flurstück 159, Hof- und Gebäudefläche, Otto-Hesse-Str. 9, Größe 98,95 Ar,

sollen am 17. August 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, I. Stock, Saal 506, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. 11. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Kaufmann Walter Hesse in Griesheim — zu  $\frac{1}{3}$  —,

b) Helene Chelius geb. Hessen, daselbst — zu  $\frac{1}{3}$  —,

c) Kaufmann Konrad Otto Karl Hesse, Darmstadt,

d) kaufm. Angestellter Otto Kurt Helmut Hesse, Darmstadt.

e) Helga Else Emmi Lulse Jopski geb. Hesse in Goddelau,

— zu c) bis e) in Erbengemeinschaft zu  $\frac{1}{3}$  —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

61 Darmstadt, 12. 4. 1972

**Amtsgericht, Abt. 61**

**1759**

8 K 58/70 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Hirzenhain, Band 40, Blatt 1390, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hirzenhain, Flur Nr. 18, Flurstück 160/9, Hof- und Gebäudefläche, Auf dem Gleichen, Größe 5,63 Ar,

soll am 12. Juli 1972, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstr. 7, Zimmer 18, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. Dezember 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Schlosser Jürgen Hörig und Erika geb. Schuhmacher in Hirzenhain — als Miteigentümer je zur ideellen Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 130 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

634 Dillenburg, 9. 5. 1972 **Amtsgericht**

### 1760

3 K 872: Das im Grundbuch von Grebendorf, Band 35, Blatt 1396, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Grebendorf, Flur 12, Flurstück 225/117, Hof- und Gebäudefläche, Kirchplatz 12, Größe 7,60 Ar,

soll am 28. September 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Eschwege, Bahnhofstraße 30, Zimmer 121, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. März 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks):  
a) Schmiedemeister Ernst Liewald,  
b) Ehefrau Helga Liewald geb. Broschat, Meinhard-Grebendorf, je zu 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

344 Eschwege, 2. 5. 1972 **Amtsgericht**

### 1761

3 K 35/71: Das im Grundbuch von Oberhone, Band 29, Blatt 1118, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Oberhone, Flur 2, Flurstück 62/3, Hof- und Gebäudefläche, Beim Semß, Größe 8,00 Ar,

soll am 21. September 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Eschwege, Bahnhofstr. 30, Zimmer 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. Oktober 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):  
a) Fräulein Heike Herold,  
b) Fräulein Elke Herold,

Oberhone, Holunderstrauch 11, je zu 1/2. Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

344 Eschwege, 3. 5. 1972 **Amtsgericht**

### 1762

3 K 18/71: Das im Grundbuch von Frankenhain, Band 30, Blatt 979, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Frankenhain, Flur 16, Flurstück 54/1, Hof- und Gebäudefläche, Die Hute, Haus Nr. 35 1/2, Größe 9,51 Ar,

soll am 10. August 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Eschwege, Bahnhofstr. 30, Zimmer 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 19. Mai 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Möbelkaufmann Otto Bornscheuer, Berkatal-Frankenhain.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

344 Eschwege, 2. 5. 1972 **Amtsgericht**

### 1763

84 K 93/71 — **Zwangsvollesteigerung:** Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Griesheim des Amtsgerichts Frankfurt (Main), Abt. Höchst, Band 92, Blatt 2439, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung 54, Flur 11, Flurstück 395/91, Hof- und Gebäudefläche, Auf der Beun 7, Größe 0,98 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung 54, Flur 11 Flurstück 396/88 Hof- und Gebäudefläche Auf der Beun 7, Größe 1,45 Ar,

am Mittwoch, dem 2. August 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Zimmer 137, I. Stock, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 3. 12. 1971 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Taxiunternehmer Heinrich

Möhl in Frankfurt (Main).

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 87 200,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 4. 5. 1972

**Amtsgericht, Abt. 84**

### 1764

84 K 91/71 und 84 K 5/72 —

**Zwangsvollesteigerung:** Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Bischofsheim des Amtsgerichts Frankfurt (Main), Band 85, Blatt 2985, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bischofsheim, Flur Nr. 20, Flurstück 54/3, Ackerland, Am langen See, Größe 6,73 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Bischofsheim, Flur Nr. 20, Flurstück 54/4, Hof- und Gebäudefläche Mainkurstraße, Größe 1,35 Ar,

am Mittwoch, dem 16. August 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, in Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Zimmer 137, I. Stock, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. 11. 1971 bzw. 14. 1. 1972 (Tag der Eintragung der Versteigerungsvermerke): Kaufmann Friedel Reitz in Bischofsheim.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 200 000,— DM

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 17. 5. 1972

**Amtsgericht, Abt. 84**

### 1765

5 K 7/70 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Allendorf/Eder, Band 62, Blatt Nr. 1806, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Allendorf, Flur Nr. 14, Flurstück 137/3, Hof- und Gebäudefläche, Freiherr-v.-Rotsmann-Str., Größe 6,37 Ar,

soll am 19. Juli 1972, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Geismarer Straße 22, Zimmer 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. Juli 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Willi Noll, Schneider in Allendorf/Eder.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG mit Beschluß vom 24. Nov. 1971 auf 213 644,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

3558 Frankenberg/Eder, 9. 5. 1972

**Amtsgericht**

### 1766

5 K 16/70 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Frankenau, Band 59, Blatt 2111, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Frankenau, Flur Nr. 28, Flurstück 56/3, Hof- und Gebäudefläche, Mengershäuser Straße, Größe 6,13 Ar,

soll am 12. Juli 1972, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Geismarer Straße 22, Zimmer 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 11. 1970/14. 5. 1971 (Tag der Versteigerungsvermerke): Eheleute Wilhelm und Sophie Engel in Frankenau.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG mit Beschluß vom 3. 8. 1971 auf 93 118,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen

3558 Frankenberg/Eder, 9. 5. 1972

**Amtsgericht**

### 1767

K 24/71: Das im Grundbuch von Ober-Rosbach, Band 39, Blatt 2310, eingetragene Grundstück

Nr. 15, Gemarkung Ober-Rosbach, Flur 5, Flurstück 350, Ackerland, Am Holzweg, Größe 58,77 Ar,

soll am 4. August 1972, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg/H., Homburger Str. Nr. 18, Zimmer Nr. 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 8. April 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ilse Margarete Schmidt geb. Engeland, Ehefrau des Kaufmanns Karl Schmidt 3., Muschenheim, Klosterweg 12.

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 114 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

636 Friedberg/H., 3. 5. 1972 **Amtsgericht**

### 1768

K 2/71: Die ideelle Hälfte des im Grundbuch von Bruchenbrücken, Band 22, Blatt Nr. 965, eingetragenen Grundstücks,

Nr. 1, Gemarkung Bruchenbrücken, Flur Nr. 1, Flurstück 623, Liegenschaftsbuch Nr. 584, Hof- und Gebäudefläche Ringstr., Größe 4,11 Ar,

soll am 21. Juli 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg/H., Homburger Straße 18, Zimmer 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 17. Februar 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Klaus-Dieter Waldherr, 636 Friedberg/H. — Stadtteil Bruchenbrücken, Ringstraße 17 —.

Der Wert der Grundstückshälfte wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 70 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 2. 5. 1972

**Amtsgericht**

### 1769

K 52/71: Die im Grundbuch von Ober-Rosbach, Band 38, Blatt 2273, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 1, Gemarkung Ober-Rosbach, Flur 4, Flurstück 58, Lieg.-B. 2219, Ackerland, Die Sang, Größe 11,43 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Ober-Rosbach, Flur 4, Flurstück 57, Lieg.-B. 2219, Ackerland, Die Sang, Größe 11,11 Ar,

Nr. 3, Gemarkung Ober-Rosbach, Flur 4, Flurstück 56, Lieg.-B. 2219, Ackerland, Die Sang, Größe 11,22 Ar,

Nr. 4, Gemarkung Ober-Rosbach, Flur 4, Flurstück 59, Lieg.-B. 2219, Ackerland, Die Sang, Größe 21,49 Ar,

sollen am 18. August 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg/H., Homburger Straße 18, Zimmer 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 3. August 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Betriebsberater Karl Bolle in Seulberg.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt:

a) bezügl. Nr. 1 auf 34 290,— DM,

b) bezügl. Nr. 2 auf 33 330,— DM,

c) bezügl. Nr. 3 auf 33 660,— DM,

d) bezügl. Nr. 4 auf 64 470,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 8. 5. 1972

**Amtsgericht**

**1770**

5 K 1/71: Die im Grundbuch von Haimbach, Band 9, Blatt 294, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 2, Gemarkung Haimbach, Flur 1, Flurstück 22/11, Lieg.-B. 161, Hof- und Gebäudefläche, Rodgeser Straße, Größe 6,77 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Haimbach, Flur 1, Flurstück 22/16, Lieg.-B. 161, Hof- und Gebäudefläche, Rodgeser Str. 22, Größe 5,90 Ar,

sollen am 13. Juli 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Königstraße 38, Zimmer Nr. 210, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 14. Januar 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kauffrau Marianne Landmann geb. Theis in Fulda.

Der Verkehrswert der Grundstücke ist wie folgt festgesetzt worden: lfd. Nr. 2 auf 96 000,— DM, lfd. Nr. 5 auf 160 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

64 Fulda, 19. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1771**

K 75 71 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Bad Orb, Band 128, Blatt 5461, eingetragene Grundstück — zu 1/2 —

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bad Orb, Flurstück 3955, Wiese Winterberg, Größe 12,30 Ar,

soll am Freitag, dem 21. Juli 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Str. 9, Zimmer 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. Dezember 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Peter Höntsch, geb. am 17. 8. 1938, Frankfurt/Main-Ginnheim, Fuchshohl Nr. 45 — zu 1/2-Anteil —.

Der Wert der Grundstückshälfte wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 922,50 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

64 Gelnhausen, 16. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1772**

2 K 64/71: Das im Grundbuch von Nauheim, Band 64, Blatt 2832, eingetragene Grundstück,

Nr. 15, Gemarkung Nauheim, Flur 4, Flurstück 143 1, Ackerland, Im Feldchen, Größe 22,48 Ar,

soll am 4. Juli 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Oppenheimer Straße 4, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. 12. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Erwin Bolbach, 6085 Nauheim, Hügelstr. 10.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

608 Groß-Gerau, 15. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1773**

3 K 16/70: Die im Grundbuch von Dorchheim, Band 1, Blatt 9, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 10, Flur 3, Flurstück 113, Hof- und Gebäudefläche Mainzer Landstr. 15, Größe 11,54 Ar,

lfd. Nr. 18, Flur 14, Flurst. 99, Grünland In der unteren Holzwies, Größe 39,58 Ar,

lfd. Nr. 24, Flur 3, Flurst. 87/1, Gartenland Im Oberdorf, Größe 0,65 Ar, Flur 3, Flurst. 84/4, Hof- und Gebäudefläche Mainzer Landstraße 16, Größe 0,02 Ar,

lfd. Nr. 26, Flur 3, Flurst. 112/3, Hof-

und Gebäudefläche Mainzer Landstraße, Größe 9,29 Ar, Gartenland Mainzer Landstraße, Größe 18,32 Ar,

lfd. Nr. 27, Flur 3, Flurst. 114/2, Gartenland Mainzer Landstraße, Größe 1,00 Ar, sollen am 13. 7. 1972, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gymnasiumstr. 8, Zimmer 7, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 10. 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks):

2 b Karl Oppermann in Dorchheim, geb. 1913,

c Mechaniker Hugo Oppermann in Dorchheim, geb. 8. 3. 1918,

zu b u c in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6253 Hadamar, 9. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1774**

K 6/71: Das im Grundbuch von Caßdorf, Band 15, Blatt 227, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Caßdorf, Flur 7, Flurstück 65/19, Hof- und Gebäudefläche, Auenweg 11, Größe 10,59 Ar,

soll am 4. August 1972, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Homberg, Bez. Kassel, Obertorstr. 9, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. Juli 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Arbeiter Horst Stirn und Emma geb. Mergardt, in Caßdorf, Auenweg 11.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

3588 Homberg (Bez. Kassel), 27. 4. 1972 **Amtsgericht**

**1775**

K 17/71: Die im Grundbuch von Hofaschenbach, Band 8, Blatt 301, eingetragenen Grundstücke

Nr. 22, Gemarkung Hofaschenbach, Flur Nr. 9, Flurstück 16, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorf, Haus Nr. 21, Größe 13,16 Ar,

Nr. 23, Gemarkung Hofaschenbach, Flur Nr. 2, Flurstück 33, Ackerland, Am Hahl, Größe 62,68 Ar,

Nr. 24, Gemarkung Hofaschenbach, Flur Nr. 3, Flurstück 11, Ackerland, Am Linsberg, Größe 60,44 Ar,

Nr. 25, Gemarkung Hofaschenbach, Flur Nr. 7, Flurstück 26, Grünland, Auf der Stirn, Größe 31,47 Ar,

Nr. 27, Gemarkung Hofaschenbach, Flur Nr. 11, Flurstück 26, Ackerland, Am Kapellenberg, Größe 145,86 Ar,

Nr. 28, Gemarkung Hofaschenbach, Flur Nr. 19, Flurstück 14, Grünland, Im Ried, Größe 3,84 Ar,

Nr. 29, Gemarkung Silges, Flur 2, Flurstück 17, Grünland, Im Wolferts, Größe 38,80 Ar,

Nr. 30, Gemarkung Hofaschenbach, Flur Nr. 11, Flurstück 5, Ackerland, Am Kapellenberg, Größe 56,61 Ar,

Nr. 31, Gemarkung Hofaschenbach, Flur Nr. 15, Flurstück 10, Grünland, In der Rothwiese, Größe 20,58 Ar,

Nr. 32, Gemarkung Hofaschenbach, Flur Nr. 8, Flurstück 19/1, Ackerland, Im Röthfeld, Größe 14,99 Ar,

sollen am 21. September 1972, um 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Hünfeld, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 31. Januar 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Paula Leibold geb. Möller, verstorben am 17. April 1967, zuletzt wohnhaft gewesen

in Hofaschenbach.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6418 Hünfeld, 8. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1776**

K 16 71: Die im Grundbuch von Michelsrombach, Band 17, Blatt 555, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Michelsrombach, Flur 9, Flurstück 43, Ackerland, Am Galgenberg, Größe 59,32 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Michelsrombach, Flur 8, Flurstück 65, Hof- und Gebäudefläche, Fuldaer Straße 91, Größe 14,65 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Michelsrombach, Flur 4, Flurstück 56 3, Ackerland, Romberg, Größe 105,95 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Michelsrombach, Flur 9, Flurstück 6, Ackerland, Am Galgenberg, Größe 103,56 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Michelsrombach, Flur 14, Flurstück 6, Grünland, Wald (Holzung), Kallbach, Größe 104,49 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Michelsrombach, Flur 14, Flurstück 1, Ackerland, Kallbach, Größe 93,00 Ar,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Michelsrombach, Flur 9, Flurstück 103, Grünland, Ackerland, Am Galgenberg, Größe 198,30 Ar,

sollen am 7. September 1972, um 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Hünfeld, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 31. Dezember 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Land- und Gastwirt Adalbert Jüngst in Michelsrombach.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6418 Hünfeld, 2. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1777**

51 K 5 72: Das im Grundbuch von Kassel, Band 352, Blatt 8744, eingetragene Grundstück, Bestandsverzeichnis

lfd. Nr. 18, Gemarkung Kassel, Flur M 1, Flurstück 41/3, Lieg.-B. 1241, Hof- und Gebäudefläche, Weserstraße 29, Größe 6,78 Ar,

soll am 20. September 1972, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 9, Zimmer 106, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 25. 1. 1972 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Kraftfahrer Wilhelm Körber in Kassel,

b) Ehefrau Martha Knipping geb. Körber in Kassel,

c) Witwe Auguste Körber geb. Werner in Kassel,

d) Fußbodenleger Walter Körber in Kassel,

e) Fuhrunternehmer Rudi Körber in Kassel,

— in Erbengemeinschaft —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 2. 5. 1972 **Amtsgericht**

**1778**

5 K 41/71 — **Terminbestimmung zur Zwangsversteigerung:** Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Halgehausen belegene, im Grundbuch von Halgehausen, Blatt 148, eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück,

am Mittwoch, dem 12. Juli 1972, um 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Kirchhain, Zimmer 20, versteigert werden:

lfd. Nr. 1, Flur 6, Flurstück 46, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorf, Haus Nr. 5, Größe 17,89 Ar.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist

am 9. Dezember 1971 in das Grundbuch eingetragen worden.

Als Eigentümer waren damals der Bauunternehmer Wilhelm Seibel und Frau Elisabeth Seibel geb. Adel, beide in Halgehausen — je zur Hälfte — eingetragen.

Durch rechtskräftigen Beschluß des Amtsgerichts Kirchhain vom 27. März 1972 ist gem. § 74a Abs. 5 ZVG der Wert des Grundstücks auf 59 734,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

357 Kirchhain (Bz. Kassel), 18. 5. 1972  
**Amtsgericht**

**1779**

K 29/71 — **Zwangsversteigerung:** Die im Grundbuch von Volkartshain, Band 7, Blatt 304, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Volkartshain,

Ifd. Nr. 1, Fl. 1, Nr. 327, Grünland, im Baumgarten, Größe 19,87 Ar;

Ifd. Nr. 2, Fl. 1, Nr. 336, Gartenland, Auf der Kühgaß, Größe 2,39 Ar,

Ifd. Nr. 3, Fl. 1, Nr. 352, Grünland, Unterm Dorfe, Größe 11,10 Ar,

Ifd. Nr. 4, Fl. 2, Nr. 23, Ackerland, Auf dem Berg, Größe 56,98 Ar,

Ifd. Nr. 5, Fl. 2, Nr. 55, Ackerland, Grünland, Auf den Trieschern, Größe 105,02 Ar,

Ifd. Nr. 6, Fl. 2, Nr. 73, Ackerland, Bei der Wildhütte, Größe 96,79 Ar,

Ifd. Nr. 7, Fl. 4 Nr. 212, Grünland. In den Hessenwiesen, Größe 98,54 Ar,

Ifd. Nr. 8, Fl. 4, Nr. 236, Ackerland, Unter dem neuen Weg, Größe 127,70 Ar,

Ifd. Nr. 9, Fl. 5 Nr. 36, Grünland, In den Ellern, Größe 67,12 Ar,

Ifd. Nr. 10, Fl. 6, Nr. 14, Ackerland, Grünland, Die Hundsäcker, Größe 23,27 Ar,

Ifd. Nr. 11, Fl. 7, Nr. 5, Ackerland, Grünland, Die Seife, Größe 106,97 Ar,

laufende Nr. 12, Fl. 1, Nr. 337, Gartenland, Auf der Kühgaß, Größe 1,88 Ar,

Ifd. Nr. 13, Fl. 1 Nr. 9/1, Hof- und Gebäudefläche im Ort, Haus Nr. 20, 21, Größe 4,67 Ar,

sollen am 6. Sept. 1972, um 9.15 Uhr, im Gerichtsgebäude in Lauterbach, Königsberger Straße 8, Zimmer 103 (Sitzungssaal) durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 15. Dez. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Landwirt Heinrich Winter II. in Volkartshain.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt für Ifd. Nr. 1 auf 2000,— DM, Ifd. Nr. 2 auf 250,— DM, Ifd. Nr. 3 auf 1100,— DM, Ifd. Nr. 4 auf 1700,— DM, Ifd. Nr. 5 auf 5250,— DM, laufende Nr. 6 auf 3000,— DM, laufende Nr. 7 auf 3000,— DM, Ifd. Nr. 8 auf 5100,— DM, Ifd. Nr. 9 auf 3400,— DM, Ifd. Nr. 10 auf 1000,— DM, Ifd. Nr. 11 auf 3000,— DM, laufende Nr. 12 auf 200,— DM und Ifd. Nr. 13 auf 76 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6420 Lauterbach/Hessen), 16. 5. 1972  
**Amtsgericht**

**1780**

K 30/71 — **Zwangsversteigerung:** Die im Grundbuch von Rixfeld, Band 8, Blatt 258, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Rixfeld,

laufende Nr. 3, Fl. 13, Nr. 19, Ackerland, Das Lohfeld, Größe 61,13 Ar,

laufende Nr. 4, Fl. 10, Nr. 35/3, Grünland daselbst, Größe 12,27 Ar,

laufende Nr. 6, Fl. 3, Nr. 19, Ackerland, Der Schafacker, Größe 17,86 Ar,

sollen am 20. Sept. 1972, um 9.15 Uhr, im Gerichtsgebäude in Lauterbach, Königsberger Straße 8, Zimmer 103 (Sitzungssaal) durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 23. Dez. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Hans Eiffert in Rixfeld.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt für Fl. 13, Nr. 19 auf 2140,— DM, für Fl. 10, Nr. 35/3 auf 300,— DM, für Fl. 3, Nr. 19, auf 625,— DM

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6420 Lauterbach (Hessen), 15. 5. 1972  
**Amtsgericht**

**1781**

7 K 56 71 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Bürgeln, Band 30, Blatt 1044, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Bürgeln, Flur 9, Flurstück 64/41, Hof- und Gebäudefläche, Hinter den Höfen, Größe 5,24 Ar,

soll am 3. August 1972, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Marburg L., Universitätsstr. 48, Zimmer 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. 10. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Maschinenschlosser Erwin Fiebiger und dessen Ehefrau Ruth Fiebiger, geb. Steffen, in Bürgeln — zu je 1/2 Anteil —

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 85 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

355 Marburg, 7. 3. 1972  
**Amtsgericht**

**1782**

7 K 1 71 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Leidenhofen, Band 25, Blatt 850, eingetragenen Grundstücke

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Leidenhofen, Flur 3, Flurstück 12, Hof- und Gebäudefläche, Am Zollstock 105, Größe 6,00 Ar,

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Leidenhofen, Flur 5, Flurstück 107/54, Hof- und Gebäudefläche, Am Rübenstein 15, Größe 6,11 Ar,

Ifd. Nr. 3, Gemarkung Leidenhofen, Flur 5, Flurstück 111/56, Hof- und Gebäudefläche, Am Rübenstein 15, Größe 0,05 Ar,

Ifd. Nr. 4, Gemarkung Leidenhofen, Flur 5, Flurstück 112/56, Hof- und Gebäudefläche, Am Rübenstein 15, Größe 0,02 Ar,

Ifd. Nr. 5, Gemarkung Leidenhofen, Flur 5, Flurstück 108/63, Hof- und Gebäudefläche, Am Rübenstein 15, Größe 0,02 Ar,

sollen am 24. August 1972, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Universitätsstraße 48, Zimmer 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 15. 1. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Dachdecker Johann Herbert Merckel, Leidenhofen Nr. 17.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 8000,— DM (zu Ifd. Nr. 1), auf 24 000,— DM ( zu Ifd. Nrn. 2 bis 5).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

355 Marburg, 22. 3. 1972  
**Amtsgericht**

**1783**

K 47/71: Das im Grundbuch von Höchst/Odw., Band 50, Blatt 2130, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Flur 4, Flurstück 63, Hof- und Gebäudefläche, Nonnenweg 47, Größe 8,28 Ar,

soll am 1. August 1972, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Michelstadt durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. Oktober 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Werner Volk, Höchst.

Wert gem. § 74a ZVG: 98 310,— DM.

Bieter müssen unter Umständen damit rechnen, im Termin 1/10 ihres Gebots in barem Geld zu hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

612 Michelstadt, 4. 5. 1972  
**Amtsgericht**

**1784**

K 1 72: Das im Grundbuch von Langen-Brombach, Band 11, Blatt 425, eingetragene Grundstück,

Nr. 8, Flur 1, Flurstück 99, Bauplatz (Rohbau), Dammweg, Größe 10,69 Ar,

soll am 20. Juli 1972, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Michelstadt, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. Januar 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1 a) Wilhelm Julius Stephan,

b) Gerlinde Margarethe Klara, geb. Eidenmüller zu je 1/2.

Wert nach § 74a ZVG: 60 000 DM.

Bieter müssen u. U. damit rechnen, im Termin 1/10 ihres Gebots in barem Geld zu hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

612 Michelstadt, 17. 5. 1972  
**Amtsgericht**

**1785**

K 4/71: Das im Grundbuch von Breunings, Band 5, Blatt 123, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Breunings, Flur F, Flurstück 48/1, Ackerland, Hutung, Das Waitzenfeld, Größe 107,82 Ar,

soll am 25. Juli 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schlüchtern, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 21. Juni 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Organisationsleiter Erich Maul in Lindheim, Kreis Büdingen.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 4312,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

649 Schlüchtern, 15. 5. 1972  
**Amtsgericht**

**1786**

4 K 16/71 — **Beschluß:** I. Das im Erbbaugrundbuch von Merzhausen, Band 18, Blatt 610, eingetragene Erbbaurecht:

Nr. 1, Erbbaurecht, eingetragen auf dem im Grundbuch von Merzhausen, Band 1, Blatt 17, unter Nr. 177, des Best.-Ver. verzeichneten Grundstück: Gem. Merzhausen, Flur 6, Flurstück 119, Bauplatz, Schießhütte, Größe 7,56 Ar,

in Abt. II Nr. 83 für die Dauer von 99 Jahren seit 1. Jan. 1969.

Der Erbbauberechtigte bedarf zur Veräußerung sowie zur Belastung des Erbbaurechts der Zustimmung des Grundstückseigentümers. Als Eigentümer des belasteten Grundstücks ist die Evangelische Kirchengemeinde in Merzhausen/Ts. eingetragen,

sohl am Donnerstag, dem 27. Juli 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen (Ts.), Weilburger Str. 2, Zimmer 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Erbbauberechtigte am 29. April 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Magdalena Schmitt geb. Simshäuser in Wiesbaden.

Der Wert des Erbbaurechts ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 22 000,— Deutsche Mark.

II. Der Versteigerungstermin vom 25. Mai 1972 ist aufgehoben.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

639 Usingen (Ts.), 5. 5. 1972 **Amtsgericht**

### 1787

4 K 8 71 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Kransberg-Friedrichsthal, Band 42, Blatt 1408, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kransberg-Friedrichsthal, Flur 3, Flurstück 329, Bauplatz im Banggarten 20, Größe 9,00 Ar, soll am Donnerstag, dem 17. August 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen/Ts., Weilburger Straße 2, Zimmer Nr. 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. Febr. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Rundfunk- und Fernsehtechniker Karl-Heinz Müller, Kronberg, nunmehr Waldbüttelbrunn.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 15 300,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

639 Usingen (Ts.), 15. 5. 1972 **Amtsgericht**

### 1788

3 K 68 71: Das im Grundbuch von Reiskirchen, Band 35, Blatt 1195, eingetragene Grundstück

Nr. 4, Gemarkung Reiskirchen, Flur 16, Flurstück 12/2, Hof- und Gebäudelfläche, Im Ahlen 22, Größe 6,40 Ar,

soll am 12. Juli 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 1. 11. 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Manfred Becker, Reiskirchen.

**Beschluß:** Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG auf Grund der ortsgerichtlichen Schätzung gegenüber allen am Verfahren Beteiligten auf 52 300,— Deutsche Mark festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

633 Wetzlar, 5. 5. 1972 **Amtsgericht**

### 1789

1 K 16 70: Die im Grundbuch von Rommerode, Band 27, Blatt 858, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 2, Gemarkung Rommerode, Flur 9, Flurstück 20/3, Hof- und Gebäudelfläche, Walburgerstraße 6, Größe 16,44 Ar,

Nr. 9, Gemarkung Rommerode, Flur 1, Flurst. 49/28, Bauplatz, Fuchshecke, Größe 7,99 Ar,

Nr. 10, Gemarkung Rommerode, Flur 1, Flurst. 49/29, Gartenland, daselbst, Größe 3,21 Ar,

sollen am 17. Juli 1972, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Walburgerstraße 38, Zimmer 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. Juni 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Fleischermeister Oltmar Reuß und dessen Ehefrau Brigitte Reuß, geb. Hildmann, in Rommerode — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 213 366,25 DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

343 Witznhausen, 17. 5. 1972 **Amtsgericht**

### 1790

1 K 4 72: Das im Grundbuch von Großalmerode, Band 70, Blatt 2370, einge-

tragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Großalmerode, Flur Nr. 24, Flurstück 4 2, Hof- und Gebäudelfläche und Gartenland, Bahnhofstraße 17, Größe 29,23 Ar,

soll am 10. Juli 1972, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Walburgerstr. 38, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 25. Februar 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) kaufm. Angestellter Karl Krück,
- b) Ehefrau Ursula Krück, geb. Liphardt,

in Großalmerode — je zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

343 Witznhausen, 9. 5. 1972 **Amtsgericht**

### 1791

2 K 18 71 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Zierenberg, Band 41, Blatt 1626, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Zierenberg, Flur Nr. 7, Flurstück 1 32, Bauplatz, Am Wurzelweg, Größe 12,39 Ar,

soll am 12. September 1972, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gerichtsstraße 5, Zimmer 13, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 9. September 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Soldat Siegfried Kossahl in Fritzlär.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 22 300,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ (merks): Soldat Siegfried Kossahl in Fritzlär wird hingewiesen.

3549 Wolfhagen, 26. 4. 1972 **Amtsgericht**

## Andere Behörden und Körperschaften

### 1792

**Kraftloserklärung der Genehmigungen zur Ausführung von Ausflugsfahrten mit Kraftomnibussen und den Verkehr mit Mietomnibussen**

Die Genehmigungsurkunden Nr. 233/1967 und Nr. 234/1967 zur Ausführung von Ausflugsfahrten mit Kraftomnibussen und den Verkehr mit Mietomnibussen nach §§ 48 Abs. 1 und 49 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. 3. 1961 (BGBl. I S. 241), ausgestellt am 24. Mai 1967 auf den

**Verkehrsunternehmer Edgar Hemming,**  
6451 Zellhausen, Aussiger Straße 8,

werden gemäß § 17 Abs. 7 PBefG für kraftlos erklärt.  
61 Darmstadt, 9. 5. 1972

**Der Regierungspräsident**  
IV/2 — 66f 02/07 — H — (1)

## Öffentliche Ausschreibungen

### 1793

**Bad Hersfeld:** Die Bauleistungen für den Ausbau und die Verlegung der K 36 in Schwalmstadt, OD Florshain, Kreis Ziegenhain, zw. km 1,140 und km 2,554, sollen vergeben werden.

**Leistungen u. a.:**  
ca. 30 000 cbm Erdarbeiten  
ca. 4 000 cbm Frostschutzmaterial  
ca. 8 500 qm bit. Unterbau, Körnung 0/35, 290 kg/qm  
ca. 8 500 qm Asphaltbinder, Körnung 0/18, 100 kg/qm  
ca. 8 500 qm Asphaltfeinbeton, Körnung 0/8, 84 kg/qm  
und sonstige Nebenarbeiten.

**Bauzeit: 312 Werktage.**

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen. Angebotsunterlagen sind bis zum 12. Juni unter Beifügung der Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 20,— DM für zwei Ausfertigungen anzufordern.

Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6753, oder bei der Kreis- und Stadtparkasse Bad Hersfeld, Konto Nr. 301, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

**Eröffnungstermin:** 27. Juni 1972, um 10.00 Uhr, im Gebäude des Hess. Straßenbauamtes Bad Hersfeld, Hubertusweg 19. **Zuschlags- und Bindefrist:** 31. Juli 1972.

643 Bad Hersfeld, 19. 5. 1972

**Hessisches Straßenbauamt**

### 1794

**Bad Hersfeld.** Die Arbeiten für den Neubau eines Viehdurchlasses im Zuge der Bundesstraße Nr. 3 in der Ortsdurchfahrt Gilsberg, Bau-km 0,4 + 44,50

**Auszuführen sind:**

ca. 700 cbm Baugrubenaushub  
ca. 140 cbm Beton und Stahlbeton  
ca. 10 t Betonstahl  
ca. 240 qm senkrechte Isolierung  
sowie sonstige Arbeiten.

**Bauzeit: 60 Werktage.**

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen sind bis zum 9. Juni 1972 unter Beifügung der Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 20,— DM für 2 Ausfertigungen schriftlich anzufordern.

Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6753 oder Kreis- und Stadtparkasse Bad Hersfeld Nr. 301 unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

**Eröffnungstermin** ist am 20. Juni 1972, um 11.00 Uhr, im Gebäude des Hessischen Straßenbauamtes Bad Hersfeld, Hubertusweg 19.

643 Bad Hersfeld, 16. 5. 1972



**1795**

**Darmstadt:** Die Bauleistungen zum Ausbau der L 3317 in der OD Götzenhain von km 6,173 bis km 5,710 und des Knotenpunktes L 3317/K 173, km 6,361 bis km 6,476 und km 3,553 bis km 3,611 sollen vergeben werden.

**Leistungen u. a.:**

- ca. 5500 qm Kofferaushub i. M. 70 cm tief
- ca. 5000 qm Frostschuttkies i. M. 56 cm dick
- ca. 5000 qm bit. Tragschicht i. M. 12 cm dick
- ca. 5000 qm untere Binderschicht i. M. 5 cm dick
- ca. 5000 qm obere Binderschicht i. M. 3,5 cm dick
- ca. 5000 qm Asphaltfeinbeton 0/8 mm i. M. 3,5 cm dick
- ca. 1300 lfd. m Rinnenplatten 50 cm breit
- ca. 1300 lfd. m Hochbordsteine
- ca. 3000 qm Verbundsteinpflaster und sonstige Nebenarbeiten.

**Bauzeit:** 150 Werkstage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab sofort anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 10,— DM die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto Nr. 355 99 beim Postscheckamt Frankfurt/M., mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen L 3317, OD Götzenhain“.

**Eröffnung:** Mittwoch, den 7. 6. 1972, um 10.00 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 18 Werkstage.

61 Darmstadt, 10. 5. 1972

Hessisches Straßenbauamt

**1796**

**Eschwege:** Die Bauleistungen für den Ausbau der Kreisstraße Nr. 52, km 4,750 bis km 5,200 in der Ortslage Altenbrunlar, Kreis Meisingen, Baulänge rd. 450 m und Anschlüsse, sollen vergeben werden.

**Leistungen u. a.:**

- rd. 300 cbm Mutterboden abtragen,
- rd. 1300 cbm Erdbewegung,
- rd. 820 cbm 1. Tragschicht, Kies 0,2/50 mm mind. (24 cm dick),
- rd. 280 cbm 2. Tragschicht, Basaltmaterialien 0/35 mm (10 cm dick),
- rd. 2700 qm bit. 3. Tragschicht 0/35 mm (10 cm dick),
- rd. 2700 qm Asphaltbinderschicht 0/12 mm (3,5 cm dick),
- rd. 2700 qm Asphaltfeinbetondeckschicht 0/8 mm (2,5 cm dick),

und sonstige Nebenarbeiten.

**Bauzeit:** 230 Werkstage einschl. Winterunterbrechung.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen sind bis spätestens 31. 5. 1972 anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 15,— DM ist beizufügen.

Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt/Main 6753 oder Konto Nr. 301 bei der Kreis- und Stadtparkasse Bad Hersfeld oder Konto Nr. 532 015 01 bei der Landeszentralbankstelle in Bad Hersfeld unter Angabe „Ortslage Altenbrunlar Kreisstraße Nr. 52“ einzuzahlen.

**Eröffnungstermin:** Eschwege, den 21. 6. 1972, um 10.00 Uhr, beim Hess. Straßenbauamt Eschwege, Friedrich-Wilhelm-Str. 52. Zuschlags- und Bindefrist beträgt 24 Werkstage.

344 Eschwege, 18. 5. 1972

Hessisches Straßenbauamt

**1797**

**Hanau:** Für den Bau der Bundesautobahn A 80 Frankfurt—Fulda im Teilabschnitt der „Großen Dreispitze“ nordöstlich von Hanau sollen die Arbeiten zur Herstellung der Überführung eines HW-Weges bei Hanau vergeben werden.

Das Spannbetonwerk ist ca. 60,00 m lang, ca. 11,00 m breit und max. ca. 9,50 m hoch.

Auszuführen sind alle erforderlichen Arbeiten.

Die Bauzeit beträgt ca. 8 Monate.

Baubeginn ungefähr Mitte November.

Die Ausschreibungsunterlagen sind mit Angabe ob Postversand oder Abholung gegen Vollmacht, bis zum 8. Juni 1972 anzufordern. Die Ausgabe erfolgt ab 19. Juni 1972, von 9.00 bis 16.00 Uhr.

Für 2 Ausfertigungen der Ausschreibungsunterlagen ist eine Quittung über 25,— DM der Anforderung beizufügen. Wird eine Großformatpause des Bauwerksplanes gewünscht, so sind weitere 5,— DM zu überweisen.

Firmen, die noch nicht im Besitz des Hessischen Bauleistungsbuches für Kunstbauten sind, haben zusätzlich einen Betrag von 35,— DM zum einmaligen Erwerb zu überweisen.

Eine Rückerstattung der eingezahlten Beträge ist in keinem Falle möglich.

Einzahlungen werden bei der Staatskasse Frankfurt, Postscheckkonto 6821 Frankfurt a. M., mit Angabe „Ausschreibungsunterlagen für die Überführung eines HW-Weges bei Hanau, Bwk K 18-1/101“, erbeten.

Bauwerksnummer ist unbedingt anzugeben.

**Eröffnungstermin:** Dienstag, den 1. August 1972, um 10.00 Uhr, 645 Hanau a. M., Engelhardstraße 21.

645 Hanau (M.), 18. 5. 1972

Bauabteilung Main — Fulda  
Abt. Brücken- u. Ingenieurbau

**1798**

**Darmstadt:** Brückenbauarbeiten: Die Bauleistungen für das Brückenbauwerk K 216 Unterführung BAB A 15 im BAB-Kreuz Offenbach im Zuge der BAB-Neubauabschnitte Bad Homburg—Darmstadt A 91 sollen vergeben werden.

**Leistungen u. a.:**

- ca. 4000 cbm Erdaushub
  - ca. 400 qm Spundwände
  - ca. 6000 cbm Stahlbeton
  - ca. 400 t Stahl I und III
  - ca. 160 t Spannstahl
- und sonstige Arbeiten.

**Bauzeit:** 500 Werkstage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Angebotsunterlagen sind bis zum 7. 6. 72 anzufordern; sie werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 42,— DM portofrei zugestellt.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Darmstadt, Neckarstr. 3a, Postscheckkonto Frankfurt (Main), Nr. 355 99 unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

**Eröffnungstermin** ist am 29. 6. 1972, um 11.00 Uhr, im Sitzungszimmer (Nr. 323/24) des Straßen-Neubauamtes Hessen-Süd, Darmstadt, Rheinstr. 19/21. Zuschlags- und Bindefrist: 1. 10. 1972.

61 Darmstadt, 18. 5. 1972

Straßen-Neubauamt Hessen-Süd

**1799**

**Hanau:** Ausbau der L 3180 zwischen Schlüchtern und Herolz im Landkreis Schlüchtern von km 1,181 bis km 1,931.

**Leistungen u. a.:**

- 2500 cbm Erdaushub
  - 12000 cbm Dammschüttmaterial liefern und einbauen
  - 3000 cbm Frostschuttmaterial
  - 6000 qm bit. Tragschicht 0/35 mm (12 cm dick)
  - 5900 qm Asphaltbinder 0/25 mm (5 cm dick)
  - 5900 qm Asphaltbinder 0/18 mm (3,5 cm dick)
  - 5800 qm Asphaltfeinbeton 0/8 mm (3,5 cm dick)
  - 750 lfd. m Gehwegbefestigung (2,25 m breit)
- und umfangreiche Nebenarbeiten

**Bauzeit:** 200 Werkstage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis zum 6. Juni 1972 anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 15,— DM, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Frankfurt a. M., Postscheckkonto 6821 beim Postscheckamt Frankfurt a. M., mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen Ausbau der L 3180 Schlüchtern—Herolz“.

**Eröffnungstermin:** Dienstag, den 20. Juni 1972, um 10.00 Uhr, im Verhandlungsraum des unterzeichneten Amtes. Die Zuschlags- und Bindefrist: 11. Juli 1972.

645 Hanau, 19. 5. 1972

Hessisches Straßenbauamt

**1800**

**Fulda:** Durch das Hessische Straßenbauamt Fulda werden die Arbeiten — Abbruch und Neubau einer Brücke über die Jossa in der Ortslage Jossa im Zuge des Ausbaues der L 3079 in Baustat. 0 + 155,58 vergeben.

**Auszuführen sind:**

- rd. 450 cbm Baugrubenaushub
- rd. 50 cbm Baugrundverbesserung
- rd. 40 cbm Stahlbeton B 225
- rd. 80 cbm Stahlbeton B 300
- rd. 8 t Betonstahl III b
- rd. 200 qm Abdichtung der erdberührten Flächen und Abbruch des vorhandenen Bauwerkes.

Der Ausschreibung der vorstehend bezeichneten Lieferungen und Leistungen liegt der vom hiesigen Amt aufgestellte Brückenplan zugrunde.

Mit den Bauarbeiten soll am 1. 8. 1972 begonnen werden und diese am 27. 10. 1972 beendet sein.

Die Bieter müssen den Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen genügen. Die Angebotsunter-



lagen werden in zweifacher Ausfertigung zum Preis von 20,— DM abgegeben. Dieser Betrag ist bei der Staatskasse Fulda, Post-scheckkonto Ffm. Nr. 6749 unter Angabe der Zweckbestimmung — Abbruch und Neubau einer Brücke über die Jossa in der Orts-lage Jossa im Zuge des Ausbaues der L 3079 — einzuzahlen. Die Quittung über die erfolgte Einzahlung bei der Entgegennahme der Unterlagen, welche ab Donnerstag, den 25. 5. 1972, zur Ver-fügung stehen, vorzulegen.

Der **Eröffnungstermin** findet am 13. Juni 1972, um 10.00 Uhr, beim Hessischen Straßenbauamt Fulda, Schillerstr. 8, statt. Das Ende der Zuschlags- und Bindefrist wird auf den 10. Juli 1972 festgelegt

64 Fulda, 17. 5. 1972

Hessisches Straßenbauamt

**1801**

Fulda: Durch das Hessische Straßenbauamt Fulda werden die Arbeiten — Abbruch und Neubau des Mühlgrabendurchlasses in der Ortslage Engelhelms im Zuge des Ausbaues der K 54 zwi-schen Edelzell und der K 55 in Baustat. 1 + 220,00 — vergeben.

Auszuführen sind:

- rd. 130 cbm Baugrubenaushub
- rd. 25 cbm Stahlbeton B 225
- rd. 25 cbm Stahlbeton B 300
- rd. 8 t Betonstahl III b
- rd. 100 qm Abdichtung der erdberührten Flächen und Ab-bruch des vorhandenen Durchlasses

Der Ausschreibung der vorstehend bezeichneten Lieferungen und Leistungen liegt der vom hiesigen Amt aufgestellte Brük-kenplan zugrunde.

Mit den Bauarbeiten soll am 7. 8. 1972 begonnen werden und diese am 3. 11. 1972 beendet sein.

Die Bieter müssen den Bewerbungsbedingungen der Straßen-bauverwaltung des Landes Hessen genügen. Die Angebotsunter-lagen werden in 2facher Ausfertigung zum Preis von 20,— DM abgegeben. Dieser Betrag ist bei der Staatskasse Fulda, Post-scheckkonto Ffm. Nr. 6749 unter Angabe der Zweckbestimmung — Abbruch und Neubau des Mühlgrabendurchlasses in der Orts-lage Engelhelms im Zuge des Ausbaues der K 54 zwischen Edel-zell und der K 55 in Baustat. 1 + 220,00 — einzuzahlen. Die Quit-tung über die erfolgte Einzahlung ist bei Entgegennahme der Unterlagen, welche ab Montag, den 29. 5. 1972 zur Verfügung stehen, vorzulegen.

Der **Eröffnungstermin** findet am 20. Juni 1972, um 10.00 Uhr, beim Hessischen Straßenbauamt Fulda, Schillerstr. 8, statt. Das Ende der Zuschlags- und Bindefrist wird auf den 17. Juli 1972 festgesetzt.

64 Fulda, 17. 5. 1972

Hessisches Straßenbauamt

**1802****Stadt Hochheim am Main**

Bei der Stadt Hochheim am Main ist zum baldmöglichsten Termin die Stelle des

**Leiters der Bauverwaltung**

neu zu besetzen.

Das Aufgabengebiet umfaßt im wesentlichen Grundstücks- und Baurechtssachen.

**Gesucht wird eine qualifizierte und dynamische Persönlichkeit mit guten Fachkenntnissen und Erfahrungen im kommunalen Bau-wesen. Auf Verhandlungsgeschick wird besonderer Wert gelegt. Wir bieten: Besoldung nach A 12 HBesG bzw. vergleichbare Ver-gütung nach dem BAT.**

Die Stadt Hochheim am Main, mit zur Zeit 11 500 Einwohnern, reger Bautätigkeit, hat mehrere neue Baugebiete ausgewiesen. Sie liegt verkehrsgünstig im Rhein-Main-Gebiet und verfügt über gute kommunale und schulische Einrichtungen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (handgeschriebener Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Nachweis über bisherige Tätig-keit, Lichtbild) sind innerhalb 4 Wochen zu richten an:

Magistrat der Stadt Hochheim  
6203 Hochheim am Main  
Postfach 1140

**1803****Bei der Gemeinde Egelsbach**

ist die Stelle des hauptamtlichen

**BÜRGERMEISTERS**

zu besetzen.

Die Wahl erfolgt auf Grund der Genehmigung des Regierungs-präsidenten auf 6 Jahre.

Amtsbezüge und Aufwandsentschädigung richten sich nach der Besoldungsgruppe W 6 (A 15) des Hessischen Gesetzes über die Bezüge der Wahlbeamten der Gemeinden und Landkreise vom 1. 6. 1962 (GVBl. S. 277), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung der Kommunalrechtlichen Vorschriften in Hessen vom 2. 11. 1971 (GVBl. S. 253).

Die Gemeinde Egelsbach liegt an der südlichen Grenze des Kreises Offenbach, hat rd. 8 500 Einwohner und gehört zur Gruppe der Wachstumsgemeinden in der Regionalen Planungsgemein-schaft Untermain.

Verkehrstechnisch ist die Gemeinde durch die Main-Neckar-Bahn, die B 3 und mit Anschluß an die im Bau befindliche A 90 er-schlossen. Die Autobahn Frankfurt—Darmstadt wird durch den An-schluß Mörfelden — Langen in ca. 5 km Entfernung erreicht. Egelsbach hat den größten Verkehrslandeplatz der allgemainen Luftfahrt in der BRD, liegt im Ballungsgebiet Rhein-Main zwischen Frankfurt und Darmstadt, ist Arbeiterwohnsitzgemeinde mit star-kem industriellem Einschlag und hat viele infrastrukturelle Ein-richtungen.

Die Bewerber müssen die für das Amt erforderliche Eignung be-sitzen und über umfassende Verwaltungskennntnisse und Erfah-rungen auf kommunalem Gebiet verfügen. Außerdem sollen sie mit den besonderen Aufgabenstellungen einer Wachstumsge-meinde eines Ballungsraumes vertraut sein.

**Der Amtsantritt soll schnellstmöglich erfolgen.**

Bewerbungen mit den erforderlichen Unterlagen (handgeschrie-bener Lebenslauf, Übersicht über den beruflichen Werdegang, beglaubigte Zeugnisabschriften und Lichtbild neuesten Datums) sind bis zum 30. 6. 1972 in verschlossenem Umschlag unter dem Kennwort: „BEWERBUNG BÜRGERMEISTER“ an den

Wahlvorbereitungsausschuß der Gemeindevertretung,  
6073 Egelsbach, Rathaus,

zu richten.

Persönliche Vorstellung nur nach besonderer Aufforderung.

**1804**

**Oberinspektor**, 26 Jahre, sucht eine Stelle in der Kommunalverwaltung im Kreis Eschwege oder Witzenhausen. Angebot unter 22/72 an den Staats-Anzeiger für das Land Hessen, Wiesbaden, Postfach Nr. 1329.

**ALLGEMEINE BERGVERORDNUNG**

FÜR DAS LAND HESSEN — ABV — VOM 6. 6. 1969

Herausgeber Hessisches Oberbergamt

Textausgabe mit Sachverzeichnis

Sonderdruck aus dem Staats-Anzeiger für das Land Hessen — 128 Seiten Format 120 x 170 mm — Umschlag cellophaniert — Preis DM 3.— einschl. Versandkosten u. 5,5% MwSt.

Zu beziehen bei:

BUCH- UND ZEITSCHRIFTENVERLAG KULTUR UND WISSEN  
GmbH & Co KG — 62 Wiesbaden Wilhelmstraße 42, Postfach

Der „Staats-Anzeiger für das Land Hessen“ erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 13,50 (einschließlich 5 1/2 % = 0,70 DM MwSt.). Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Ganz, für den übrigen Teil Karl Blum, Wiesbaden. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG, 62 Wiesbaden, Postfach 1329. Post-scheckkonto: 8 Frankfurt/M. Nr. 143 60. Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck: Pressehaus Geisel Nachf., 62 Wiesbaden. Anzeigenan-

nahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, Telefon Sa.-Nr. 396 71, Fernschreiber 04 186 648. Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 2,08, bis 40 Seiten DM 2,74, bis 48 Seiten DM 3,30, über 48 Seiten DM 3,57. Die Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten und 5% Prozent Mehrwertsteuer. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Post-scheckkonto des Verlages, Frankfurt/M. 143 60. Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 8 vom 1. 4. 1971.

Umfang dieser Ausgabe 48 Seiten.